

ARAG SE

Geschäftsbericht 2017

EINZELABSCHLUSS



Auf ins Leben.

Inhalt

Kennzahlen	4
<hr/>	
Das Profil des ARAG Konzerns	5
<hr/>	
Lagebericht	6
I. Grundlagen der Gesellschaft	6
II. Wirtschaftsbericht	9
III. Abhängigkeitsbericht	30
IV. Prognose-, Chancen- und Risikobericht	31
<hr/>	
Jahresabschluss	45
<hr/>	
Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers	78
<hr/>	
Bericht des Aufsichtsrats	86
<hr/>	
Organe der Gesellschaft	90
<hr/>	

Überblick

Kennzahlen ARAG SE

(in Tausend Euro)	2017	Veränderung	2016	2015
Umsätze				
Gebuchte Bruttobeiträge	870.004	5,50%	824.616	766.127
Verdiente Beiträge für eigene Rechnung (f. e. R.)	868.041	6,61%	814.252	756.133
Aufwendungen				
Aufwendungen für Versicherungsfälle f. e. R.	462.746	11,40%	415.393	400.070
Schadenquote (Basis: Verdiente Beiträge)	53,3%	2,3%-Pkt.	51,0%	52,9%
Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb f. e. R.	389.181	6,80%	364.385	344.781
Kostenquote (Basis: Verdiente Beiträge)	44,8%	0,0%-Pkt.	44,8%	45,6%
Ergebnisübersicht				
Versicherungstechnisches Ergebnis f. e. R.	14.841	-51,14%	30.377	11.267
Kapitalanlageergebnis	73.016	0,46%	72.679	71.620
Sonstiges Ergebnis	-31.066	-11,31%	-35.028	-39.291
Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit	56.791	-16,52%	68.028	43.596
Außerordentliches Ergebnis	0	n. a.	0	0
Jahresüberschuss	32.031	1,16%	31.663	22.963
Kennzahlen				
Versicherungstechnische Rückstellungen/ Verdiente Beiträge (netto)	151,7%	-4,8%-Pkt.	156,5%	166,2%
Eigenkapital/Verdiente Beiträge	50,6%	-1,3%-Pkt.	51,9%	53,7%

Das Profil des ARAG Konzerns

Ein Überblick

Der ARAG Konzern ist das größte Familienunternehmen in der deutschen Assekuranz und zählt weltweit zu den drei führenden Rechtsschutzanbietern. Vor über 80 Jahren als reiner Rechtsschutzversicherer gegründet, positioniert sich die ARAG heute als international erfolgreicher, innovativer Qualitätsversicherer. Neben dem Rechtsschutzgeschäft bietet sie ihren Kunden in Deutschland attraktive, bedarfsorientierte Produkte und Services in den Bereichen Komposit, Gesundheit und Vorsorge. Mit Schnelligkeit und Professionalität werden auch beim Zukunftsthema Digitalisierung kontinuierlich neuartige, nutzenstiftende Ideen umgesetzt – und so zusätzliche Mehrwerte für die Kunden geschaffen. Neben dem spartenübergreifenden Wachstum im deutschen Markt setzt das Unternehmen gezielt auf Wachstumspotenziale im internationalen Rechtsschutzgeschäft: Der ARAG Konzern ist heute in insgesamt 17 Ländern über Niederlassungen, Gesellschaften und Beteiligungen aktiv – in Deutschland, weiteren 14 europäischen Märkten sowie in den USA und Kanada. Mit seinen rund 4.000 Mitarbeitern erwirtschaftet der Konzern ein Umsatz- und Beitragsvolumen von über 1,6 Milliarden €.

Die ARAG SE verantwortet die strategische Konzernführung sowie das operative Rechtsschutzgeschäft national und international. Für die anderen Geschäftsbereiche und deren operative Führung sind die ARAG Versicherungs- und Dienstleistungsgesellschaften verantwortlich. Die vermögensverwaltende ARAG Holding SE bildet das gesellschaftsrechtliche Dach des Konzerns mit seinen Tochter- und Enkelgesellschaften.

Rechtsschutzversicherung

Im Kernsegment Rechtsschutz gestaltet die ARAG ihre Märkte mit innovativen Produkten und Services national und international maßgeblich mit. Das internationale Rechtsschutzgeschäft ist seit einigen Jahren das größte Konzerngeschäftsfeld. Dabei liefern die Einheiten außerhalb Deutschlands wertvolle Wachstumsimpulse für den Konzern. Parallel verfolgt die ARAG SE auch auf ihrem deutschen Heimatmarkt einen klaren Erfolgskurs und erzielt dort steigende Rechtsschutzbeiträge.

Kompositversicherungen

Der Kompositversicherer ARAG Allgemeine beweist sich in seinem hart umkämpften Markt als wettbewerbsfähiger Anbieter von Sach-, Haftpflicht- und Unfallversicherungen. Mit mehr als 20 Millionen versicherten Breiten- und Spitzensportlern ist die Gesellschaft auch Europas größter Sportversicherer. Die Tochtergesellschaft Interlloyd ergänzt das Konzernportfolio als attraktiver Maklerspezialist im Gewerbe- und Privatkundensegment.

Personenversicherungen

Mit einer breiten Palette leistungsstarker Produkte unterstreicht die ARAG Kranken im Markt der privaten Krankenversicherung ihre Rolle als einer der besten Anbieter von Krankenvoll- und Krankenzusatzversicherungen. Beim Thema Altersvorsorge rundet der ARAG Stammvertrieb sein Angebot erfolgreich mit den Produkten des Kooperationspartners Alte Leipziger ab.

Lagebericht der ARAG SE

I. Grundlagen der Gesellschaft

Geschäftsmodell der Gesellschaft

Die ARAG SE ist das größte familiengeführte Versicherungsunternehmen in Deutschland und zählt zu den drei weltweit führenden Rechtsschutzversicherern. Im Fokus stehen dabei moderne Produktkonzepte sowohl für Privat- wie Gewerbekunden. Diese ermöglichen durch ihren modularen Aufbau eine passgenaue individuelle Absicherung der Kunden.

Darüber hinaus bilden maßgeschneiderte Rechtsschutzprodukte für besondere Zielgruppen eine wichtige Rolle.

Die ARAG SE ist der Rechtsschutzversicherer für Privatkunden und für kleinere Gewerbebetriebe. Diversifiziertes Industriegeschäft betreibt die ARAG SE nicht. Auf internationalen Märkten wird im Zusammenhang mit dem Rechtsschutzversicherungsgeschäft auch Reiseversicherungsgeschäft betrieben.

Vor mehr als 50 Jahren begann die ARAG erstmals damit, sich außerhalb Deutschlands zu betätigen. Im Vordergrund stand die Idee, den deutschen Rechtsschutzkunden mit eigenen internationalen Gesellschaften im Schadenfall zur Seite zu stehen. Es zeigte sich, dass dieses Modell nicht aus sich heraus tragfähig war. Allerdings bestand in den jeweiligen Ländern selbst Bedarf an Rechtsschutzversicherungen, sodass neue Geschäftsmodelle entsprechend den jeweiligen Rahmenbedingungen entwickelt wurden und neue Märkte erschlossen werden konnten. Mittlerweile ist die ARAG in insgesamt 17 Ländern über Niederlassungen, Gesellschaften und Beteiligungen aktiv – in Deutschland, weiteren 14 europäischen Märkten sowie in den USA und seit 2016 auch in Kanada.

Die ARAG SE unterhält neben der Konzernzentrale in Düsseldorf aktive Niederlassungen in Belgien, Griechenland, Italien, den Niederlanden, Österreich, Portugal, Slowenien und Spanien. Diese zentrale Struktur in der Aufbauorganisation ist durch eine sternförmige Verschmelzung von ehemals selbstständigen Tochtergesellschaften im Jahr 2012 entstanden. Die internationalen Niederlassungen führen ihr operatives Geschäft in ihren nationalen Märkten unter Berücksichtigung der jeweiligen Landesspezifika eigenständig.

Mit einem internationalen Geschäftsanteil von 59,9 Prozent an den gesamten gebuchten Bruttobeiträgen gehört die ARAG SE zu den am stärksten internationalisierten deutschen Versicherern.

Geschäftsumfang

Das Geschäft der ARAG SE beschränkt sich in Deutschland auf den Versicherungszweig „Rechtsschutz“. Neben dem Rechtsschutzgeschäft wird in Italien, Spanien und Portugal auch Versicherungsgeschäft mit rechtsschutznahen Schutzbriefleistungen betrieben.

Das Geschäftsgebiet der ARAG SE erstreckt sich auf die Länder Deutschland, Niederlande, Belgien, Österreich, Slowenien, Italien, Spanien, Portugal und Griechenland. Das Geschäft der ARAG SE außerhalb Deutschlands wird durch Niederlassungen betrieben.

Über rechtlich selbstständige Verbundunternehmen, die unter einheitlicher Leitung der ARAG SE als Muttergesellschaft stehen, wird das Rechtsschutzgeschäft darüber hinaus in den USA sowie in Norwegen, Schweden und seit 2015 auch in Dänemark geführt.

Über Beteiligungen an einem assoziierten Rechtsschutzversicherungsunternehmen ist die ARAG SE auch in der Schweiz tätig. In Großbritannien vermittelt ein Konzernunternehmen Rechtsschutzgeschäft sowie rechtsschutznahes Schutzbriefgeschäft als Intermediär an britische Erstversicherer, das als Rückversicherungsquote partiell durch die ARAG SE übernommen wird. Dieses Intermediärmodell wurde auch für den kanadischen Markt adaptiert, in dem die ARAG seit Ende 2016 Rechtsschutzversicherungen über ein Konzernunternehmen anbietet.

Darüber hinaus besteht eine Beteiligung an einer Rechtsschutzversicherungsgesellschaft in Luxemburg.

Vertriebsorganisation

Im Berichtsjahr 2017 sind die Bereiche Vertrieb sowie Produkt und Innovation durch das neu geschaffene Konzernressort „Vertrieb, Produkt und Innovation“ noch enger miteinander verzahnt worden. Alle Vertriebskanäle agieren nun gemeinsam und erzielen bereits heute wertvolle Synergieeffekte.

Einen elementaren Beitrag zur erfolgreichen Geschäftsentwicklung der ARAG in Deutschland leistet die eigene Vertriebsorganisation des Konzerns. Der ARAG Stammvertrieb ist der traditionell starke Ausschließlichkeitskanal: Über das Netz von mehr als 160 Hauptgeschäfts- sowie Geschäftsstellen sorgen die mehr als 1.000 ARAG Vertriebspartner bundesweit für eine professionelle Betreuung und Beratung der Kunden direkt vor Ort. Im Mittelpunkt steht dabei das ganzheitliche Versicherungsberatungs- und Betreuungskonzept „Roter Faden“. Dieses steht den Vertriebspartnern für den Kundenbesuch sowohl in Papierform als auch digital über eine eigens entwickelte Beratungs-App auf Tablets zur Verfügung. Gerade mit Blick auf die wichtigen Themen Nachhaltigkeit im ARAG Konzern sowie die weiter voranschreitende Digitalisierung werden ab dem Jahr 2018 alle Anträge für das Rechtsschutz-, Sach-, Haftpflicht- und Unfallgeschäft nicht mehr gesondert gedruckt. Digitale Zugangswege nutzt der Stammvertrieb darüber hinaus auch für eine stärkere Vernetzung – sei es im Kontakt mit dem Kunden, aber auch bei der Gewinnung von neuen Vertriebspartnern.

Die Anwendung des ganzheitlichen Versicherungsberatungsansatzes „Roter Faden“ ist fester Schulungsbestandteil der Basisausbildung durch die ARAG Vertriebsakademie. Diese stellt mit ihrem breiten, stets aktuellen Schulungsangebot die qualifizierte Aus- und Weiterbildung der Ausschließlichkeitsvertreter rund um die ARAG und ihre Produkte sicher. Ziel der ganzheitlichen Beratung ist es, Transparenz über die Versorgungssituation der Kunden zu schaffen und daraus unter Berücksichtigung aller gesetzlichen Vorgaben passgenaue Lösungen zu entwickeln.

Der ARAG Partnervertrieb ist der erfolgreiche auf Makler und Mehrfachagenten spezialisierte Vertriebskanal der ARAG und verfügt über einen großen Erfahrungsschatz in der Zusammenarbeit mit verschiedensten Zielgruppen – vom Spezialmakler bis hin zu Poolstrukturen oder Vertrieben. Schlanke Strukturen und Prozesse minimieren den vermittlerseitigen Aufwand. Die kompetenten Ansprechpartner im Außen- und Innendienst sorgen für eine professionelle Betreuung der Makler und Mehrfachagenten rund um ihre Anliegen. Im Berichtsjahr wurde darüber hinaus das Maklerportal im Internet weiter überarbeitet und ausgebaut.

Zudem konnte die ARAG ihren Kundenbestand im Onlinegeschäft auf mehr als 230.000 Kunden ausbauen. Das entspricht knapp 11 Prozent des deutschen Kundenbestands. Damit entwickelt sich das Onlinegeschäft der ARAG immer mehr zu einem zusätzlichen starken Vertriebsweg. Abgerundet wird der Vertriebswegemix des ARAG Konzerns in Deutschland durch den Kooperationsvertrieb, der maßgeschneiderte leistungsstarke ARAG Versicherungslösungen über Kooperationsverträge mit anderen Versicherungsunternehmen, Banken, Verbänden, Wirtschaftsunternehmen und Vereinen anbietet.

Versicherungsbestand

Der Versicherungsbestand (Anzahl der Policen) stellt sich zum Ende des Geschäftsjahres wie folgt dar:

Versicherungsbestand		
<i>(in Stück)</i>	2017	2016
National	1.495.840	1.446.227
International	2.664.666	2.692.257
Gesamt	4.160.506	4.138.484

Versicherungsarten des Versicherungsgeschäfts

Das Angebot der ARAG SE in Deutschland umfasst alle in den „Allgemeinen Bedingungen für die Rechtsschutz-Versicherung“ (ARB) aufgeführten Versicherungsarten des Versicherungszweigs „Rechtsschutzversicherung“ sowie die „Vermögensschaden-Rechtsschutz-Versicherung für Aufsichtsräte, Beiräte, Vorstände, Unternehmensleiter und Geschäftsführer“ (VRB). Nach besonderen Versicherungsbedingungen werden der Opfer-, Scheidungs-, Unterhalts- und Spezial-Straf-Rechtsschutz sowie in Zusammenarbeit mit der Tochtergesellschaft ARAG Allgemeine Versicherungs-AG das Verbundprodukt Recht&Heim Aktiv angeboten. Die ARAG SE betreibt zudem in zunehmendem Umfang aktives Rückversicherungsgeschäft mit Dritten.

In Spanien und Italien werden neben dem Rechtsschutzgeschäft auch Policen zur finanziellen Abmilderung der Folgen eines Führerscheinvverlusts angeboten. Daneben wird in Spanien und in Portugal das Geschäft mit Reiseversicherungen betrieben.

II. Wirtschaftsbericht

Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Der Aufschwung der Weltwirtschaft hat sich 2017 im Vergleich zum Vorjahr deutlich verstärkt. So nahm das Wachstumstempo des globalen Bruttoinlandsprodukts weiter spürbar zu. Insbesondere der Euroraum entwickelte sich zuletzt unerwartet dynamisch. In vielen Schwellenländern hat sich die konjunkturelle Lage ebenfalls verbessert, was zumindest für erdölexportierende Länder auf die Stabilisierung der Rohölpreise zurückgeführt werden kann. Gemeinsam mit den günstigen Finanzierungsbedingungen, den vielerorts bereits gut ausgelasteten Kapazitäten und einer expansiven Fiskalpolitik führte dies zu einem Anstieg der Investitionen und zu einer damit einhergehenden Belebung des Welthandels. Im Zuge des Konjunkturaufschwungs hat sich auch die Arbeitsmarktlage in den meisten Volkswirtschaften, beispielsweise in den Vereinigten Staaten und in Japan, merklich verbessert. Die Arbeitslosenquoten sind in vielen Ländern inzwischen wieder spürbar rückläufig.

Vormalige Risiken für den Aufschwung sind nicht eingetreten oder haben sich zumindest abgeschwächt. Das Brexit-Votum und die anschließenden Austrittsverhandlungen gingen zwar mit einer Verlangsamung des Wachstums im Vereinigten Königreich einher, jedoch nicht mit einem Wirtschaftseinbruch.

Im Euroraum erstreckte sich die unerwartet kräftige wirtschaftliche Erholung auf alle Mitgliedsstaaten. Die bedeutendste Komponente des Aufschwungs ist derzeit der private Konsum. Zum Teil lag die positive Entwicklung auch an der weiterhin sehr expansiv ausgerichteten Geldpolitik. Zudem dürften die strukturellen Anpassungen in vielen Mitgliedsstaaten seit der Finanzkrise maßgeblich zur wirtschaftlichen Aufhellung beigetragen haben. Ebenfalls entwickelten sich die Investitionen sowie auch die Exporte sehr dynamisch und legten entsprechend stark zu. Zusätzlich stieg die Beschäftigung im Euroraum im Jahr 2017 wieder an. Insgesamt geht der Sachverständigenrat in seinem aktuellen Jahresgutachten für das Jahr 2017 von einem Zuwachs der Produktion des Euroraums um 2,3 Prozent aus.

Die deutsche Wirtschaft befindet sich in einem kräftigen und lang anhaltenden Aufschwung, welcher auf einem immer breiter werdenden Fundament steht. Angetrieben wird dieser von einer robusten Binnennachfrage, der konjunkturellen Erholung im Euroraum sowie von einer weiterhin expansiven Wirtschaftspolitik. Während die Staatsausgaben und die Bauinvestitionen bereits seit längerem stabil expandieren, steigen inzwischen die Ausrüstungsinvestitionen sowie die Investitionen in Forschung und Entwicklung auch wieder stärker an. Des Weiteren entwickelten sich wichtige Absatzmärkte, insbesondere der Euroraum, zuletzt sehr dynamisch. In Deutschland liefert der private Konsum nach wie vor den größten Beitrag zum wirtschaftlichen Wachstum. Die Stimmung der Verbraucher ist sehr gut, die Anschaffungsneigung und Einkommenserwartungen sind positiv. Die Zuwachsraten des privaten Konsums halten sich konstant auf einem sehr hohen Niveau. Dies hängt eng mit dem anhaltenden Beschäftigungsaufbau und der kräftigen Steigerung der real verfügbaren Einkommen zusammen.

Für das Jahr 2017 prognostiziert der Sachverständigenrat eine Zunahme des realen Bruttoinlandsprodukts von 2,0 Prozent. Bereinigt um die unterschiedliche Anzahl an Arbeitstagen liegt die Erhöhung sogar bei 2,3 Prozent. Die deutsche Wirtschaft kommt damit allmählich in eine Boomphase. Für das Jahr 2018 wird eine Wachstumsrate von 1,4 Prozent geschätzt. Daraus, und aus der nur sehr langsam normalisierten Geldmengenpolitik der Europäischen Zentralbank, resultiert eine Inflationsdynamik, die 2018 wegen der stagnierenden Energiepreise dennoch moderat bleiben wird. Perspektivisch ist mittelfristig mit einer steigenden Preisentwicklung zu rechnen.

Nach dem Rückgang der Kapitalmarktzinsen (Umlaufrendite börsennotierter Bundeswertpapiere mit einer Restlaufzeit über neun bis zehn Jahre) im Sommer des Jahres 2016 auf ein historisches Tief von -0,2 Prozent nahmen diese bis zum Juli 2017 wieder knapp über 0,6 Prozent zu. Die Kapitalmarktzinsen bewegten sich jedoch insgesamt weiter auf einem vergleichsweise niedrigen Niveau. Die Aktienbewertungen profitierten von diesen günstigen Rahmenbedingungen. Während der Euro Stoxx 50 mit 6,5 Prozent bereits nennenswert zulegte, stieg der Deutsche Aktienindex DAX mit einem Plus von 12,6 Prozent auf einen Stand von 12.918 Punkten zum Jahresende noch deutlicher an.

Für die gesamte Versicherungswirtschaft prognostiziert der Gesamtverband der deutschen Versicherungswirtschaft (GDV) ein Prämienwachstum gegenüber 2016. Verglichen mit dem Vorjahr legten die gebuchten Bruttobeiträge insgesamt im Jahr 2017 demnach um etwa 1,3 Prozent (Vj. 0,2 Prozent) zu.

Die Beitragseinnahmen des selbst abgeschlossenen Schaden- und Unfallversicherungsgeschäfts erhöhten sich um hochgerechnete 2,9 Prozent (Vj. 2,9 Prozent). Ursächlich hierfür waren unter anderem steigende Versicherungssummen sowie Deckungserweiterungen in den Sachversicherungen. Hinsichtlich der Schadenaufwendungen war das Geschäftsjahr 2017 durch mehrere eher kleinere Unwetterereignisse geprägt. So verursachten beispielsweise gegen Ende des ersten Halbjahres Stürme und Unwetter laut GDV versicherte Schäden in Höhe von circa 300 Millionen €. Im Vergleich zu 2016, das in Bezug auf Sturm- beziehungsweise Hagelereignisse unterdurchschnittlich ausgefallen war, legten die Schadenleistungen dennoch zu. Basierend auf Verbandshochrechnungen des GDV sind in dem Versicherungszweig der Verbundenen Wohngebäude entsprechend versicherungstechnische Verluste zu erwarten.

Im Versicherungszweig Rechtsschutz fiel das Beitragswachstum vor allem aufgrund von Beitragsanpassungsmöglichkeiten mit rund 4,0 Prozent ebenfalls kräftig aus, wenn auch geringer als im Vorjahr (Vj. 5,7 Prozent). Bestehende Beitragsanpassungsmöglichkeiten zum 1. Oktober 2017 werden im Geschäftsjahr 2018 in der Branche ein weiteres Ansteigen der Prämien bewirken. Obwohl die Zunahme an Beiträgen den Zuwachs des Schadenaufwands überstieg, ergibt sich nach drei von versicherungstechnischen Verlusten geprägten Jahren für diesen Versicherungszweig unter dem Strich jedoch auch für das vierte Berichtsjahr noch kein versicherungstechnischer Gewinn: Im Jahr 2017 liegt die branchenweite kombinierte Schaden- und Kostenquote nach einer Prognose des GDV bei etwa 100 Prozent.

Die Branche der privaten Krankenversicherung erwartete auch aufgrund von Beitragsanpassungen ein deutliches Beitragswachstum mit etwa 3,5 Prozent (Vj. 1,2 Prozent). Im Rahmen der guten konjunkturellen Entwicklung wirkte sich hier die steigende Zahl von sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen positiv auf den Bestand in der Vollversicherung aus.

Geschäftsverlauf

Die anhaltend gute konjunkturelle Entwicklung in Deutschland und Europa spiegelt sich ebenfalls im Geschäftsverlauf der ARAG SE wider. Die gebuchten Bruttobeiträge erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr um weitere 5,5 Prozent von 824.616,0 T€ auf 870.004,1 T€. Der Beitragsanstieg resultiert aus dem Geschäftszuwachs aus allen Einheiten – national und international. Auf den internationalen Märkten wurden die Zuwächse im Wesentlichen im indirekten Geschäft erzielt. Auf den anspruchsvollen Märkten in Italien und in Spanien entwickelt sich das Geschäft weiterhin dynamisch und lieferte klare Beitragszuwächse. Ebenso zeigte die Niederlassung in Österreich eine insgesamt gute Geschäftsentwicklung nach einer umfassenden Restrukturierungsphase. Auf dem größten internationalen Markt, den Niederlanden, hat die ARAG SE ihr Geschäft ebenfalls weiter ausbauen können. Im streng aufgeteilten Rechtsschutzmarkt in Belgien konnte das Geschäftsvolumen ebenso klar gesteigert werden. Der Bestand in Deutschland erhöhte sich nicht nur durch Beitragsanpassungen und niedrige Stornoquoten, sondern vor allem auch durch das erfolgreiche Neugeschäft im Partner- und Onlinevertrieb.

Von den gesamten Beitragseinnahmen stammen 673.251,8 T€ (Vj. 633.818,0 T€) aus dem selbst abgeschlossenen Geschäft. In den internationalen Niederlassungen wird im Zusammenhang mit dem Rechtsschutzgeschäft auch Reiseversicherungsgeschäft und Vermögensschadengeschäft im Umfang von 58.373,0 T€ (Vj. 50.720,2 T€) betrieben. Auf das selbst abgeschlossene Rechtsschutzversicherungsgeschäft entfallen 614.878,8 T€ (Vj. 583.097,8 T€). Die gebuchten Bruttobeiträge im selbst abgeschlossenen Rechtsschutzgeschäft in Deutschland konnten von 329.272,1 T€ um 6,1 Prozent auf 349.202,4 T€ nochmals gesteigert werden. Dieses kontinuierliche Beitragswachstum seit 2013 ist auf ein hohes Neugeschäft bei gleichzeitig konstant niedrigem Storno zurückzuführen. Nach Abzug der Rückversicherungsanteile und der Veränderungen der Beitragsüberträge verblieben für das gesamte Geschäft verdiente Nettobeiträge von 868.041,4 T€ gegenüber 814.252,3 T€ im Vorjahr.

Die Schadenzahlungen sind bei gleichzeitig gestiegenem Geschäftsvolumen im Gesamtgeschäft auf 48,6 Prozent (Vj. 50,2 Prozent) der verdienten Beiträge gesunken. Der Schadenaufwand betrug 462.745,8 T€ nach 415.393,0 T€ im Vorjahr. Die Schadenquote lag trotz umfangreicher Optimierung in der Schadenabwicklung insgesamt mit 53,3 Prozent über dem Vorjahresniveau von 51,0 Prozent. Hier hat unter anderem der erhöhte Schadenaufwand für Rechtsschutzfälle rund um die Diesel-Abgasthematik zu diesem Anstieg mit beigetragen.

Ein Zuwachs ergab sich ebenfalls bei den Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb. Die Kostenquote blieb konstant bei 44,8 Prozent – trotz der stark erhöhten Altersversorgungsaufwendungen, der höheren Provisionen aus dem gesteigerten Neugeschäft sowie den vermehrten Aufwendungen für Gehälter und Sozialabgaben durch einen gewachsenen Personalbestand. Unveränderte Sachkostenaufwendungen haben die Quote im Berichtsjahr hingegen klar begünstigt.

Unter Berücksichtigung der übrigen versicherungstechnischen Aufwendungen und Erträge mit einem Ertragssaldo von 1.804,4 T€ verringerte sich das versicherungstechnische Ergebnis für eigene Rechnung vor Schwankungsrückstellung auf einen Gewinn von 17.919,5 T€, nachdem im Vorjahr ein Gewinn von 35.933,0 T€ ausgewiesen wurde. Der Schwankungsrückstellung waren für das Reiseversicherungsgeschäft in Spanien und Italien sowie für das übernommene Rechtsschutzgeschäft in mehreren Ländern insgesamt 3.078,8 T€ zuzuführen.

Nach Zuführung zur Schwankungsrückstellung belief sich das versicherungstechnische Ergebnis auf einen Gewinn von 14.840,7 T€ (Vj. 30.376,6 T€). Aus den Kapitalanlagen wurde ein Ergebnis von 73.015,9 T€ (Vj. 72.678,6 T€) erzielt. Entgegen dem anhaltend niedrigen Zinsniveau konnten die ordentlichen Wertpapiererträge von 33.791,9 T€ auf 35.004,8 T€ gesteigert werden. Im Vorjahr wurden hohe Zuschreibungen aufgrund des rückläufigen Zinsniveaus realisiert (8.939,3 T€), die im Geschäftsjahr mit 4.086,7 T€ deutlich geringer ausfielen. Gegenüber dem Vorjahr wurden 3.945,2 T€ höhere Ergebnisabführungen aus Tochtergesellschaften erzielt.

Im sonstigen Ergebnis ist der Verlustsaldo von 35.027,7 T€ im Vorjahr auf 31.065,9 T€ im Geschäftsjahr zurückgegangen. Höhere Zinssalden aus Steuererstattungen und Steuernachzahlungen sowie Kursgewinne des Euro gegenüber dem britischen Pfund haben zu dieser Entwicklung beigetragen.

Der Vorsteuergewinn ist daher von einem sehr hohen Vorjahresniveau mit 68.027,5 T€ auf ein weiterhin gutes Ergebnis von 56.790,6 T€ zurückgegangen.

Nach Abzug der Steuerbelastung von 24.759,5 T€ (Vj. 36.365,0 T€) verbleibt ein Jahresüberschuss von 32.031,2 T€ nach 31.662,5 T€ im Vorjahr. Im Steueraufwand des Vorjahres sind 24.671,4 T€ aus der Wertkorrektur von aktivierten latenten Steuern enthalten. Im Berichtsjahr wurden 6.080,4 T€ aus aktiven latenten Steuersalden der internationalen Niederlassungen ausgebucht.

Ertragslage nach Herkunftsländern

Geschäftsverlauf in Deutschland

Verlauf des selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäfts Die gebuchten Bruttobeitragseinnahmen nahmen im selbst abgeschlossenen Geschäft im Vergleich zum Vorjahr um 6,1 Prozent zu. Die Bruttoprämien beliefen sich auf 349.202,4 T€ gegenüber 329.272,1 T€ im Vorjahr. Nach Abzug der Rückversicherungsbeiträge und der Veränderung der Beitragsüberträge verblieben als verdiente Nettobeiträge 345.275,3 T€ (Vj. 324.555,4 T€).

Die Schadenzahlungen sind im Berichtsjahr wegen des gewachsenen Versicherungsbestands um 0,6 Prozent von 194.091,0 T€ auf 195.206,0 T€ angestiegen. Der Geschäftsjahresschadenaufwand erhöhte sich um 9,0 Prozent auf 225.186,1 T€. Die Erhöhung der Geschäftsjahresschadenmeldungen von 335.605 Stück im Vorjahr auf 338.196 Stück im Berichtsjahr wirkte sich nur in geringem Umfang auf den Schadenaufwand aus. Die Geschäftsjahresschadenquote (brutto) liegt mit 65,2 Prozent trotz des Bestandswachs-

tums oberhalb des Vorjahreswerts von 63,6 Prozent. Insgesamt wurden im abgelaufenen Geschäftsjahr 432.252 Schäden (Vj. 427.276 Schäden) gemeldet. Die Zahl der Schadenmeldungen ist damit gegenüber dem Vorjahr um 1,2 Prozent gestiegen.

Rückversicherungsanteile waren im Geschäftsjahr mit 1.017,3 T€ (Vj. 170,0 T€) als Ertrag zu berücksichtigen. Es verblieb ein bilanzieller Schadenaufwand von 220.646,6 T€ gegenüber 196.962,5 T€ im Vorjahr. Die bilanzielle Schadenquote (netto) beträgt 63,9 Prozent gegenüber 60,7 Prozent im Vorjahr.

Die Bruttoaufwendungen für den Versicherungsbetrieb nahmen mit 152.290,3 T€ gegenüber 140.182,8 T€ im Vorjahr zu. Entsprechend der Beitragssteigerung sind die Provisionen im Berichtsjahr um 5,6 Prozent von 77.856,4 T€ auf 82.189,7 T€ angewachsen. Die sonstigen primären Verwaltungskosten vor Kostenverteilung erhöhten sich im Berichtsjahr von 158.809,6 T€ auf 176.630,7 T€. Neben der Heraufsetzung der Löhne und Gehälter um 4.673,6 T€ durch Neueinstellungen und Tariferhöhungen trugen die um 12.667,6 T€ gesteigerten Altersversorgungsaufwendungen wesentlich zu dieser Entwicklung bei. Die Altersversorgungsaufwendungen wurden im Vorjahr wegen der anhaltenden Niedrigzinsphase durch den Gesetzgeber über einen veränderten Abzinsungszinssatz einmalig entlastet. Die Kostenquote lag infolge dieser Entwicklungen bei 44,1 Prozent nach 43,2 Prozent im Vorjahr.

Durch das höhere Geschäftsvolumen verringerte sich das versicherungstechnische Ergebnis vor Schwankungsrückstellung im selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft wegen des Kostenanstiegs und der erhöhten Schadenquote von einem Verlust von 11.329,3 T€ im Vorjahr auf einen Verlust von 26.159,7 T€ im Berichtsjahr.

Eine Schwankungsrückstellung nach § 29 der Verordnung über die Rechnungslegung von Versicherungsunternehmen (RechVersV) ist wegen der geringen Volatilität für das selbst abgeschlossene Geschäft nicht zu bilden.

Verlauf des übernommenen Versicherungsgeschäfts In Deutschland wird Fremdgeschäft aus Großbritannien von Erstversicherungsgesellschaften quotaal in Rückdeckung übernommen. Das Geschäft mit einer dieser Gesellschaften befindet sich in Abwicklung. Daneben bestehen Rückversicherungsverträge mit einer Tochtergesellschaft in den USA (Schadenexedentenvertrag) und mit einem Erstversicherer in Kanada (Quotenvertrag). Die Nettobeiträge beliefen sich auf 21.922,2 T€ nach 22.491,4 T€ im Vorjahr. Der Rückgang des nominellen Geschäftsvolumens ist dem Verlauf der Kurse zwischen dem Euro und dem britischen Pfund geschuldet. Unter Berücksichtigung der Schadenaufwendungen von 20.037,9 T€ (Vj. 15.638,3 T€) und der Verwaltungsaufwendungen von 1.032,3 T€ (Vj. 1.087,3 T€) entstand ein technischer Gewinn vor Schwankungsrückstellung von 852,0 T€ (Vj. 5.765,7 T€).

Der Schwankungsrückstellung waren 232,1 T€ (Vj. 350,0 T€) zuzuführen. Das versicherungstechnische Ergebnis des übernommenen Geschäfts weist einen Gewinn von 619,9 T€ (Vj. 5.415,7 T€) aus.

Nichtversicherungstechnisches Ergebnis

Die anhaltend expansive Geldpolitik der Europäischen Zentralbank war weiter durch nur zögerliche Korrekturen geprägt. Entsprechend verharrten die Zinsen auf einem anhaltend niedrigen Niveau ohne eine Aussicht auf baldige Änderung. Dies wiederum führte zu zunehmend rückläufigen Wertpapiererträgen. Ordentliche Erträge aus Wertpapieranlagen konnten daher im Geschäftsjahr nur noch in Höhe von 20.289,5 T€ erwirtschaftet werden – im Vorjahr waren dies noch 21.092,9 T€. Wegen der nicht mehr weiter nachgebenden Zinsen und der zunehmenden Ausschöpfung der Zuschreibungspotenziale waren auch Zuschreibungen und Veräußerungsgewinne rückläufig. Zuschreibungen konnten vor allem auf Investmentfondsanteile im Umfang von 3.638,6 T€ (Vj. 5.074,8 T€) vorgenommen werden. Abschreibungen auf Wertpapiere sind demgegenüber in Höhe von 1.929,2 T€ (Vj. 911,1 T€) entstanden. Aus den Grundstücken wurden laufende Erträge von 2.374,5 T€ erzielt. Sie sind gegenüber dem Vorjahreswert von 2.791,8 T€ wegen steuerlicher Korrekturen bei indirekt gehaltenen Immobilien zurückgegangen. Die Dividendenerträge aus verbundenen Unternehmen und Beteiligungen haben sich gegenüber dem Vorjahr um 6.323,6 T€ erhöht. Die Beteiligungen in den USA, in Großbritannien und in der Schweiz zeigen unverändert eine sehr zufriedenstellende Ertragslage. Die Ergebnisabführung aus der ARAG Allgemeine Versicherungs-AG ist auf 17.964,4 T€ angestiegen und somit deutlich höher als der Vorjahreswert von 14.019,2 T€.

Abschreibungen auf Anteile an verbundenen Unternehmen waren nur im Vorjahr im Umfang von 1.512,6 T€ erforderlich. Abgangsverluste sind nur in sehr geringem Umfang aus dem Abgang von festverzinslichen Wertpapieren entstanden. Die realisierten Abgangsgewinne von 1.121,8 T€ wurden im Berichtsjahr durch den Verkauf von Spezialfondsanteilen erzielt. Die Abgangsgewinne aus dem Vorjahr in Höhe von 3.708,1 T€ wurden durch einen zusätzlichen anteiligen Verkauf von indirekt gehaltenen Immobilien realisiert. Die Kapitalanlagen erzielten ein Ergebnis von 58.233,3 T€ nach 55.820,0 T€ im Vorjahr. Das ordentliche Kapitalanlageergebnis belief sich – nach Kürzung der Aufwendungen für die Verwaltung der Kapitalanlagen – auf 55.532,6 T€ (Vj. 47.325,1 T€) und hat zu einer laufenden Durchschnittsverzinsung von 4,9 Prozent (Vj. 3,5 Prozent) geführt.

Das sonstige Ergebnis weist einen saldierten Aufwand von 27.716,4 T€ (Vj. 27.616,3 T€) aus. Im sonstigen Ergebnis sind neben dem ausgeglichenen Ergebnis aus der Erbringung von Dienstleistungen an Konzerngesellschaften Aufwendungen enthalten, denen Erträge nicht direkt zugeordnet werden können. Dazu gehören die Zinszuführung zur Pensionsrückstellung, die Aufsichtsrats- und Beiratsvergütungen, die Jahresabschlusskosten, die allgemeinen Rechts- und Steuerberatungskosten, die Kosten für das Aufsichtsregime Solvency II und der Zinsaufwand für die nachrangigen Verbindlichkeiten. Im Berichtsjahr konnte die im Vorjahr eingetretene einmalige Entlastung des Verlustsaldos (Umstellung der Abzinsung der Pensionsverpflichtungen für bereits im Ruhestand befindliche Personen) durch eine Verbesserung im Vermittlungsgeschäft und durch positive Wechselkurseffekte zum britischen Pfund überkompensiert werden.

Außerordentliches Ergebnis

Weder im Geschäftsjahr noch im Vorjahr entstand ein außerordentlicher Aufwand oder Ertrag.

Steuern

Die Steuern vom Einkommen und Ertrag umfassen auch die Ergebnisauswirkungen aus den latenten Steuern entsprechend § 274 Handelsgesetzbuch (HGB). Im Vorjahr hat die Veränderung der latenten Steuern den Jahresüberschuss in Höhe von 24.671,4 T€ belastet, da sich im prognostizierten Umkehrzeitpunkt voraussichtlich keine Auswirkung auf die tatsächlichen Steuern ergibt. Im Geschäftsjahr wurden aktive latente Steuersalden nicht mehr in der Bilanz angesetzt. Die tatsächlichen Steuern ergeben einen Ertrag von 1.320,2 T€ (Vj. 831,8 T€) und entfallen vollumfänglich auf Vorjahre. Im Gesamtbetrag der sonstigen Steuern ist ein Einmalbetrag für Ergebnisse einer Betriebsprüfung außerhalb Deutschlands enthalten. Zusammen mit den sonstigen Steuern entstand ein Gesamtsteueraufwand von 682,2 T€ gegenüber 24.759,3 T€ im Vorjahr.

Gesamtergebnis Deutschland

Das Gesamtergebnis nach Steuern für das deutsche Geschäft der ARAG SE ergibt einen Gewinn von 4.295,0 T€ (Vj. 2.469,2 T€ Verlust).

Geschäftsverlauf der Niederlassungen

Die acht europäischen Niederlassungen der ARAG SE sind insgesamt weiter deutlich gewachsen. Die Bruttobeitragseinnahmen stiegen hier um 5,5 Prozent auf 498.879,6 T€ (Vj. 472.852,5 T€). Die Niederlassungen mit den größten gebuchten Beiträgen sind die ARAG Niederlande mit 142.459,8 T€ (Vj. 140.141,0 T€), die ARAG Spanien mit 139.039,7 T€ (Vj. 124.505,6 T€) und die ARAG Italien mit 123.519,2 T€ (Vj. 118.417,6 T€). Die verdienten Beiträge für eigene Rechnung betrugen insgesamt 500.843,9 T€ (Vj. 467.205,5 T€). Das Wachstum wurde durch den Abschluss von neuen Verträgen im indirekten Geschäft, durch die konsequente Weiterentwicklung von Versicherungsprodukten im rechtsschutznahen Geschäft und den weiteren Ausbau der Vertriebswege erreicht.

Schadenaufwendungen von 222.061,3 T€ (Vj. 202.792,2 T€) und Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb von 235.857,9 T€ (Vj. 223.114,6 T€) dokumentieren ein insgesamt stabiles Leistungsniveau mit einer etwas erhöhten Schadenquote von 44,3 Prozent (Vj. 43,4 Prozent). Vermehrte Provisionsaufwendungen wurden durch die wachstumsbedingte Fixkostendegression kompensiert, so dass die Kostenquote mit 47,1 Prozent im Berichtsjahr sogar im Vergleich zum Vorjahr (47,8 Prozent) leicht gesunken ist. Inklusive der sonstigen versicherungstechnischen Erträge und Aufwendungen von 302,5 T€ weist das internationale Rechtsschutzgeschäft beim versicherungstechnischen Ergebnis vor Schwankungsrückstellung mit 43.227,2 T€ einen etwas angestiegenen Gewinn als im Vorjahr (41.496,5 T€) aus. Der Schwankungsrückstellung waren 2.846,7 T€ (Vj. 5.206,4 T€) zuzuführen, sodass ein Ergebnis von 40.380,5 T€ (Vj. 36.290,2 T€) in der versicherungstechnischen Rechnung verblieb.

Die den Niederlassungen zugeordneten Kapitalanlagen erzielten insgesamt ein Kapitalanlageergebnis in Höhe von 14.782,5 T€ (Vj. 16.858,6 T€). Hier sind vor allem die Erträge aus Zuschreibungen und aus Abgängen auf 802,3 T€ (Vj. 6.805,8 T€) gesunken. Das ordentliche Kapitalanlageergebnis in Höhe von 18.065,0 T€ (Vj. 15.104,3 T€) ist demgegenüber wegen höherer Ausschüttungen aus Spezialfonds gestiegen.

Das sonstige Ergebnis weist einen Verlust von 3.349,5 T€ (Vj. 7.411,4 T€) aus. Im Vorjahr waren hier zusätzliche Belastungen durch Strukturänderungskosten und Geschäftswertamortisierungen in Spanien sowie Kosten für den Ausbau des Onlinegeschäfts in den Niederlanden enthalten.

Aus der normalen Geschäftstätigkeit der Niederlassungen wurde ein Überschuss von 51.813,5 T€ (Vj. 45.737,4 T€) erzielt. Die Steuerbelastung betrug einschließlich der latenten Steuereffekte 24.077,3 T€ (Vj. 11.605,7 T€). Im Berichtsjahr ist ein Aufwand von 6.080,4 T€ aus der Ausbuchung von aktiven latenten Steuersalden enthalten.

Mit einem Überschuss von 27.736,2 T€ (Vj. 34.131,8 T€) leisten die europäischen Niederlassungen nachhaltig einen sehr hohen Beitrag zum Gesamtergebnis der ARAG SE.

Gesamtergebnis

Die Ertragslage der ARAG SE ist im Berichtsjahr geprägt vom Wachstum der Geschäftstätigkeit im gesamten Geschäftsgebiet und gleichzeitig von den Rahmenbedingungen des Niedrigzinsumfelds am Kapitalmarkt. Provisionssteigerungen durch höheres Neugeschäft und durch den Abschluss von neuen aktiven Rückversicherungsverträgen tragen ebenso zu Kostensteigerungen bei sowie zusätzliche Personalkosten aufgrund der zunehmenden administrativen Aufgaben in den Zentralfunktionen des Konzerns, die bei der ARAG SE als operativer Konzernholding angesiedelt sind. Darüber hinaus erhöht die kontinuierliche Geschäftsausweitung der internationalen Niederlassungen den Kostenfaktor. Im Vorjahr hatte sich zudem ein einmaliger Entlastungseffekt stark positiv auf die Kosten ausgewirkt. Dabei handelte es sich um die gesetzliche Änderung bei der Bestimmung des Diskontsatzes für die Abzinsung der Altersversorgungsverpflichtungen bei den Altersversorgungsaufwendungen. Die Schadenentwicklung hat zu einer Schadenquote von 53,3 Prozent gegenüber 51,0 Prozent aus dem Vorjahr geführt. Die versicherungstechnische Rechnung vor Schwankungsrückstellung fiel mit einem Gewinn von 17.919,5 T€ zwar deutlich positiv, jedoch niedriger als im Vorjahr (35.933,0 T€) aus. Nach der Zuführung zur Schwankungsrückstellung, die besonders für die Versicherungszweige des übernommenen Geschäfts erforderlich war, verblieb ein Gewinn von 14.840,7 T€ (Vj. 30.376,6 T€) in der versicherungstechnischen Rechnung.

Die Überschüsse aus den Kapitalanlagen führten nach Kürzung der entsprechenden Aufwendungen zu einem Ergebnis von 73.015,9 T€ (Vj. 72.678,6 T€). Die Geldmengenpolitik der Europäischen Zentralbank hat im Berichtsjahr keine nennenswerten Zinssteigerungen zugelassen. Höhere Erträge aus Spezialfonds konnten den Zinsrückgang aus festverzinslichen Anlagen kompensieren. Ein erneuter Rückgang des Zinsniveaus ist aber ausgeblieben, sodass weitere Zuschreibungen auf Wertpapiere nicht mehr in hohem Ausmaß erfolgten. Das ordentliche Kapitalanlageergebnis ist mit 73.597,6 T€ gegenüber dem Vorjahr (62.429,4 T€) wegen höherer Ergebnisübernahmen aus Tochtergesellschaften stark angestiegen. Abgangsgewinne und Zuschreibungen fielen hingegen deutlich geringer aus.

Das sonstige Ergebnis hat sich gegenüber dem Vorjahr nochmals gesteigert. Hier wirkten sich das verbesserte Vermittlungsgeschäft und Währungskurseffekte zum britischen Pfund aus. Der Gewinn vor Steuern beträgt insgesamt 56.790,6 T€. Dieser Wert liegt erwartungsgemäß unter dem Vorjahreswert von 68.027,5 T€.

Nach Abzug der Steuerbelastung verblieb ein Jahresüberschuss von 32.031,2 T€ (Vj. 31.662,5 T€). Im Vorjahr war im Steueraufwand ein Zusatzaufwand von 24.671,4 T€ wegen der Neubewertung der aktiven latenten Steuersalden enthalten. Im Berichtsjahr sind 6.080,4 T€ Aufwand entstanden. Unter Berücksichtigung des Gewinnvortrags aus dem Vorjahr steht der Hauptversammlung ein Bilanzgewinn von 32.032,2 T€ (Vj. 31.701,0 T€) zur Entscheidung über die Verwendung zur Verfügung.

Finanzlage

Ziel der Finanzmittelsteuerung ist es, durch ausreichende Kapitalausstattung und Liquiditätssteuerung die jederzeitige Erfüllbarkeit der Verpflichtungen aus dem Versicherungsgeschäft sicherzustellen und die aufsichtsrechtlichen Anforderungen über die Solvabilitätskapitalausstattung von Versicherungsunternehmen nicht nur zu erfüllen, sondern eine Überdeckung zu erreichen. Die in der Bilanz ausgewiesenen nachrangigen Verbindlichkeiten sind gemäß § 89 Abs. 3 Nr. 2 Versicherungsaufsichtsgesetz (VAG) als Basiseigenmittel qualifiziert. Diese bestehen aus einer Namensschuldverschreibung im Umfang von 30.000,0 T€ mit einer Laufzeit bis zum 29. Juli 2024.

Die versicherungstechnischen Verpflichtungen sind mit Kapitalanlagen in Höhe von 1.911.846,5 T€ (Vj. 1.805.090,6 T€) bedeckt. Zur jederzeitigen Erfüllung der Zahlungsverpflichtungen aus den Versicherungsverträgen des Unternehmens stehen neben laufenden Guthaben bei Kreditinstituten und Kassenbeständen in Höhe von 116.272,4 T€ (Vj. 166.483,7 T€) insbesondere die an den Kapital- und Finanzmärkten kurzfristig veräußerlichen Kapitalanlagen zur Verfügung.

Weitere Informationen zum Umfang der im Geschäftsjahr durchgeführten Investitionen in Sachanlagen und immaterielles Vermögen sowie der Entwicklung der Liquidität des Konzerns im abgelaufenen Geschäftsjahr liefert die Kapitalflussrechnung auf Seite 18.

Kapitalflussrechnung*

(in Euro)

	2017	2016
Mittelfluss aus der laufenden Geschäftstätigkeit		
Periodenergebnis	32.031.163	31.662.538
Zunahme (+)/Abnahme (-) der versicherungstechnischen Rückstellungen – netto	42.084.430	17.696.276
Zunahme (-)/Abnahme (+) der Depot- und Abrechnungsforderungen	- 7.191.906	- 10.189.058
Zunahme (+)/Abnahme (-) der Depot- und Abrechnungsverbindlichkeiten	205.650	- 303.228
Zunahme (-)/Abnahme (+) der Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft	387.093	- 2.526.034
Zunahme (+)/Abnahme (-) der Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft	- 1.570.138	1.938.400
Zunahme (-)/Abnahme (+) der sonstigen Forderungen	2.394.451	6.832.836
Zunahme (+)/Abnahme (-) der sonstigen Verbindlichkeiten	389.838	4.908.701
Veränderung sonstiger Bilanzposten, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	- 87.660.967	- 96.252.619
Sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen/Erträge sowie Berichtigungen des Periodenergebnisses	9.317.443	5.095.278
Gewinn (-)/Verlust(+) aus dem Abgang von Kapitalanlagen, Sachanlagen und immateriellen Vermögensgegenständen	- 967.689	- 8.546.203
Aufwendungen/Erträge aus außerordentlichen Posten	0	0
Ertragsteueraufwand/-ertrag	22.181.607	35.156.509
Einzahlungen aus außerordentlichen Posten	0	0
Auszahlungen aus außerordentlichen Posten	0	0
Ertragsteuerzahlungen	- 84.238	17.551.628
Mittelfluss aus der laufenden Geschäftstätigkeit	11.516.737	3.025.023
Mittelfluss aus der Investitionstätigkeit		
Einzahlungen aus Abgängen von Sachanlagen	145.018	33.608
Einzahlungen aus Abgängen von immateriellen Vermögensgegenständen	14.030	45.807
Auszahlungen für Investitionen in Sachanlagen	- 3.147.828	- 2.515.568
Auszahlungen für Investitionen in immaterielle Vermögensgegenstände	- 3.137.319	- 2.693.879
Einzahlungen aus dem Abgang von Kapitalanlagen der fondsgebundenen Lebensversicherung	0	0
Auszahlungen für Investitionen in Kapitalanlagen der fondsgebundenen Lebensversicherung	0	0
Einzahlungen aus außerordentlichen Posten	0	0
Auszahlungen aus außerordentlichen Posten	0	0
Mittelfluss aus der Investitionstätigkeit	- 6.126.100	- 5.130.031
Mittelfluss aus der Finanzierungstätigkeit		
Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen von Gesellschaftern	0	0
Auszahlungen aus Eigenkapitalherabsetzungen an Gesellschafter	0	0
Einzahlungen aus außerordentlichen Posten	0	0
Auszahlungen aus außerordentlichen Posten	0	0
Gezahlte Dividenden	- 15.000.000	- 15.000.000
Einzahlungen (+)/Auszahlungen (-) aus sonstiger Finanzierungstätigkeit	0	0
Mittelfluss aus der Finanzierungstätigkeit	- 15.000.000	- 15.000.000
Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds	- 9.609.363	- 17.105.008
Wechselkurs- und bewertungsbedingte Änderungen des Finanzmittelfonds		
Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	67.912.842	85.017.850
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	58.303.479	67.912.842

* Die Kapitalflussrechnung ist gemäß DRS 21 Anlage 3 aufgestellt

Vermögenslage

Kapitalanlagen Die im Geschäftsjahr um 106.755,9 T€ oder 5,9 Prozent auf 1.911.846,5 T€ vermehrten Kapitalanlagen setzen sich wie folgt zusammen:

Kapitalanlagestruktur

(in Tausend Euro)	2017		2016	
Grundstücke und Bauten	93.557,6	4,9%	97.563,7	5,4%
Verbundene Unternehmen und Beteiligungen	289.904,3	15,2%	241.905,3	13,4%
Ausleihungen an verbundene Unternehmen	0,0	0,0%	1.655,5	0,1%
Aktien und Investmentanteile	617.622,8	32,3%	625.493,3	34,7%
Inhaberschuldverschreibungen	396.850,2	20,8%	301.550,4	16,7%
Hypotheken-, Grundschuld-, Rentenschuldforderungen	9.179,9	0,5%	3.975,0	0,2%
Namenschuldverschreibungen	140.511,3	7,3%	140.511,3	7,8%
Schuldscheinforderungen, Darlehen	251.959,9	13,2%	243.995,1	13,5%
Übrige Ausleihungen	79,1	0,0%	150,1	0,0%
Einlagen bei Kreditinstituten	57.969,0	3,0%	98.570,8	5,5%
Andere Kapitalanlagen	4.535,5	0,2%	5.331,3	0,3%
Depotforderungen	49.676,9	2,6%	44.388,8	2,4%
Gesamt	1.911.846,5	100,0%	1.805.090,6	100,0%

Aktien und Investmentanteile wurden nach § 341b HGB mit einem Buchwert von 599.848,9 T€ (Vj. 605.838,0 T€) dem Anlagevermögen zugeordnet. Inhaberschuldverschreibungen wurden im Buchwertumfang von 9.980,0 T€ (Vj. 9.980,0 T€) wie Anlagevermögen behandelt.

Der Verkehrswert der Kapitalanlagen beträgt zum 31. Dezember 2017 insgesamt 2.308.781,5 T€ gegenüber 2.271.678,3 T€ zum 31. Dezember des Vorjahres. Die Bewertungsreserven betragen damit unter Berücksichtigung der in den Rechnungsabgrenzungsposten bilanzierten Agio- und Disagiobeträge der nach § 341c HGB zum Nennwert bilanzierten Wertpapiere 396.920,3 T€ (Vj. 465.847,1 T€).

Weitere Informationen über die Struktur der Kapitalanlagen und ihre Entwicklung ergeben sich aus der Übersicht unter den nichtversicherungstechnischen Angaben im Anhang.

Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

In seinen Unternehmensgrundsätzen formuliert der ARAG Konzern sein Selbstverständnis klar: Die ARAG ist der international erfolgreiche, innovative Qualitätsversicherer – unabhängig und in Familienbesitz. Seit mehr als 80 Jahren beruht die Geschäftsidee auf dem Anspruch, Chancengerechtigkeit zu schaffen. Entsprechend unterstützt der ARAG Konzern seine Kunden, sich persönliche Handlungsspielräume zu eröffnen – in jeder Lebensphase.

Mit ihren innovativen Versicherungsprodukten und nutzenstiftenden Services sichert die ARAG die Risiken ihrer Kunden ab, damit sich diese voll und ganz auf ihre Chancen und damit auf ein aktives, unabhängiges Leben konzentrieren können. Dies spiegelt sich auch im Markenclaim „ARAG. Auf ins Leben.“ deutlich wider. Der gleichnamige Themenbereich auf www.ARAG.de wurde auch im Berichtsjahr weiter mit einer Fülle an neuen Inhalten ausgebaut. Parallel ist Ende April 2017 eine neue aufmerksamkeitsstarke ARAG Markenkampagne gestartet worden. Die einprägsame Botschaft dabei: Die ARAG steht allen Menschen, die bereit sind für Neues – egal ob Jung oder Alt, als verlässlicher Partner mit passenden Lösungen zur Seite. Herzstück der Kampagne war der Werbespot „Bereit“, der sowohl bundesweit in Kinos als auch auf diversen Onlinekanälen geschaltet wurde. In dem Clip drehte sich alles um neue Vorhaben und Herausforderungen – vom Führerschein über das Elternwerden bis hin zum Bau eines Eigenheims. Flankiert wurde der ARAG Spot unter anderem durch verschiedene Social-Media-Maßnahmen. Die in der ersten Jahreshälfte 2018 gestartete Kampagne löst sich inhaltlich von den reinen Markenaussagen. Sie fokussiert sich nun auf die innovativen neuen Rechtsschutzprodukte mit Rückwärtsschutz und deren hohe Alltags- und Unterstützungsrelevanz für Kunden und Verbraucher.

Der ARAG Konzern hat auch im Berichtsjahr seine Produkte und Dienstleistungen konsequent ausgebaut – immer klar geleitet durch die sich weiter wandelnden Anforderungen und Bedürfnisse der Kunden und Verbraucher. Durch das optimale Zusammenspiel dieser innovativen Produktarbeit mit einer leistungsstarken Belegschaft, einer modernen Markenpräsenz sowie der klaren strategischen Positionierung als unabhängiger, internationaler Qualitätsversicherer schafft die ARAG optimale Voraussetzungen für weiteres nachhaltiges Wachstum.

Innovation Maßgebliche Impulse zu setzen und den Markt mit innovativen, richtungsweisenden Produkt- und Serviceideen zu gestalten, ist für die ARAG essenziell. Das spiegelt sich in verschiedensten Bereichen wider – vor allem im zielgerichteten Ausbau des Portfolios, das stetig im Sinne und zum Nutzen der Kunden weiterentwickelt wird.

Diese Innovationskraft wird regelmäßig von externer Stelle bestätigt: Beim Innovationspreis „Plus X Award“ erhielt die ARAG im Berichtsjahr gleich mehrere Prämierungen. In den Kategorien Innovation und Transparenz wurde der ARAG Verkehrs-Rechtsschutz Sofort ausgezeichnet und der ARAG, wie schon 2016, der „Most Innovative Brand Award 2017“ in der Kategorie Versicherungen verliehen.

Mit seinen außergewöhnlichen Produktansätzen zeigt sich der ARAG Konzern als Vorreiter der Branche. Gutes Beispiel dafür ist die im deutschen Rechtsschutzmarkt einzigartige Rückwärtsversicherung ARAG Verkehrs-Rechtsschutz Sofort aus dem Jahr 2016. Nach diesem erfolgreichen Pilotversuch wurde im Berichtsjahr 2017 eine weitere Police mit Rückwärtsschutz konzipiert und Anfang Februar 2018 eingeführt: Der ARAG Miet-Rechtsschutz Sofort sichert Kunden rückwirkend bis zu zwölf Monate ohne Wartezeit ab. Die Rechtsschutzpolice kann von Privatpersonen für einen Schaden in insgesamt fünf Mietrechtskonstellationen abgeschlossen werden (beispielsweise bei Rechtsproblemen rund um Mieterhöhungen, Nebenkostenstreitigkeiten oder im Rahmen der Variante „Extra“ auch bei Eigenbedarfskündigungen).

Neben diesen neuen Produktinnovationen wurden bereits auf dem deutschen Markt etablierte digitale Serviceangebote, wie der Live-Chat für Versicherte sowie die ARAG Wallet-Card, von fast allen internationalen ARAG Niederlassungen und Gesellschaften adaptiert und dort erfolgreich als festes Angebot etabliert.

Mit großer Aufmerksamkeit hat der ARAG Konzern 2017 einen ersten Beratungs-Chatbot für Versicherungsprodukte auf den deutschen Markt gebracht. Im Facebook-Messenger können sich Nutzer mit den nötigen Informationen zur optimalen Absicherung auf Reisen informieren und direkt den passenden Versicherungsschutz online abschließen. Dieses innovative Angebot hatte nicht nur Signalwirkung in Deutschland: Die spanische Niederlassung der ARAG SE hat in kürzester Zeit den Chat-Roboter adaptiert und auf Facebook zur Verfügung gestellt.

Auch bei seinen Internetauftritten schlägt der ARAG Konzern immer weiter neue Seiten auf – national wie international. So wurde im Berichtsjahr der Relaunch aller deutschen ARAG Webseiten erfolgreich abgeschlossen. Konzeptionelles wie technisches Vorbild hierfür war und ist die kontinuierlich optimierte Internetpräsenz www.ARAG.de. Diese platzierte sich im Dezember 2017 bei der regelmäßig durchgeführten Studie der AMC Finanzmarkt GmbH erstmals als bester Internetauftritt von insgesamt 126 untersuchten Versicherern. Bei diesem Vergleich der „Assekuranz im Internet“ erzielte die ARAG die herausragende Gesamtbewertung von 100 Prozent.

Bei der Gestaltung der internationalen ARAG Webseiten erweist sich der konzernweite Wissens- und Technologietransfer als Erfolgsmodell. So wurden weitere Internetauftritte optimiert und im Sinne der Marke vereinheitlicht. Im Berichtsjahr nutzten die ARAG Belgien, die ARAG Österreich sowie die ARAG Slowenien die zentrale Konzernlösung beim Relaunch ihrer Webseiten. Der Konzern zeigt sich dadurch auch international von seiner besten Seite: Die ARAG Spanien setzte sich mit ihrem Webauftritt im ersten Halbjahr 2017 gegen 65 Mitbewerber durch und erzielte beim Vergleich des spanischen Versicherungsportals „Innovación Aseguradora“ in der Gesamtwertung erstmals den ersten Platz. Diese Top-Platzierung konnte die Niederlassung auch im zweiten Halbjahr behaupten.

Von starken, komplett überarbeiteten Internetseiten mit einfacher Navigation und übersichtlicher Produktgestaltung profitieren auch die Vertriebspartner des ARAG Stammvertriebs in Deutschland. Dort können sie unter anderem eigene, individuelle Inhalte platzieren. Zudem werden alle auf den Webseiten erfolgten Onlineabschlüsse direkt dem jeweiligen Bestand zugeordnet. Als weitere digitale Neuerungen wurden eigene Facebook-Seiten für die Geschäftsstellen sowie auch für ARAG Partnerinnen und Partner eingeführt.

Grundvoraussetzung, um in den verschiedensten Bereichen die Digitalisierung erfolgreich voranzutreiben, ist unter anderem die Modernisierung der IT. Der Konzern hat Mitte 2017 einen wichtigen Meilenstein umgesetzt und sich von der Großrechnerwelt verabschiedet. Seither arbeitet die ARAG mit hochmodernen Linux-basierten Servern. Diese leistungsstarke Systemarchitektur mit verteilten Serversystemen wird nicht zuletzt auch in puncto Sicherheit und Stabilität künftigen Anforderungen im IT-Betrieb gerecht. Damit hat die ARAG längst das eingeführt, was viele Wettbewerber erst noch angehen. Ein weiteres Großprojekt im Konzern ist die im Berichtsjahr gestartete Einführung der Software

„Office 365“. Mit der cloudbasierten Officeanwendung werden für ARAG Mitarbeiter sowie für Vertriebspartner neue, flexible Formen der Zusammenarbeit und Kommunikation geschaffen. Datenschutz, Datensicherheit und Qualitätsstandards genießen dabei höchste Priorität. Nach der erfolgreichen Pilotphase im vergangenen Jahr ist der Rollout auf europäischer Ebene bis Ende 2018 geplant.

Digitalisierung ist zentrales Thema im Konzern und geht über digitale Services oder IT-Modernisierungen hinaus. Die mit der Digitalisierung verbundenen Veränderungen und Chancen nutzt die ARAG auch aktiv strategisch: Mit einer neuen, eigenen LegalTech-Einheit positioniert sich die ARAG auf dem hart umkämpften europäischen Rechtsberatungsmarkt. Dafür wurde im Februar 2017 die Justix GmbH als 100-prozentige Tochter der ARAG in Köln gegründet. Unter der Marke „HelloLaw“ hat das Start-up bereits im Juni 2017 sein erstes Geschäftsmodell, eine Legal-Services-Onlineplattform für juristische Dienstleistungen, in den Niederlanden auch für Nichtkunden gestartet.

Produkte Als innovativer Qualitätsversicherer hat der ARAG Konzern im Berichtsjahr sowohl in Deutschland als auch auf seinen internationalen Märkten nicht nur völlig neuartige Produktkonzepte und Serviceleistungen geschaffen, sondern sein bestehendes Produktportfolio kontinuierlich weiter ausgebaut.

So wurde Anfang 2017 ARAG Recht&Heim, das erfolgreiche Privatkunden-Verbundprodukt des Konzerns – welches Rechtsschutz, Haftpflicht-, Hausrat- und wahlweise Wohngebäude-Schutz in einer Police umfasst – um eine attraktive Variante erweitert: Bisher basierte Recht&Heim auf den Premiumdeckungen der jeweiligen Versicherungen. Nun wurde für preissensiblere Kunden ARAG Recht&Heim Komfort auf den Markt gebracht – mit dem umfangreichen Schutz der attraktiven Komfortdeckungen für relevante Lebensbereiche. Für jede Versicherungssparte gibt es eine separat wählbare Selbstbeteiligungsstufe. Highlight ist auch hier ein bis zu 40 Prozent hoher Schadenfreiheitsrabatt. Der umfangreich überarbeitete, übersichtliche Tarifrechner erleichtert darüber hinaus den Verkauf und die Beratung.

Die hohe Qualität der Angebote spiegelt sich in zahlreichen Auszeichnungen und Prüfsiegeln wider, die die ARAG 2017 erhalten hat. Beim Rechtsschutzvergleich der Deutschen Gesellschaft für Verbraucherstudien in Kooperation mit N24 ging der ARAG Rechtsschutz Mitte 2017 sowohl in der Gesamtwertung als auch in der Teilkategorie „Kundendienst“ als Testsieger hervor. In einer Studie von Focus-Money ist die ARAG als „fairster Rechtsschutzversicherer“ ausgezeichnet worden und erhielt dafür Mitte 2017 die Note „sehr gut“. Auch der Service der ARAG erhielt gleich bei mehreren Folgezertifizierungen des TÜV Saarland Spitzennoten: Für die Inhousemediation der ARAG Service Center GmbH sowie für den ARAG Rechts-Service der ARAG SE gab es in der Mitte des Berichtsjahres zweimal ein „sehr gut“.

Auf den internationalen Märkten konnte die Gesellschaft in 2017 über ihre Niederlassungen, Tochtergesellschaften und Beteiligungen mit zahlreichen neuartigen und nützlichen Produkt- und Serviceideen überzeugen.

So hat beispielsweise die ARAG Belgien im Geschäftsjahr eine neue Rechtsschutzpolice für Freiberufler und Kleinstunternehmen ohne Angestellte auf den Markt gebracht. Sie bietet unter anderem Schutz bei Urheberrechtsverstößen oder Identitätsdiebstahl.

Außerdem hat die ARAG Belgien ihr Rechtsschutzprodukt für kleine und mittelständische Unternehmen neu strukturiert und zahlreiche neue Deckungen mit aufgenommen.

Die norwegische Tochtergesellschaft der ARAG SE, die HELP Forsikring AS, hat in 2017 mit Dipper, der größten Telefongesellschaft des Landes, einen neuen Kooperationspartner gewonnen. Künftig bietet Dipper den HELP Rechtsschutz, der unter anderem einen Vertrags- und Arbeits-Rechtsschutz enthält, als zusätzliche Leistung für Firmen mit bis zu 15 Mitarbeitern an. Darüber hinaus hat die HELP Forsikring AS einen speziellen Vermieter-Rechtsschutz entwickelt, der in Kooperation mit zwei großen norwegischen Unternehmen vertrieben wird. Neu ist zudem: Kunden des norwegischen Telefonanbieters Talkmore können bei Vertragsabschluss fortan individuell einen speziellen HELP Rechtsschutz gegen Identitätsdiebstahl abschließen.

Die HELP Forsikring Filial, dänische Niederlassung des norwegischen Tochterunternehmens HELP Forsikring AS, hat im Berichtsjahr eine Kooperation mit dem dänischen Mobilfunkanbieter „Call me“ abgeschlossen. Dieser bietet seinen Kunden WebHELP inkludiert in seinen Handyverträgen an.

Die HELP Försäkring Filial in Schweden, ebenfalls eine Niederlassung der norwegischen HELP Forsikring AS in Oslo, ist im März 2017 eine Kooperation mit dem Unternehmen My Safety eingegangen, das auf die Löschung von ungewünschten Internetinhalten spezialisiert ist. Als Add-on bietet die HELP Försäkring Filial den Kunden von My Safety einen speziellen Rechtsschutz im Falle von strafrechtlichen Ermittlungen an.

Die ARAG UK konnte mit Care Providers' Legal Solutions im Mai 2017 in Großbritannien ein neues, innovatives Produkt speziell für die Pflegeindustrie am Markt platzieren. Die neue Rechtsschutzpolice ist auf die branchenspezifischen Bedürfnisse des Pflegemarkts zugeschnitten. Sie gewährt Betreibern von Pflegeheimen sowie Pflegedienstleistern, die zunehmend rechtlichen und regulatorischen Risiken ausgesetzt sind, passgenauen Schutz. Zudem ist die britische Tochtergesellschaft der ARAG SE eine neue Kooperation mit Neos eingegangen. Das InsurTech-Unternehmen bietet Smarthome-Lösungen an, die über eine App steuerbar sind. Die neue Technologie erkennt Feuer, Einbrüche oder Wasserschäden und meldet diese in Echtzeit auf das Smartphone des Kunden. Abgerundet wird dieses Produkt durch eine ARAG Schutzbrief- und Rechtsschutzversicherung.

Eine ebenso neuartige wie hoch aktuelle Produktlösung hat die ARAG Griechenland im Berichtsjahr auf den Markt gebracht: Ein spezieller Drohnen-Rechtsschutz bietet Besitzern dieser unbemannten Flugobjekte Schutz bei möglichen Rechtsstreitigkeiten.

Die ARAG Services Corporation, die in 2015 gegründete kanadische Tochtergesellschaft des ARAG Konzerns, stellt im Zuge einer neuen Kooperation mit dem Broker Benson Kearly ihren ARAG Rechtsschutz als obligatorische Add-on-Deckung zum speziellen Haftpflichtprodukt von Benson Kearly zur Verfügung. Dieses richtet sich gezielt an die Verwalter von Mehrfamilienhäusern. Zudem hat die ARAG Services Corporation in 2017 einen speziell zugeschnittenen Rechtsschutz für verschiedene Polizeiorganisationen und -vereinigungen entwickelt.

Mitarbeiter und Mitarbeiterqualifizierung Bei der Erfüllung seines Leistungsversprechens baut die ARAG SE auf eine kompetente, fokussierte und sehr leistungsbereite Belegschaft in Deutschland und auf seinen internationalen Märkten. Zum Ende des Geschäftsjahres 2017 zählte die ARAG SE in Deutschland insgesamt 1.121 (Vj. 1.096) Mitarbeiter. Außerhalb Deutschlands waren weitere 1.511 (Vj. 1.468) Personen beschäftigt. Neben der Berufsausbildung hat die Qualifizierung und Entwicklung der Belegschaft bei der ARAG einen ausgesprochen hohen Stellenwert. Die ARAG soll einer der besten Versicherer am Markt bleiben. Die ARAG schafft mit der webbasierten Qualifizierungsplattform ARAG IQ die Grundlage, dass alle Mitarbeiter ihr Wissen und ihre Fähigkeiten auf dem neuesten Stand halten können. Zum Weiterbildungsangebot zählen Präsenzseminare und Fachschulungen ebenso wie E-Learnings. Die Inhalte sind breit gefächert – von Executive-Programmen zu Führung und Management über Seminare zur persönlichen Entwicklung bis hin zu Projektmanagementtrainings, Coachings und Fremdsprachen. Seit 2016 werden alle geplanten und durchgeführten Weiterbildungen zentral auf ARAG IQ dokumentiert. Ab 2018 werden ebenfalls die Weiterbildungsanforderungen, resultierend aus den Vorgaben der neuen Versicherungsvertriebsrichtlinie Insurance Distribution Directive (IDD), über ARAG IQ festgehalten und überwacht.

Ein weiterer wesentlicher Baustein zur Bindung von qualifizierten Mitarbeitern im Konzern ist das hausinterne Talentmanagementprogramm ARAG myCareer. 2011 eingeführt, bietet dieses ein erweitertes Instrumentarium der Personalauswahl und Personalentwicklung. Es unterstützt somit die Mitarbeiter in ihrer Entwicklungs- und Karriereplanung und sichert gleichzeitig den Erhalt des fachlichen und überfachlichen Wissens im Unternehmen.

Ein elementarer Erfolgsfaktor für den gesamten ARAG Konzern ist die gezielte Internationalisierung. Hier spielt auch die zunehmende länderübergreifende Verzahnung von Unternehmenseinheiten eine wichtige Rolle. Um diese Verzahnung systematisch auszuweiten und im Konzern zu verankern, wurden 2017 mit den oberen drei Führungsebenen in allen Gesellschaften und Niederlassungen 20 Managementveranstaltungen zum Thema „Unternehmerische Bedeutung und Auswirkungen durch Solvency II“ durchgeführt. Die ständige und qualitativ hochwertige Qualifizierung der ARAG Partner im Außendienst des ARAG Stammvertriebs wird durch die ARAG Vertriebsakademie sichergestellt. Diese deckt mit einer breiten Palette von bedarfsorientierten Seminaren das gesamte Wissensspektrum rund um den Verkauf und die Leistungsstärke der ARAG Produkte ab.

ARAG Essentials Mit der Überarbeitung der ARAG Essentials – den Unternehmensgrundsätzen für den ARAG Konzern – ist im Geschäftsjahr 2014 ein vielfältiges Vermittlungskonzept „ARAG Essentials 2.0“ entwickelt worden, das im März 2015 startete.

Im Rahmen des Vermittlungsprozesses wurden konzernweite Gespräche durchgeführt, ein ARAG Essentials Onlinetool auf www.ARAG.com veröffentlicht und Wertepartnerschaften ins Leben gerufen. Das Onlinetool steht allen Nutzern über die Konzernwebseite jederzeit und in sämtlichen Konzernsprachen zur Verfügung. Virtuell und spielerisch können Details zu den ARAG Essentials sowie zu den Standorten des Konzerns „erfahren“ werden. Regelmäßige Aktualisierungen halten das Tool auf neuestem Stand – inklusive neu hinzugekommener Ländergesellschaften.

Seit 2015 übernahmen pro Monat jeweils drei von insgesamt rund 100 nationalen und internationalen Führungskräften der ersten Führungsebene eine Wertepatenschaft. Die Wertepatenschaften liefen bis Dezember 2017. Die damit verbundenen Aktivitäten sind intern im konzernweiten Intranet veröffentlicht.

Unterscheiden lassen sich die Wertepatenschaften vorrangig in drei Arten: Teamaktionen, die operative Prozesse positiv verändern und zu nachhaltigen Verbesserungen führen, Patenschaften, die die Zusammenarbeit einzelner Teams optimieren, sowie soziale Engagements von Teams außerhalb des Unternehmens, die sich ebenfalls positiv auf die Teamentwicklung auswirken.

Seit dem Jahr 2012 wird der ARAG AWARD verliehen, um eine vorbildliche Umsetzung der ARAG Essentials zu honorieren. In den drei Kategorien „National“, „International“ und „Vertrieb (National)“ werden seitdem von Mitarbeitern proaktiv eingebrachte Teamprojekte ausgezeichnet, die eine gelungene Umsetzung im Arbeitsalltag beispielhaft vorleben. Diese Projekte zählen nicht nur auf die ARAG Essentials-Werte ein, sondern auch auf den damit verbundenen Auftrag – in Form von Kundenorientierung, Kompetenz, Leistungsfähigkeit. Die Gewinnerteams werden auf der jeweils nächsten ARAG Führungskräfteversammlung ausgezeichnet.

Unternehmerische Verantwortung Der verantwortungsvolle Umgang mit Mitarbeitern sowie Kunden und Geschäftspartnern basiert im ARAG Konzern auf einem langfristigen und damit nachhaltigen Handeln. Die ARAG positioniert sich als der international erfolgreiche, innovative Qualitätsversicherer – unabhängig und in Familienbesitz. Aus diesem Grundverständnis heraus nimmt das Unternehmen seine gesellschaftliche Verantwortung sehr ernst. Heinrich Faßbender verfolgte mit der Gründung der ARAG vor mehr als 80 Jahren ein klares Ziel: Allen Bürgern sollte eine Chancengleichheit vor dem Recht ermöglicht werden. Diese Idee gilt unverändert – und sie verankert ein hohes Maß an gesellschaftlicher Verantwortung direkt im ARAG Geschäftsmodell. Mit dem Schlagwort „Corporate Responsibility“ verbindet die ARAG heute die nachhaltige Führung des Geschäfts auf verschiedenen Ebenen: Kunden und Verbraucher sollen mit den Produkten und Services des Unternehmens einen höchstmöglichen Nutzen erzielen. Darüber hinaus nimmt die ARAG auch Verantwortung für ihre Mitarbeiter wahr und fördert passende gesellschaftliche Projekte. Die Grundsätze zur Unternehmensführung (Corporate Governance) bilden über fest verankerte Selbstverpflichtungen den Rahmen für ein gesellschaftskonformes Handeln.

Vertriebskodizes Mit Wirkung zum 1. Juli 2013 sind sämtliche deutschen ARAG Konzerngesellschaften dem überarbeiteten Verhaltenskodex des GDV für den Vertrieb von Versicherungsprodukten beigetreten. Dieser stellt ein klares Bekenntnis der Branche zu mehr Verbraucherschutz, höherer Beratungsqualität, Vermittlerqualifikation und transparenten, verbindlichen Regelungen für den Umgang mit Kunden dar – und schafft damit die Voraussetzungen für eine Vertrauensstärkung in den gesamten Bereich der Versicherungsvermittlung.

Der GDV-Verhaltenskodex schreibt eine verbindliche Prüfung im Zwei-Jahres-Rhythmus durch einen unabhängigen Wirtschaftsprüfer vor. Alle nationalen ARAG Gesellschaften haben sowohl die Erstprüfung im Jahr 2015 als auch die Folgeprüfung im Jahr 2017 erfolgreich als Angemessenheitsprüfung durchgeführt. Die als Prüfungsgrundlage geltende Beschreibung des Compliance-Management-Systems sowie der positive Prüfungsbericht der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft PricewaterhouseCoopers sind entsprechend auf der GDV-Homepage veröffentlicht worden. Die Angemessenheitsprüfung untersucht, ob die internen Unternehmensvorschriften den Regelungen des Kodexes entsprechen. Damit sorgt dieser für ein hohes Maß an Verbindlichkeit und Selbstkontrolle. Die ARAG Versicherungsgesellschaften beweisen mit dem Prüfungsbericht, dass sie die anspruchsvollen Anforderungen des Kodexes an Beratungsqualität, Produktentwicklung und Vertriebssteuerung entsprechend umgesetzt sowie dessen wesentliche Kernziele erfolgreich und nachhaltig in ihrer Compliance- und Vertriebsorganisation implementiert haben.

Für die ARAG Gesellschaften gilt bindend, die Vermittler aus dem Stamm- und Partnervertrieb auf die Einhaltung der Kodexvorgaben zu verpflichten. Dafür werden bereits durch den Beratungsansatz „Roter Faden“ im Stammvertrieb viele elementare Schritte vorweggenommen; darüber hinaus gehört ein hohes Qualitätsversprechen an die Kunden per se zur Positionierung der ARAG als Qualitätsversicherer.

Termingerecht zum 23. Februar 2018 ist die Umsetzung der Insurance Distribution Directive (IDD) im Unternehmen erfolgt – die EU-Richtlinie über den Versicherungsvertrieb. Mit dieser will der europäische Gesetzgeber zu einem verstärkten Verbraucherschutz beitragen und einheitliche Wettbewerbsbedingungen für alle Akteure im Versicherungsvertrieb schaffen. Die neuen Vorschriften beziehen sich unter anderem auf Vergütungssysteme, die Qualifikation und Weiterbildungspflicht von Mitarbeitern im Außen- und Innendienst sowie auf zusätzliche Anforderungen bei Beratungs- und Dokumentationsprozessen. Die neue EU-Richtlinie bietet der ARAG die Chance, qualitativ noch besser zu werden und das Kundeninteresse konsequent in den Mittelpunkt zu stellen. Dabei stehen der Vertrieb, aber auch das Versicherungsprodukt an sich im Fokus – beginnend mit der Entwicklung nebst Vorgaben zur Produktinformation bis hin zum Kundenkontakt und der Abwicklung eines Schadens.

Der ARAG Konzern hat in den vergangenen Jahren nicht nur durch sein ganzheitliches Beratungskonzept im ARAG Stammvertrieb und den Beitritt zum GDV-Verhaltenskodex gründliche Vorarbeit geleistet. Für alle nationalen Gesellschaften wurden einheitliche Standards ausgerollt und die EU-Richtlinie konnte entsprechend fristgerecht umgesetzt werden.

ARAGcare Der ARAG Konzern gilt als anspruchsvoller Arbeitgeber mit einer hohen Leistungserwartung an seine Belegschaft. Im Gegenzug investiert das Unternehmen in umfassende Angebote für die Mitarbeiter. Zentrales Element ist das betriebliche Gesundheitsmanagement ARAGcare.

Die persönliche Gesundheit der Mitarbeiter steht in der ersten Säule von ARAGcare im Mittelpunkt. Hier zählen zu den bewährten Komponenten Gesundheitschecks, vielfältige Betriebssportmöglichkeiten, regelmäßige medizinische Präventionsangebote oder Gesundheitskurse. Die ARAG setzt außerdem ein betriebliches Eingliederungsmanagement zur professionellen Umsetzung der gesetzlichen Anforderungen um. Für eine optimale Unterstützung der Betroffenen werden regelmäßig externe Experten hinzugezogen.

Daneben wurde im Berichtsjahr ein starker Schwerpunkt auf die zweite Säule von ARAG-care gelegt: der Vereinbarkeit von Beruf und Familie. In diesem Bereich wurde die ARAG 2017 erneut zertifiziert. Was offiziell Re-Auditierung heißt, ist für das Versicherungsunternehmen Auszeichnung und Selbstverpflichtung zugleich. Die Zertifizierung der berufundfamilie Service GmbH, einer Initiative der gemeinnützigen Hertie-Stiftung, ist als mehrstufiges, anspruchsvolles Verfahren angelegt. Die erste Auditierung der ARAG erfolgte im Juni 2014. Für das Nachfolgezertifikat wurden im Spätsommer 2017 der Status quo sowie die Weiterentwicklung einer familien- und lebensphasenbewussten Personalpolitik genau analysiert. Nach umfangreichen Evaluierungsarbeiten wurden neue Ziele vereinbart sowie Maßnahmen festgesteckt, welche die ARAG verbindlich bis 2020 umsetzen wird. Dazu zählen beispielsweise der Bereich Führung mit der Erhöhung des Frauenanteils in Führungspositionen sowie die weitere Flexibilisierung der Arbeitszeit- und Arbeitsortgestaltung. Darüber hinaus stehen der Ausbau der Information und Kommunikation rund um Vereinbarkeitsthemen sowie die Freistellung für Sabbaticals im Fokus.

Für das umfangreiche Angebot im Bereich des betrieblichen Gesundheitsmanagements und bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist die ARAG beim „Corporate Health Award 2017“ nunmehr zum achten Mal mit einem Gütesiegel zertifiziert worden.

Zielgrößen für den Frauenanteil in Führungsfunktionen Entsprechend den Vorgaben des Gesetzes für die gleichberechtigte Teilhabe von Männern und Frauen an Führungspositionen ist das Unternehmen verpflichtet, Zielgrößen für den Frauenanteil in den beiden Führungsebenen unterhalb des Geschäftsführungsorgans, im Geschäftsführungsorgan und im Aufsichtsrat festzulegen sowie entsprechende Erreichungsfristen zu bestimmen. Der Vorstand befürwortet einen steigenden Anteil von Frauen in Führungspositionen, insbesondere solange deren Anteil unter 30 Prozent liegt. Hierzu gibt es zahlreiche unterstützende Maßnahmen im Rahmen des Projekts Beruf und Familie. Für den Stichtag 30. Juni 2017 hatte der Vorstand die Zielquote für den Frauenanteil in der ersten Führungsebene unterhalb des Geschäftsführungsorgans auf 11 Prozent und in der zweiten Führungsebene auf 25 Prozent festgelegt. Beide Zielgrößen entsprechen einer Steigerung gegenüber dem Stand zum Zeitpunkt der Festlegung der Zielquote. Der Aufsichtsrat hatte für den 30. Juni 2017 eine Zielquote im Aufsichtsrat von 11 Prozent und im Vorstand von 0 Prozent beschlossen.

Die Ist-Quoten zum 30. Juni 2017 betragen in der ersten Führungsebene unterhalb des Geschäftsführungsorgans 10 Prozent. In der zweiten Führungsebene wurde die Zielquote mit 30 Prozent deutlich überschritten. Die Ist-Quoten des Aufsichtsrats und des Vorstands entsprechen mit 11 Prozent beziehungsweise 0 Prozent den Zielquoten.

Zur nächsten Erreichungsfrist mit dem Stichtag 30. Juni 2019 hat der Vorstand die Zielquote für den Frauenanteil in der ersten Führungsebene unterhalb des Geschäftsführungsorgans auf 11 Prozent und in der zweiten Führungsebene auf 30 Prozent festgelegt. Beide Zielgrößen entsprechen einer Steigerung gegenüber dem Stand zum Zeitpunkt der Festlegung der Zielquote. Der Aufsichtsrat hat für den 30. Juni 2019 über eine Zielquote im Aufsichtsrat von 11 Prozent und im Vorstand von 0 Prozent entschieden. Das entspricht in beiden Organen dem Status zum Zeitpunkt der Festlegung der Zielquote.

Gesellschaftliche Verantwortung Die ARAG ist ein Familienunternehmen. Dadurch besitzt die Verbindung von unternehmerischer und gesellschaftlicher Verantwortung für die ARAG einen besonders hohen Stellenwert. Durch die Unabhängigkeit als Familienunternehmen gewinnt die Übernahme von Verantwortung noch zusätzlich an Gewicht: Aus seiner Unabhängigkeit leitet der ARAG Konzern die Verpflichtung ab, sie auch verantwortungsvoll einzusetzen. Deshalb bietet die ARAG seit März 2014 erfolgreich das innovative Förderprojekt „Konfliktmanagement an Schulen“ an.

Mit Unterstützung des Ministeriums für Schule und Weiterbildung des Landes Nordrhein-Westfalen (NRW) wird dieses Programm allen weiterführenden Schulen und Berufskollegs in NRW angeboten. An dem Projekt haben in bisher vier Ausbildungsdurchgängen insgesamt 316 Lehrkräfte, Fachkräfte für Schulsozialarbeit und Eltern von 96 weiterführenden Schulen und Berufskollegs in verschiedenen Schulbezirken in NRW teilgenommen. Derzeit wird das Projekt an zwölf weiteren Schulen durchgeführt. Im Fokus steht die Einführung flächendeckender Qualitätsstandards von Konfliktmanagementstrukturen, Präventions- und Interventionsmaßnahmen. Lehrkräfte, Eltern, Fachkräfte für Schulsozialarbeit sowie Schulpfarrer werden als Schulmediatoren und von ihnen später Schüler als Konfliktlotsen ausgebildet. Das Projekt wurde unter dem Namen „ARAG Mediators“ von der Clinton Global Initiative (CGI) als „Commitment to Action“ zertifiziert.

Seit September 2016 ist die ARAG Förderer der MediationsZentrale München e. V. Das Team Schulmediation des gemeinnützigen Vereins schickt regelmäßig professionell ausgebildete Mediatoren an öffentliche und private Schulen im Großraum München, wo sie als neutrale Ansprechpartner für alle Konflikt- und Problemfälle im schulischen Alltag zur Verfügung stehen.

Ein weiteres zentrales Themenfeld ist das Internet. Es verändert und beeinflusst weltweit das Leben der Menschen – in starkem Maße auch das von Kindern und Jugendlichen – und birgt auch Gefahren. Um diesen vorzubeugen, ist eine geeignete Prävention wichtig. Die ARAG besitzt eine umfangreiche Erfahrungspalette rund um Prävention und sieht wichtige Präventionsfelder in der nachhaltigen Förderung von Medienkompetenz, der Information und Aufklärung sowie der Sensibilisierung für Mobbingfolgen.

Im Jahr 2017 hat sich die ARAG daher noch stärker auf den Schutz der Persönlichkeitsrechte im Netz konzentriert. Auf Initiative der ARAG wurde gemeinsam mit der Forschungsstelle für IT-Recht und Netzpolitik der Universität Passau ein gemeinsames Forschungsprojekt gestartet. Inhalt des Vorhabens ist die Entwicklung einer Alternative zum umstrittenen Netzwerkdurchsetzungsgesetz. Die Ergebnisse sind im Rahmen des „Safer Internet Day“ Anfang Februar 2018 veröffentlicht worden.

Darüber hinaus erstreckt sich das gesellschaftliche Engagement der ARAG auf die gezielte Förderung der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung (DKJS) im Bereich der digitalen Bildung. Diese stärkt in bundesweiten Projekten und Programmen Kinder und Jugendliche seit 20 Jahren darin, ihr Leben couragiert selbst in die Hand zu nehmen und die Gesellschaft mitzugestalten. Schulen in ganz Deutschland stehen vor der Herausforderung des digitalen Wandels. Gleichzeitig bietet die Digitalisierung der schulischen Bildung zahlreiche Chancen. ARAG und DKJS starteten daher im November 2017 in einer

gemeinsamen Initiative das Programm „bildung.digital“. Schulen werden dabei unterstützt, Konzepte der digitalen Bildung an ihren Schulen zu entwickeln und zu verankern. In der Programmstelle „bildung.digital-Netzwerk ganztägig bilden“ begeben sich 40 Ganztagschulen aus acht Bundesländern in vier länderübergreifenden Netzwerken auf diesen Weg.

Um Chancengerechtigkeit geht es auch bei dem Düsseldorfer Projekt „Kickwinkel“, das die ARAG gemeinsam mit anderen lokalen Partnern initiiert hat und fortlaufend unterstützt. „Kickwinkel“ ist ein integratives Fußballprojekt für unbegleitete männliche Flüchtlinge aus dem Irak, Afghanistan, Somalia, Eritrea, Gambia, Guinea und Iran. Die 20 Jugendlichen trainieren zweimal wöchentlich bei einem Düsseldorfer Verein. Im Juli 2017 fand ein Turnier mit Mannschaften aller Projektpartner statt. Hier bewies sich einmal mehr: „Sport verbindet“.

Verweis auf die nichtfinanzielle Konzernklärung

Durch das CSR-Richtlinie-Umsetzungsgesetz ist die ARAG SE seit 2017 nach § 341a Abs. 1a HGB zur nichtfinanziellen Berichterstattung verpflichtet. Aufgrund der Einbeziehung der ARAG SE in die nichtfinanzielle Konzernklärung des Mutterunternehmens ARAG Holding SE, Düsseldorf, macht die ARAG SE von der Befreiungsmöglichkeit des § 341a Abs. 1a Satz 3 in Verbindung mit § 289b Abs. 2 HGB Gebrauch. Die befreiende nichtfinanzielle Konzernklärung der ARAG Holding SE ist unter folgendem Link in deutscher Sprache öffentlich verfügbar: www.arag.com/german/press/publications/

Dies wird ergänzt durch die detaillierte Berichterstattung im ARAG Nachhaltigkeitsbericht 2017.*

Solvabilität

Nach § 89 Abs. 1 VAG sind alle Versicherungsunternehmen verpflichtet, stets über anrechnungsfähige Eigenmittel mindestens in Höhe der Solvabilitätskapitalanforderung zu verfügen. Seit dem 1. Januar 2016 ist das Solvency-II-Regime in Kraft. Gemäß § 40 VAG ist spätestens 14 Wochen nach dem Ende des Geschäftsjahres ein Solvabilitäts- und Finanzbericht* zu veröffentlichen, in dem allgemein verständlich die Solvabilitätslage erläutert wird. Versicherungsgruppen haben darüber hinaus auf Konzernebene die Bedeckung der Solvabilitätsspanne mit qualifizierten Eigenmitteln und deren angemessene Verteilung im Konzern sicherzustellen. Die Einhaltung der Solvabilitätsvorschriften wird der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) quartalsweise nachgewiesen.

Die Solvabilitätskennzahlen werden auf der Ebene der Versicherungsgesellschaft und auf Ebene des Konzerns quartalsweise berechnet.

Im Berichtsjahr ist die Bedeckung der gesetzlich geforderten Solvabilitätsspanne gemäß den aktuellen Solvabilitätsvorschriften bei der ARAG SE stets sichergestellt.

* Nicht Bestandteil des Lageberichts.

III. Abhängigkeitsbericht

An der ARAG SE ist die ARAG Holding SE, Düsseldorf, mittelbar mehrheitlich beteiligt. Das Bestehen der Mehrheitsbeteiligung wurde der ARAG Allgemeine Rechtsschutz-Versicherungs-AG (heute ARAG SE) am 28. April 2000 durch das Geschäftsführungsorgan der ARAG AG (heute ARAG Holding SE) nach § 20 Abs. 1 und 4 Aktiengesetz (AktG) mitgeteilt.

Damit ist die ARAG SE ein abhängiges Unternehmen im Sinne von § 17 Abs. 1 AktG in Bezug auf die ARAG Holding SE.

Der Bericht über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen nach § 312 AktG schließt mit folgender Erklärung:

„Nach den Umständen, die uns in dem Zeitpunkt bekannt waren, in dem die Rechtsgeschäfte vorgenommen oder die Maßnahmen getroffen oder unterlassen wurden, hat unsere Gesellschaft bei jedem Rechtsgeschäft eine angemessene Gegenleistung erhalten. Die Gesellschaft hat außer den aufgeführten Maßnahmen keine anderen berichtspflichtigen Maßnahmen vorgenommen oder unterlassen. Durch die auf Veranlassung oder im Interesse des herrschenden oder den mit ihm verbundenen Unternehmen durchgeführten Maßnahmen ist unserer Gesellschaft kein Nachteil entstanden.“

IV. Prognose-, Chancen- und Risikobericht

Prognosebericht

Für die zukünftige Entwicklung der Weltwirtschaft bestehen weiterhin zahlreiche und wesentliche Risiken. Hierzu zählen neben der Gefahr eines überraschenden Wachstumsrückgangs einzelner Volkswirtschaften weltweit auch das Risiko zunehmender protektionistischer Tendenzen sowie politische Risiken, insbesondere in Europa. Dabei ist vor allem die Gefahr eines ungeordneten „harten Brexits“ angesichts des mangelnden Fortschritts bei den Verhandlungen über den Austritt des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union zu nennen. Aber auch eine mögliche Verschärfung des Konflikts in Katalonien und neue politische Konstellationen durch Wahlen in 2018 könnten die Stabilität in Europa gefährden.

Weiterhin ist es möglich, dass die Niedrigzinsen zu Übertreibungen im Finanzsystem beitragen. Es besteht unter anderem das Risiko von Fehlallokationen infolge einer Verzerrung der Marktpreise. Auch ist die Gefahr von Finanzmarktverwerfungen im Zuge des anstehenden Ausstiegs aus der lang anhaltenden Niedrigzinspolitik vieler Notenbanken nicht zu vernachlässigen. Dieser findet bisher, wenn überhaupt, nur sehr zögerlich statt. Zwar ist die Verbraucherpreisinflation gegenwärtig moderat, doch könnte sich dies angesichts des derzeitigen monetären Umfelds und einer steigenden Kapazitätsauslastung ändern. Die Zentralbanken könnten dann zu einem unerwarteten, schnellen Zinsanstieg gezwungen sein. Darüber hinaus hat seit der Finanzkrise die weltweite Verschuldung weiter zugenommen; sie liegt auf einem historisch hohen Niveau. Während sich die öffentlichen Haushalte in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften weiter verschuldet haben, ging hingegen das Volumen der Kredite an die privaten Haushalte und Unternehmen in Relation zum Bruttoinlandsprodukt der letzten Jahre etwas zurück.

Besondere Aufmerksamkeit gilt den politischen Entwicklungen in Europa. Ein zentraler Punkt ist die ungeklärte politische und ökonomische Beziehung zwischen dem Vereinigten Königreich und der Europäischen Union. Bislang hatte das Brexit-Votum keine schwerwiegenden realwirtschaftlichen Folgen. Dies lässt darauf schließen, dass überwiegend eine Lösung erwartet wird, die den wirtschaftlichen Schaden begrenzt. Angesichts des bisherigen Verhandlungsprozesses ist jedoch unklar, ob bis zum Frühjahr 2019 eine Einigung erzielt werden kann. Ein Scheitern der Verhandlungen und ein „harter Brexit“ hätten vor allem für das Vereinigte Königreich und in geringerem Maße auch für die europäischen Handelspartner negative wirtschaftliche Effekte. Für die Weltwirtschaft dürfte hieraus kein gravierendes Negativszenario erwachsen. Die politischen Risiken in Europa sind jedoch nicht nur auf die Unsicherheit rund um den Brexit beschränkt. In vielen Mitgliedsstaaten verzeichnen Parteien an den Rändern des politischen Spektrums einen hohen Zulauf. Die Zustimmung zu EU- und Euro-kritischen Parteien ist Umfragen zufolge auf einem sehr hohen Niveau. Die jüngsten Entwicklungen in Katalonien unterstreichen die weiterhin vorhandenen politischen Spannungen. Zusätzliche Risiken bergen darüber hinaus kommende Wahlen im europäischen Raum. Ein Wiederaufflammen der Eurokrise kann somit nicht völlig ausgeschlossen werden.

Diesen Risiken stehen jedoch zahlreiche Chancen und Potenziale für ein stärkeres Wachstum der Weltwirtschaft gegenüber. Eine unerwartet kräftige Investitionsdynamik, vor allem im Euroraum, könnte dafür sorgen, dass die Wachstumsdynamik spürbar höher ausfällt. Daneben könnte eine expansivere Fiskalpolitik in den Vereinigten Staaten für zusätzliche, bisher nicht berücksichtigte Impulse sorgen. Insgesamt erwartet der Sachverständigenrat eine Fortsetzung des Wachstums weltweit sowie in Europa. Für 2018 prognostiziert er einen Zuwachs der Weltwirtschaftsleistung von etwa 3,2 Prozent sowie einen Anstieg des Bruttoinlandsprodukts im Euroraum von 2,1 Prozent.

In Deutschland geht der konjunkturelle Aufschwung in sein fünftes Jahr. Die Kapazitätsauslastung ist höher als gewöhnlich. Die deutsche Wirtschaft wird durch die Boomphase mehr und mehr in die Hochkonjunktur kommen und somit das Risiko einer Überhitzung entsprechend zunehmen. Zudem wird die im Vergleich zu den vorangegangenen Jahren höhere Inflationsrate dämpfende Effekte auf die Reallohnentwicklung haben. Diese Prognosen mindern jedoch nicht den Trend, dass die privaten Konsumausgaben auch zukünftig weiter ansteigen werden. Aufgrund der stabilen Arbeitsmarktentwicklung ist die Konsumentenstimmung weiterhin sehr gut; die Anschaffungsneigung und Einkommenserwartungen sind positiv. Allerdings nimmt die Verbraucherpreisinflation im Prognosezeitraum voraussichtlich etwas zu. Auch in 2018 wird der private Verbrauch der Hauptantrieb der konjunkturellen Entwicklung bleiben und einen wesentlichen Wachstumsbeitrag zum nationalen Bruttoinlandsprodukt liefern. Die Erwerbstätigkeit wird in 2018 mit voraussichtlich rund 500.000 Personen weiter steigen. Derzeitige Schätzungen gehen von 32,7 Millionen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und 4,7 Millionen ausschließlich geringfügig Beschäftigten aus.

Insgesamt wird das bisherige Wachstumstempo aller Voraussicht nach im Jahr 2018 dennoch nicht ganz zu halten sein. Aufgrund des hohen Überhangs aus dem abgelaufenen Berichtsjahr geht der Sachverständigenrat trotzdem von einer jahresdurchschnittlichen Zuwachsrate des Bruttoinlandsprodukts von 2,2 Prozent aus.

Die gute konjunkturelle Lage bietet die Chance, im Rahmen einer möglichen Neujustierung der Wirtschaftspolitik Herausforderungen der Zukunft in den Mittelpunkt zu stellen. Hierzu zählen insbesondere der demografische Wandel und die Digitalisierung.

Der demografische Wandel wird das Arbeitskräftepotenzial sinken lassen. Bereits jetzt ist in einigen Bereichen der Wirtschaft ein Fachkräftengpass festzustellen. Es wird daher zunehmend wichtig werden, das vorhandene Arbeitskräftepotenzial besser auszuschöpfen und zu binden. Dies könnten Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf, beispielsweise durch den weiteren Ausbau der Kinderbetreuung, sowie ein Einwanderungsgesetz bewirken. Zudem sollte das Augenmerk der Politik auf dem Abbau der Langzeitarbeitslosigkeit und der Integration von anerkannten Asylbewerbern in den Arbeitsmarkt liegen.

Die Digitalisierung von Wirtschaft und Gesellschaft führt zu einem umfassenden Strukturwandel, den die Politik nach Kräften ermöglichen sollte, beispielsweise durch eine innovationsfreundliche Regulierung, die konsequente Digitalisierung staatlichen Verwaltungshandelns und die Sicherstellung eines flexiblen Arbeitsmarkts. Zudem gilt es, durch die Stärkung der Bildung und Weiterbildung die Anpassungsfähigkeit der Arbeitnehmer an die neuen Anforderungen der digitalen Arbeitswelt zu erhöhen. Auf der Digitalisierung

ruhen große Hoffnungen hinsichtlich zukünftiger Steigerungen der Arbeitsproduktivität. Die zunehmende Vernetzung der Akteure, die damit verbundenen Verbesserungen bei der Bereitstellung und Nutzung von Information sowie die wachsende Reife autonomer Systeme versprechen, die Effizienz von Produktionsprozessen und die Produktqualität zu steigern. Sie erlauben zudem eine Anpassung der Geschäftsmodelle und Prozesse der Leistungserbringung, die sich stärker an den Bedürfnissen und Wünschen der Verbraucher ausrichten.

Die Versicherungswirtschaft ist von diesen genannten Entwicklungen stark beeinflusst. Der GDV berücksichtigt in seinen aktuellen Prognosen unter anderem, dass das makroökonomische Umfeld derzeit etwa durch die geopolitischen Risiken von einer erhöhten Unsicherheit geprägt ist. Eine abweichende konjunkturelle Entwicklung könnte damit auch Auswirkungen auf die Geschäftsentwicklung in der Versicherungswirtschaft mit sich bringen.

Herausforderungen für die Versicherer ergeben sich unverändert aus einer unverkennbaren Intensivierung des Wettbewerbs.

Weitere Handlungsfelder liegen exemplarisch, wie in den Vorjahren auch, in der zunehmenden Ausdifferenzierung der Kundengruppen und zudem, wie oben angesprochen, im demografischen Wandel der Gesellschaft. Zusätzlich sorgen teilweise tiefgreifende Veränderungen in der Produktlandschaft, wie beispielsweise die Pluralisierung der Vertriebsstrukturen, für stetige Bewegungen auf den Versicherungsmärkten.

Darüber hinaus erhöht das Zukunftsthema Digitalisierung den Druck und das Tempo für Veränderungen in der eher konservativen Versicherungsbranche. Mit Fokus auf den Verbraucher gilt es, neue und zusätzliche Vertriebs-, Service- und Kommunikationswege zu eröffnen. Weil der Markt jedoch nicht ausschließlich von Onlinekunden bestimmt wird, werden Entweder-oder-Konzepte sowie kurzfristige Lösungen nicht den Kern der Entwicklung und die Wünsche der Kunden treffen. Je nach Produkt, Zielgruppe und auch Stimmungslage entscheidet sich der Verbraucher für ein digitales Angebot oder eben nicht. Letztlich geht es darum, leichten und barrierefreien Zugang zu smarten Versicherungsleistungen und -services anzubieten. Onlinegeschäftsmodelle werden damit nicht mehr länger besonders preissensitive Kunden ansprechen, sondern ein integraler, möglichst einfach zu handhabender Bestandteil des Leistungsspektrums einer jeden Versicherungsgesellschaft sein müssen.

In der deutschen Versicherungswirtschaft werden die Vertriebsaktivitäten unverändert durch eine hohe Marktreife erschwert. Chancen für weiteres Prämienwachstum und für einen zusätzlichen Bestandszubau ergeben sich zu großen Teilen lediglich durch einen Anbieterwechsel. Dieser Trend wird auch zukünftig beobachtbar bleiben. Positiv beeinflusst wird die Versicherungsnachfrage momentan jedoch durch die aktuell sehr günstige wirtschaftliche Lage der privaten Haushalte, ausgelöst durch die entspannte Situation auf dem deutschen Arbeitsmarkt.

Infolgedessen werden die Beitragseinnahmen in der Versicherungswirtschaft voraussichtlich weiter wachsen. Für den deutschen Markt geht der GDV in 2018 von einer Steigerung von etwa 1,3 Prozent (Vj. 1,3 Prozent) aus. Unter der Voraussetzung, dass es nicht zu einer unvorhergesehenen Eintrübung des gesamtwirtschaftlichen Umfelds kommt, wird in der Schaden- und Unfallversicherung für das Geschäftsjahr 2018 mit

einem Prämienplus von circa 3,0 Prozent (Vj. 2,9 Prozent) gerechnet. In den privaten Sachversicherungen könnten erneut steigende Versicherungssummen und Deckungserweiterungen Wachstumstreiber darstellen und zu einem Beitragsplus von bis zu 4,0 Prozent (Vj. 4,5 Prozent) führen. Für die Rechtsschutzversicherung erwartet der GDV, bedingt unter anderem durch Beitragsanpassungsmöglichkeiten, einen Anstieg der Prämien von ebenfalls etwa 4,0 Prozent (Vj. 4,0 Prozent).

Entsprechend der letztjährigen Prognose hielt die gute Geschäftsentwicklung bei der ARAG SE im Berichtsjahr an. Allerdings wurde die Erwartung von circa 3 Prozent Beitragssteigerung mit tatsächlich erreichten 5,5 Prozent klar übertroffen. Der internationale Geschäftsanteil der gebuchten Bruttobeiträge ist bei 59,9 Prozent verblieben. Die Schadenquote ist entgegen der Vorjahreserwartung wegen höherer Kumulschadenrisiken in der Rechtsschutzversicherung und dem umfangreicher genutzten Recht auf freie Anwaltswahl in den Niederlanden um 2,3 Prozentpunkte angestiegen. Die absoluten Kosten haben sich im Berichtsjahr erwartungsgemäß erhöht, die Kostenquote ist jedoch im Vergleich zum Vorjahr wegen der hohen Beitragsanhebung stabil geblieben. Das versicherungstechnische Ergebnis ist entsprechend der Erwartung positiv, aber auch niedriger als im Vorjahr ausgefallen. Wegen des überraschenden Ausgangs der US-Präsidentenwahlen und der Zinspolitik der Europäischen Zentralbank wurde im Vorjahr keine qualifizierte Prognose zum Kapitalanlageergebnis erstellt. Der befürchtete Rückgang ist tatsächlich nicht eingetreten, da Beteiligungserträge stark angestiegen sind. Das Vorsteuerergebnis stellt sich mit 56.790,6 T€ gegenüber dem Vorjahr (68.027,5 T€) erwartungsgemäß geringer dar. Der Bilanzgewinn übertrifft mit 32.031,2 T€ klar die Erwartungen.

Die Geschäftsentwicklung der ARAG SE wird auch im laufenden Jahr auf dem Wachstumspfad bleiben. Das Aufsichtsregime „Solvency II“ erzwingt durch knappe Terminvorgaben, Umfang und Periodizität von Berichten an die Versicherungsaufsicht und an die Öffentlichkeit eine Optimierung von relevanten Verwaltungsprozessen. Die ARAG SE ist in ihrer Ablauforganisation darauf vorbereitet. Zudem erlaubt die Verwendung eines partiell internen Modells eine unternehmensindividuelle Berücksichtigung des relativ homogenen Rechtsschutzgeschäfts bei der Kapitalanforderung. Die dadurch eröffneten Spielräume werden für die weitere gezielte Erschließung von neuen internationalen Wachstumsmärkten und für die Akquisition von Beständen genutzt werden.

Auch wegen der Entwicklung innovativer Rechtsschutzdeckungen in Deutschland und dem Ausbau des Leistungsportfolios im Zusammenhang mit rechtsschutznahen Versicherungen und versicherungsnahen Services sowie durch neue digitale Angebote wird ein Zuwachs der gebuchten Beiträge von circa 2,5 Prozent erwartet. Auf der Schadenseite wird nach Korrekturen im Geschäftsjahr wegen Kumulrisiken und zu erwartender Kostensteigerungen bei der Regulierung von Schäden auf den Märkten außerhalb Deutschlands wieder mit einer Entspannung gerechnet. Die Schadenquote wird auf dem Niveau des Jahres 2016 mit knapp unterhalb von 53 Prozent erwartet. Auf der Kostenseite werden sich weitere Investitionen für die Digitalisierung von Geschäftsprozessen und Diensten auswirken. Die Kostenquote wird jedoch wachstumsbedingt unverändert bleiben. Insgesamt wird ein versicherungstechnisches Ergebnis für das Jahr 2018 auf dem Niveau des Berichtsjahres erwartet.

Eine Abkehr von der expansiven Geldpolitik der Europäischen Zentralbank ist im Jahr 2018 nicht zu erwarten, auch wenn sich in den USA eine Anhebung der Zinssätze abzeichnet. Derzeit auftretende Volatilitäten auf den Aktienmärkten können Indikator einer sich ankündigenden Zinserhöhung oder lediglich eine kurzfristige Korrektur darstellen. Die Prognose des Kapitalanlageergebnisses ist unter diesen Rahmenbedingungen schwierig. Insgesamt ist für das laufende Jahr mit einem leicht geringeren Kapitalanlageergebnis als im Berichtsjahr zu rechnen, da das Potenzial für weitere Zuschreibungen ausgeschöpft ist.

Belastungen aus dem in 2017 veräußerten Lebensversicherungsgeschäft werden bei der ARAG SE im Berichtsjahr und in der Zukunft nicht mehr eintreten. Unter Berücksichtigung der Chancen und Risiken wird für 2018 mit einem geringeren Vorsteuerergebnis gerechnet, als es im Berichtsjahr realisiert wurde.

Chancenbericht

Die ARAG SE ist als Rechtsschutzversicherer mit Tochterunternehmen, die das Sach- und das Krankenversicherungsgeschäft betreiben, wesentlich leistungs- und wettbewerbsfähiger aufgestellt als noch im Vorjahr. Mit der gezielten Fokussierung auf das Kranken- und das Sachversicherungsgeschäft – inklusive dem in Deutschland und auf vielen internationalen Märkten sehr erfolgreichen Rechtsschutzversicherungsgeschäft – konnten Geschäftsrisiken deutlich reduziert werden. Mit dieser Neuausrichtung reagierte die ARAG auf die Herausforderungen der Tiefzinsphase und beantwortete damit für sich eine der zentralen Schicksalsfragen der Assekuranz. Trotz der damit verbundenen Neuausrichtung des Unternehmens wurden indes die Kunden nicht vergessen: Die Konzernbeiträge sind im Berichtsjahr um fast 70.000,0 T€ ausgebaut worden. In Verbindung mit der internationalen Niederlassungsstruktur verfügt die ARAG SE über einmalige Wettbewerbsvorteile.

Aktuell steht bereits eine weitere Schicksalsfrage der Versicherungswirtschaft in der Tür: die digitale Transformation. Auf diese muss die ARAG nun ebenso konsequent antworten. In jüngster Vergangenheit wurden sowohl national als auch international eine ganze Fülle von innovativen und nutzenstiftenden Digitalisierungsideen umgesetzt. Dennoch besteht hier ein extrem großes Potenzial für die Nutzung von Neuerungen, die sich aus der Digitalisierung bieten – mit Blick auf Prozesse, mit Blick auf Produkte und deren Vertrieb sowie vor allem auch mit Blick auf moderne, bedarfsgerechte Services für die Kunden. Bereits heute trägt das Onlinegeschäft entscheidend zum Wachstum bei: Zum Ende des Berichtsjahres stammten bereits 11 Prozent des Kundenbestands in Deutschland aus diesem Vertriebsweg.

Digitale Technologien werden kurz- bis mittelfristig zu einer grundlegenden Veränderung des Verbraucherverhaltens führen. Die Versicherungswirtschaft muss deshalb Lösungen bereitstellen, die den Kunden schnell und unkompliziert helfen. Daher ist auch im Bereich der Rechtsdienstleistungen und Rechtsberatung eine reine Fokussierung auf klassische Versicherungsprodukte sicherlich nicht mehr zukunftsfähig. Die Grenzen in der Branche werden verschwimmen: Internetgiganten und spezialisierte Start-ups drängen bereits heute mit neuen Geschäftsmodellen in den Markt.

Die ARAG SE sieht die digitale Transformation als klares Chancenthema. Sie nimmt die damit verbundenen Herausforderungen mit dem klaren Anspruch an, hier eine Vorreiterrolle einzunehmen. Diese kann sie bereits heute durch viele erfolgreich umgesetzte Digitalisierungsprojekte und -maßnahmen ausfüllen. Das gilt nicht nur für Deutschland, sondern auch für die internationalen Märkte, in denen ebenfalls für den jeweiligen Markt passende Digitalisierungskonzepte entwickelt werden. Konzernübergreifend gilt auch bei der digitalen Transformation die Maxime, dass die ARAG stets im Interesse ihrer Kunden entscheiden, leisten und liefern wird.

In ihrer Konzernstrategie sieht die ARAG weiterhin eine Aufgabenteilung vor: Die Position der Marke ARAG auf dem deutschen Markt wird durch die Stärkung der anderen Versicherungssegmente außerhalb des Rechtsschutzes weiter gefestigt und ausgebaut. Darüber hinaus ist die internationale Aufstellung der ARAG die folgerichtige unternehmerische Konsequenz aus dem hohen Sättigungsgrad des deutschen Markts insgesamt und den sehr heterogenen wirtschaftlichen Entwicklungen innerhalb Europas und der Welt. Unverändert besitzen die Rechtsschutzmärkte außerhalb Deutschlands ein ungleich höheres Wachstumspotenzial. Dies nutzt die ARAG SE mit großem Nachdruck zur Weiterentwicklung des Konzerns. Dabei wird großer Wert auf die Berücksichtigung der jeweiligen nationalen Marktgegebenheiten gelegt.

Durch diese zweidimensionale Diversifizierungsstrategie des Konzerns macht sich auch die ARAG SE unabhängiger von ihrer ursprünglich eng fokussierten Aufstellung als rein deutscher Nischenanbieter. Ein reiner Spezialversicherer ist aufgrund seiner bestandsprägenden Monokultur wesentlich krisenanfälliger. Das strategische Vorgehen der ARAG ist daher aktive Risikoreduktion und beruht darauf, Risiken auf alle Märkte und Segmente gleichmäßiger zu verteilen.

Zur Steuerung der internationalen Struktur der ARAG SE wird die Unternehmensleitung durch ein Group Executive Committee (GEC) unterstützt. In diesem Gremium arbeiten Konzernvorstand und Vertreter der wesentlichen europäischen Niederlassungen sowie Vertreter der anderen deutschen Versicherungssparten zusammen. Dieses Gremium verbessert den Informationsaustausch zwischen den Niederlassungen und den deutschen Versicherungsgesellschaften des ARAG Konzerns. Eines der Hauptziele des GEC ist es, Innovationen und Marktveränderungen national und international schneller in konkrete Geschäftsprozesse zu überführen, wenn darin klare Chancen für die erfolgreiche Weiterentwicklung des Unternehmens gesehen werden.

Die ARAG SE stellt sich mit Konsequenz und Nachdruck den Herausforderungen der Märkte. In direkter Umsetzung der Konzernstrategie wird die ARAG SE ihre internationale Diversifizierung fortsetzen und den internationalen Geschäftsanteil signifikant ausbauen.

Risikobericht

Risikomanagementsystem

Als Versicherungsunternehmen ist die Übernahme von Risiken das Kerngeschäft der Gesellschaft. Daraus ergibt sich, dass bei der Umsetzung der strategischen Geschäftsziele naturgemäß Risiken eingegangen werden müssen, um den gewünschten Unternehmenserfolg zu erreichen. Für den Umgang mit den Risiken ist ein Risikomanagementsystem eingerichtet, dessen zentraler Bestandteil der operative Risikomanagementprozess ist. Unter anderem mithilfe einer Risikostrategie, eines Limitsystems und eines Prozesses zur unternehmenseigenen Risiko- und Solvabilitätsbeurteilung (Own Risk and Solvency Assessment, ORSA) wird gewährleistet, dass das Risikomanagement zur Kontrolle der Geschäftstätigkeit im Rahmen der vorgegebenen Risikotragfähigkeit stattfindet.

Basierend auf der Geschäftsstrategie legt der Vorstand die Risikostrategie fest und definiert die Anforderungen an die Kapitalausstattung und die Limite der Gesellschaft. Damit erfolgt eine ganzheitliche Steuerung der Risiken, wobei jederzeit sicherzustellen ist, dass das Gesamtrisikoprofil in Einklang mit der Risikostrategie steht. Der Aufsichtsrat berät hierüber und lässt sich regelmäßig über die Risikosituation berichten.

Zur Umsetzung der Risikostrategie hat die Gesellschaft ein Risikomanagementsystem implementiert, welches von der Risikomanagementfunktion in Form der Hauptabteilung Konzern Risikomanagement verantwortet wird. Das Konzern Risikomanagement ist dabei bis auf die Vorstandsebene von den operativen Einheiten mit Ergebnisverantwortungen getrennt und erfüllt somit die Aufgaben einer unabhängigen Risikocontrollingfunktion. Innerhalb des Konzerns ist der Chief Risk Officer der ARAG SE verantwortlich für die gesellschaftsübergreifende Umsetzung des Risikomanagementsystems. Das Konzern Risikomanagement trägt die Prozessverantwortung für das Risikomanagementsystem und sorgt durch einen quartalsweisen Risikobericht an den Vorstand für umfassende Transparenz hinsichtlich der Risikolage und ihrer Veränderung. Darüber hinaus ist das Konzern Risikomanagement für die Weiterentwicklung des Risikomanagementsystems und für die Erarbeitung von Vorschlägen konzernweit einheitlicher Standards verantwortlich. Zudem obliegt der Hauptabteilung die Entwicklung von Modellen zur Ermittlung der Risikotragfähigkeit, der Solvabilitätskapitalanforderungen und der Solvabilitätskapitalallokation.

Die Entscheidungen über die Wahrnehmung von Chancen und das Eingehen von Risiken werden in den operativen Einheiten getroffen. Die Aufgaben und Verantwortlichkeiten aller handelnden Personen, wie der Mitglieder des Vorstands, der Führungskräfte, der dezentralen und zentralen Risikocontroller und -manager, sind in der Risikomanagementleitlinie des ARAG Konzerns klar definiert und dokumentiert.

Kernelement des Risikomanagementsystems ist der Risikomanagementprozess, bestehend aus der Risikoidentifikation, Risikoanalyse, Risikobewertung, Risikosteuerung sowie Risikoüberwachung und -berichterstattung.

Risikoidentifikation Ziel der Risikoidentifikation ist es, das Auftreten neuer oder die Veränderung bestehender Risiken frühzeitig zu erkennen und nach einem einheitlichen Verfahren zu bewerten. So werden beispielsweise Risiken aus der Erschließung neuer Märkte und der Einführung neuer Produkte in einem entsprechenden Neu-Produkt-Prozess bereichsübergreifend identifiziert, analysiert, bewertet und dem Vorstand zur Entscheidung vorgelegt. Entsprechende Prozesse sind auch für neue Kapitalanlageprodukte und Rückversicherungsinstrumente implementiert. Ferner werden sie in die bestehenden Limit- und Überwachungsprozesse integriert.

Risikoanalyse Im Hinblick auf eine angemessene Bewertung der Risiken werden Einflussfaktoren untersucht, welche den Wert der relevanten Position in der Solvabilitätsübersicht bestimmen. Diese Einflussfaktoren werden im Rahmen der Validierung regelmäßig dahingehend überprüft, ob sie für die Bewertung des Risikos angemessen sind.

Risikobewertung Alle identifizierten Risiken werden mithilfe geeigneter Methoden und auf Grundlage systematisch erhobener und fortlaufend aktualisierter Daten kontinuierlich quantifiziert. Hierbei wird auch geprüft, ob das Risikoprofil innerhalb der festgelegten Limite liegt.

Zentrales Element ist hierbei die für alle quantifizierten Verlustrisiken ermittelte Solvabilitätskapitalanforderung (Value-at-Risk) zur Abdeckung unerwarteter Verluste. Die Berechnung erfolgt dabei im internen Partialmodell. Dieses berechnet den maximalen Wertverlust von Risikopositionen, die im Modell abgedeckt sind, innerhalb einer bestimmten Haltedauer (im Modell ein Jahr) und mit einer bestimmten Wahrscheinlichkeit (im Modell 99,5 Prozent). Der Wertverlust kann dabei aufgrund ungünstiger Entwicklungen auf der Kapitalanlage-seite oder aufgrund unerwarteter Entwicklungen im Versicherungsgeschäft entstehen. Die Methodik wird regelmäßig mit Backtesting und Validierungstests überprüft. Außerdem werden die Risikopositionen kontinuierlich einem Stress-test unterzogen.

Konzernweite Risikostandards stellen eine konsistente und angemessene Vorgehensweise bei der Risikoabbildung, der Performancemessung sowie der Verwendung relevanter Risikoparameter in den Berechnungen sicher.

Risikosteuerung Die Gesellschaft verfolgt den Ansatz, dass Risiken dort gesteuert werden, wo sie entstehen. Die operative Steuerung der Risiken wird somit von den Führungskräften und Prozessinhabern derjenigen Bereiche durchgeführt, in denen die Risiken entstehen. Die Risikosteuerung umfasst die Umsetzung von Maßnahmen zur Risikominderung, -absicherung, -transfer und -diversifikation bezogen auf die identifizierten und analysierten Risiken.

Risikoüberwachung und -berichterstattung Im Rahmen der Risikoüberwachung wird insbesondere die Entwicklung des Risikoprofils untersucht. Dabei stehen die Risikotragfähigkeit und die Limitauslastung im Vordergrund. Basierend auf der aggregierten Solvabilitätskapitalanforderung und den zur Verfügung stehenden anrechenbaren Eigenmitteln

erfolgt die Ermittlung der Risikotragfähigkeit der Gesellschaft. Dabei werden die aufsichtsrechtlichen und internen Vorgaben zur Mindestbedeckung berücksichtigt. Die tatsächliche Limitauslastung wird durch Abgleich der eingegangenen Einzelrisiken und des aggregierten Risikos mit den vorgegebenen Limiten bestimmt.

Zur Feststellung der jeweiligen Limitvorgaben wird ausgehend von der geschäftspolitischen Mindestbedeckungsquote und den gegebenen anrechnungsfähigen Eigenmitteln ermittelt, wie hoch die Solvabilitätskapitalanforderung für die Gesellschaft maximal sein darf. Der Vorstand legt ein Gesamtlimit passend zu seiner Risikotoleranz fest. Dieses Gesamtlimit wird anschließend auf die Risiken verteilt.

Über die Ergebnisse der Risikoüberwachung und daraus abgeleiteten Handlungsempfehlungen wird dem Vorstand kontinuierlich, zeitnah und uneingeschränkt Bericht erstattet.

Internes Steuerungs- und Kontrollsystem Unter dem Internen Steuerungs- und Kontrollsystem (ISKS) werden alle Steuerungs- und Kontrollmaßnahmen sowie sonstige Maßnahmen verstanden, die dazu dienen, die Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit der Geschäftstätigkeit zu unterstützen sowie Risiken frühzeitig zu erkennen und zu minimieren. Zudem wird die Einhaltung der zu beachtenden Gesetze und Verordnungen sowie aller aufsichtsbehördlichen Anforderungen und internen Vorgaben sichergestellt.

Das ISKS basiert auf den von der Geschäftsleitung eingeführten Grundsätzen, Funktionen, Verfahren, Maßnahmen, Richtlinien sowie gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Vorgaben, die die operative Umsetzung von Entscheidungen der Geschäftsleitung gewährleisten.

Die ARAG folgt bei der Ausgestaltung des Internen Steuerungs- und Kontrollsystems dem „Three Lines of Defence“-Modell.

Die First Line of Defence wird gebildet von allen Mitarbeitern und Führungskräften der operativen Funktionen. Diese sind unmittelbar verantwortlich für die Risiken und Prozesse ihres Bereichs.

In der Second Line of Defence erfolgt die Überwachung der First Line of Defence durch die Querschnittsfunktionen Konzerncontrolling, Konzern Risikomanagement, Recht/Compliance und die Versicherungsmathematische Funktion. Diese Funktionen geben Standards für die Ausgestaltung und Überwachung von Kontrollen und den Umgang mit Risiken vor.

In der Third Line of Defence nimmt die Konzernrevision die Revisionsfunktion für die Funktionen der First und Second Line of Defence innerhalb des ARAG Konzerns wahr.

Interne Revision Die Konzernrevision ist ein Instrument der Geschäftsleitung und dieser unmittelbar unterstellt sowie berichtspflichtig. Die Konzernrevision untersteht nur den Weisungen der Geschäftsleitung.

Gemäß den von der Geschäftsleitung erteilten Aufträgen führt die Konzernrevision eine risikoorientierte Prüfung der Aufbau- und Ablauforganisation und des Internen Steuerungs- und Kontrollsystems aller Betriebs- und Geschäftsprozesse durch, auch soweit diese auf andere Unternehmen ausgelagert wurden.

Die Geschäftsleitung gewährleistet die Unabhängigkeit und Selbstständigkeit der Konzernrevision gegenüber den geprüften Einheiten in ihrer Aufgabenerledigung, insbesondere hinsichtlich von ihr vorgenommener Prüfungsplanungen, Prüfungshandlungen und Wertung von Prüfungsergebnissen.

Um ihre Funktionen und Aufgaben ordnungsgemäß wahrnehmen zu können, ist die Konzernrevision nicht in operative Prozesse eingebunden. Mitarbeiter der Konzernrevision dürfen nicht mit Aufgaben betraut werden, die mit der Unabhängigkeit der Konzernrevision innerhalb des ARAG Konzerns nicht in Einklang zu bringen sind. Revisionsfremde Aufgaben oder operative Tätigkeiten dürfen Mitarbeiter der Konzernrevision nicht ausüben. Die Konzernrevision selbst hat keine Weisungsbefugnis gegenüber Mitarbeitern außerhalb der Konzernrevision.

Einzelrisiken

Versicherungstechnisches Risiko Das versicherungstechnische Risiko gibt das Risiko eines Verlusts oder einer nachteiligen Veränderung des Werts der Versicherungsverbindlichkeiten an, das sich aus einer unangemessenen Preisfestlegung und nicht angemessenen Rückstellungsannahmen ergibt. Diese Verluste ergeben sich aus Folgendem:

- Prämien-/Reserverisiko: Schwankungen in Bezug auf das Eintreten, die Häufigkeit und die Schwere der versicherten Ereignisse und in Bezug auf die Dauer und den Betrag der Schadenabwicklung.
- Katastrophen- beziehungsweise Kumulrisiko: wesentliche Ungewissheiten in Bezug auf die Preisfestlegung und die Annahmen bei der Bildung versicherungstechnischer Rückstellungen für extreme oder außergewöhnliche Ereignisse.
- Stornorisiko: Veränderungen in der Höhe oder in der Volatilität der Storno- und Kündigungsraten von Versicherungspolicen.

Die Bewertung der genannten Risiken erfolgt mit einem internen Modell. Mithilfe einer Simulation werden die Verluste beziehungsweise nachteiligen Veränderungen der Verbindlichkeiten prognostiziert, wie sie in einem Jahr auftreten könnten. Der Wert des Risikos entspricht dem negativen Simulationsergebnis, wie es nur alle 200 Jahre erwartet wird (200-Jahres-Ereignis). Die Bewertung wird für jedes Risiko separat vorgenommen. Für das Prämien- beziehungsweise Reserverisiko werden die historischen Schäden auf Basis festgelegter Kriterien zu homogenen Risikogruppen zusammengefasst. Daraus werden 200.000 Simulationen für künftige unerwartete Schäden beziehungsweise Reservierungsbedarfe abgeleitet. Analog werden für das Katastrophen- beziehungsweise Kumulrisiko Verluste simuliert, welche aus Kumulschäden im Rechtsschutzgeschäft entstehen können. Die Berechnung des Stornorisikos erfolgt auf Basis außerplanmäßiger historischer Storni. Das versicherungstechnische Risiko selbst ergibt sich aus der Aggregation der Einzelrisiken. Dabei werden Diversifikationseffekte berücksichtigt.

Die Stetigkeit des Versicherungsgeschäfts sowie die stets ausreichende Dotierung der Schadenrückstellungen ist den nachfolgenden Angaben über die Schadenentwicklung des gesamten selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäfts für die letzten zehn Geschäftsjahre zu entnehmen.

Schadenentwicklung

Bilanzjahr	Schadenquote, brutto, gesamt		Abwicklungsergebnis
	GJ-Quote	bilanziell	in % der Eingangsrückst.
2017	57,1	53,4	2,8
2016	57,7	51,2	4,6
2015	61,0	52,5	5,6
2014	61,7	55,8	3,7
2013	63,8	58,6	3,3
2012	60,0	55,4	3,0
2011	68,3	56,1	3,9
2010	68,6	63,6	2,8
2009	71,7	64,8	3,8
2008	66,5	58,3	4,6

Die Steuerung des versicherungstechnischen Risikos aus Rechtsschutzversicherungen erfolgt auf operativer Ebene in Form von zeichnungs-, prämien- und rückversicherungs-politischen Maßnahmen.

Gegenparteiausfallrisiko Während das Gegenparteiausfallrisiko bei Kapitalanlagen im Rahmen des Marktrisikos berechnet wird, wird das Gegenparteiausfallrisiko aus dem Versicherungsgeschäft separat betrachtet. Das Gegenparteiausfallrisiko aus dem Versicherungsgeschäft bezieht sich im Wesentlichen auf Forderungen gegenüber Rückversicherern, Forderungen gegenüber Versicherungsnehmern und Forderungen gegenüber Versicherungsvermittlern. Es gibt das Verlustrisiko wieder, welches sich aus einem unerwarteten Ausfall oder der Verschlechterung der Bonität von Gegenparteien und Schuldner während der nächsten zwölf Monate ergibt.

Die Bewertung des Gegenparteiausfallrisikos erfolgt mit dem internen Partialmodell. Die Methode zur Zusammenfassung der Forderungsarten, deren Aggregation und die dazugehörigen Korrelationen sind in dem Modell vorgegeben.

Das Risiko aus dem Ausfall von Forderungen gegenüber Rückversicherern wird in Abhängigkeit von den verfügbaren Informationen und unter Proportionalitätsgesichtspunkten bewertet. Dabei werden explizit die individuellen Ratings der Rückversicherer verwendet. Die Steuerung des Ausfallrisikos in Zusammenhang mit Rückversicherungsverträgen erfolgt nach den Vorgaben der Rückversicherungsstrategie, welche in regelmäßigen Abständen überprüft wird.

Für die Bewertung des Risikos aus dem Ausfall von Forderungen an Versicherungsnehmer und -vermittler wird ein konstanter Faktor auf den Marktwert der relevanten Positionen in der Solvabilitätsübersicht angewandt. Forderungen gegenüber Versicherungsnehmern, die seit über 90 Tagen fällig waren, bestanden am Bilanzstichtag in Höhe von 3.956,5 T€ (Vj. 12.436,2 T€). Die durchschnittliche Ausfallquote der letzten drei Jahre für diese Forderungen liegt für die Zentrale in Deutschland bei 25,1 Prozent (Vj. 25,6 Prozent). Die Forderungen gegenüber Versicherungsnehmern werden mit einem automatisierten Erinnerungs- und Mahnprozess gesteuert.

Marktrisiko Das Marktrisiko gibt das Risiko eines Verlusts oder nachteiliger Veränderungen der Marktpreise für die Vermögenswerte, Verbindlichkeiten und Finanzinstrumente an. Das Risiko ergibt sich direkt oder indirekt aus folgenden Subrisiken:

- Zinsrisiko: Veränderungen in der Zinskurve oder Volatilität der Zinssätze. Ein angenommener Anstieg beziehungsweise Abfall des allgemeinen Zinsniveaus um 1 Prozent würde den Zeitwert der Rententitel um 73,5 Millionen € vermindern beziehungsweise erhöhen.
- Aktienrisiko: Veränderungen der Höhe oder der Volatilität der Marktpreise von Aktien. Ein hypothetischer Rückgang des Aktienmarkts um 20 Prozent würde zu einem Zeitwertverlust von 35,3 Millionen € führen.
- Immobilienrisiko: Veränderungen der Höhe oder der Volatilität der Marktpreise von Immobilien.
- Spreadrisiko: Veränderungen der Höhe oder der Volatilität der Kreditspreads über der risikofreien Zinskurve.
- Migrations-/Ausfallrisiko: Veränderungen in der Höhe von Ratings oder prognostizierten Zahlungsausfällen. Die Ratingverteilung der Zinsträger stellt sich wie folgt dar:

Festverzinsliche Wertpapiere nach Ratingklasse

(Anteil in Prozent nach Marktwerten)

AAA	17,5
AA	14,0
A	29,8
BBB	34,4
BB	3,0
B	1,3
CCC	0,0
CC	0,0
C	0,0
D	0,0
NR	0,0

Die Aufteilung der Rentenpapiere stellt sich wie folgt dar (Marktwerte): Von den festverzinslichen Wertpapieren – einschließlich der indirekt über Spezialfonds gehaltenen Wertpapiere – entfallen circa 35,3 Prozent auf Finanzdienstleistungsunternehmen, 26,3 Prozent auf öffentliche Anleihen und 38,3 Prozent auf Unternehmensanleihen.

- Wechselkursrisiko: Veränderungen der Höhe oder der Volatilität der Wechselkurse.
- Konzentrationsrisiko: sämtliche mit Risiko behafteten Engagements mit einem Ausfallpotenzial, das umfangreich genug ist, um die Solvabilität und Finanzlage zu gefährden.

Die Bewertung der genannten Risiken erfolgt mit einem internen Modell. Mithilfe eines ökonomischen Szenariogenerators werden Kapitalmarktszenarien simuliert, welche jeweils Zinssätze, Aktienkurse, Immobilienpreise, Kreditspreads, Ratings beziehungsweise Zahlungsausfälle und Wechselkurse enthalten. Mit diesen Risikofaktoren werden die Marktwerte der Kapitalanlagen bestimmt, wie sie in einem Jahr auftreten könnten. Das Marktrisiko selbst ergibt sich aus dem 200-Jahres-Ereignis bei der simultanen Betrachtung aller Risikofaktoren sowie dem Konzentrationsrisiko. Dabei werden Diversifikationseffekte berücksichtigt.

Zur Steuerung der Risiken wird eine strategische Asset Allokation erstellt, mit welcher das Kapitalanlageportfolio unter den gewünschten Rendite-Risiko-Aspekten optimiert wird. Für das Portfolio wird der Grundsatz unternehmerischer Vorsicht angewandt und die damit verbundenen aufsichtsrechtlichen Vorgaben beachtet. Eine separate Begrenzung des Zinsrisikos wird durch ein Aktiv-Passiv-Management vorgenommen. Darüber hinaus werden Derivate zur Absicherung von Zins- und Kursveränderungen eingesetzt. Investitionen in Hedge-Fonds sowie die Finanzierung von Investitionen unter Aufnahme von Fremdmitteln und die Veräußerung von Aktien, die nicht im Bestand gehalten werden (sogenannte Leerverkäufe), sind nicht erlaubt.

Liquiditätsrisiko Das Liquiditätsrisiko gibt das Risiko wieder, dass Versicherungsunternehmen nicht in der Lage sind, Anlagen und andere Vermögenswerte zu realisieren, um ihren finanziellen Verpflichtungen bei Fälligkeit nachzukommen.

Zur Deckung des Liquiditätsrisikos besteht keine aufsichtsrechtliche Solvabilitätsanforderung, sodass eine entsprechende Bewertung nicht vorgenommen wird. Stattdessen erfolgt die Bewertung in der Form, dass die monatliche Liquiditätsüber- beziehungsweise -unterdeckung rollierend berechnet wird.

Um bei Bedarf die Liquidität des Anlagebestands anpassen zu können, erfolgt eine Einstufung jeder Bilanzposition in eine Liquiditätsklasse. Zur Sicherung der jederzeitigen Erfüllbarkeit der fälligen Verbindlichkeiten des Unternehmens erfolgt der überwiegende Teil der Kapitalanlagen in der Liquiditätsklasse „Kurzfristig veräußerbar“.

Zur Steuerung der Liquidität wird die Liquiditätsplanung permanent aktualisiert, sodass frühzeitig erkennbar ist, ob ein Liquiditätsbedarf in den nächsten Monaten bestehen könnte.

Operationelles Risiko Das operationelle Risiko gibt das Risiko wieder, welches sich aus der Unangemessenheit oder dem Versagen von internen Prozessen oder Systemen, dem Fehlverhalten von Mitarbeitern oder durch unerwartete externe Ereignisse ergibt, die den Geschäftsbetrieb stören oder gar verhindern. Hierzu zählen auch Verluste aus Cyber- Risiken. Darüber hinaus umfasst das operationelle Risiko auch Rechtsrisiken. Reputationsrisiken sowie Risiken, die sich aus strategischen Entscheidungen ergeben, fallen hingegen nicht unter das operationelle Risiko.

Zur Ermittlung der Solvabilitätskapitalanforderung verwendet die Gesellschaft die Standardformel.

Die Bewertung für operative Zwecke erfolgt anhand der Schätzung von Brutto- und Nettowerten für jedes einzelne operationelle Risiko auf Basis der Eintrittswahrscheinlichkeit des Risikos und dessen Auswirkungen auf die Gewinn- und Verlustrechnung. Die Eintrittswahrscheinlichkeit beschreibt die Wahrscheinlichkeit, dass ein operationelles Risiko innerhalb eines definierten Zeitraums eintritt. Die Skala ist für eine Dauer von einem Jahr kalibriert. Die Einschätzung der Auswirkung kann sowohl qualitativ als auch quantitativ vorgenommen werden. Bei einer quantitativen Einschätzung wird die Risikoklassifizierung direkt anhand einer Risikomatrix vorgenommen. Bei einer qualitativen Einschätzung ergibt sich die Auswirkung aus der Einordnung in die Risikomatrix anhand des Vergleichs mit den Klassengrenzen. Anhand dieser Risikomatrix ergibt sich eine Priorisierung der Risiken. Da die Bewertung der Risiken anhand von subjektiven Expertenschätzungen erfolgt, wird den verantwortlichen Mitarbeitern mit der Verlustereignisdatenbank ein zusätzliches Instrument zur Verfügung gestellt, welches sie bei der Wertermittlung unterstützt. Darin sind sämtliche eingetretenen Verlustereignisse aus der Vergangenheit und deren tatsächliche Auswirkungen auf die Gewinn- und Verlustrechnung erfasst.

Zur Steuerung der identifizierten Risiken werden auf operativer Ebene konkrete Maßnahmen vereinbart und durchgeführt. Im Zusammenhang mit Cyberrisiken sind dies zum Beispiel informationstechnische Sicherungsmaßnahmen wie auch Versicherungslösungen. Um den möglichen Auswirkungen eines Cyberangriffs entgegenzuwirken, wurden ergänzende Maßnahmen dahingehend getroffen, dass beispielsweise im Rahmen eines Notfallmanagements auch entsprechende Gegenmaßnahmen definiert wurden.

Gesamtbild der Risikolage

Interne oder externe Risiken, die die Finanz-, Vermögens- und Ertragslage nachhaltig negativ beeinträchtigen, bestehen nicht. Die Gesamtrisikosituation lässt derzeit keine Entwicklungen für das Jahr 2018 erkennen, die den Fortbestand der Gesellschaft gefährden beziehungsweise eine erhebliche Beeinträchtigung der Finanz-, Vermögens- und Ertragslage zur Folge haben könnten.

Risikolage Die aufsichtsrechtliche Mindestkapitalanforderung nach den Vorschriften des Versicherungsaufsichtsgesetzes (VAG) ist vollumfänglich erfüllt. Zudem übersteigen die anrechnungsfähigen Eigenmittel die gemäß VAG berechneten Solvabilitätskapitalanforderungen deutlich. Weitere Angaben zur Bedeckungssituation können dem Bericht über Solvabilität und Finanzlage* entnommen werden.

* Nicht Bestandteil des Lageberichts.

Jahresabschluss

Jahresabschluss	45
Jahresbilanz	46
Gewinn- und Verlustrechnung	50
<hr/>	
Anhang	54
I. Allgemeine Angaben	54
II. Angaben zu Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden	54
III. Versicherungstechnische Angaben	64
IV. Nichtversicherungstechnische Angaben	66
V. Nachtragsbericht	73
VI. Sonstige Angaben	74
VII. Ergebnisverwendungsvorschlag	77
<hr/>	
Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers	78
<hr/>	
Bericht des Aufsichtsrats	86
<hr/>	
Organe der Gesellschaft	90
<hr/>	

Jahresbilanz zum 31. Dezember 2017

Aktiva

(in Euro)

A. Immaterielle Vermögensgegenstände

B. Kapitalanlagen

- | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
|------|---|----|---|----|--|----|---|----|--|----|-----------------------------|----|--------------------------------------|----|---------------------|----|-------------------------------|----|-----------------------|
| I. | Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| II. | Kapital in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen <table border="1"> <tr> <td>1.</td> <td>Anteile an verbundenen Unternehmen</td> </tr> <tr> <td>2.</td> <td>Ausleihungen an verbundene Unternehmen</td> </tr> <tr> <td>3.</td> <td>Beteiligungen</td> </tr> </table> | 1. | Anteile an verbundenen Unternehmen | 2. | Ausleihungen an verbundene Unternehmen | 3. | Beteiligungen | | | | | | | | | | | | |
| 1. | Anteile an verbundenen Unternehmen | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| 2. | Ausleihungen an verbundene Unternehmen | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| 3. | Beteiligungen | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| III. | Sonstige Kapitalanlagen <table border="1"> <tr> <td>1.</td> <td>Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere</td> </tr> <tr> <td>2.</td> <td>Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere</td> </tr> <tr> <td>3.</td> <td>Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen
davon an verbundene Unternehmen: 3.675.000,00 € (Vj. 3.975.000,00 €)</td> </tr> <tr> <td>4.</td> <td>Sonstige Ausleihungen <table border="1"> <tr> <td>a)</td> <td>Namensschuldverschreibungen</td> </tr> <tr> <td>b)</td> <td>Schuldscheinforderungen und Darlehen</td> </tr> <tr> <td>c)</td> <td>Übrige Ausleihungen</td> </tr> </table> </td> </tr> <tr> <td>5.</td> <td>Einlagen bei Kreditinstituten</td> </tr> <tr> <td>6.</td> <td>Andere Kapitalanlagen</td> </tr> </table> | 1. | Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere | 2. | Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere | 3. | Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen
davon an verbundene Unternehmen: 3.675.000,00 € (Vj. 3.975.000,00 €) | 4. | Sonstige Ausleihungen <table border="1"> <tr> <td>a)</td> <td>Namensschuldverschreibungen</td> </tr> <tr> <td>b)</td> <td>Schuldscheinforderungen und Darlehen</td> </tr> <tr> <td>c)</td> <td>Übrige Ausleihungen</td> </tr> </table> | a) | Namensschuldverschreibungen | b) | Schuldscheinforderungen und Darlehen | c) | Übrige Ausleihungen | 5. | Einlagen bei Kreditinstituten | 6. | Andere Kapitalanlagen |
| 1. | Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| 2. | Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| 3. | Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen
davon an verbundene Unternehmen: 3.675.000,00 € (Vj. 3.975.000,00 €) | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| 4. | Sonstige Ausleihungen <table border="1"> <tr> <td>a)</td> <td>Namensschuldverschreibungen</td> </tr> <tr> <td>b)</td> <td>Schuldscheinforderungen und Darlehen</td> </tr> <tr> <td>c)</td> <td>Übrige Ausleihungen</td> </tr> </table> | a) | Namensschuldverschreibungen | b) | Schuldscheinforderungen und Darlehen | c) | Übrige Ausleihungen | | | | | | | | | | | | |
| a) | Namensschuldverschreibungen | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| b) | Schuldscheinforderungen und Darlehen | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| c) | Übrige Ausleihungen | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| 5. | Einlagen bei Kreditinstituten | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| 6. | Andere Kapitalanlagen | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| IV. | Depotforderungen aus dem in Rückdeckung übernommenen Versicherungsgeschäft | | | | | | | | | | | | | | | | | | |

C. Forderungen

- | | | | | | |
|------|--|----|------------------------|----|---|
| I. | Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft <table border="1"> <tr> <td>1.</td> <td>an Versicherungsnehmer</td> </tr> <tr> <td>2.</td> <td>an Versicherungsvermittler
davon an verbundene Unternehmen: 26.950,14 € (Vj. 133.422,85 €)</td> </tr> </table> | 1. | an Versicherungsnehmer | 2. | an Versicherungsvermittler
davon an verbundene Unternehmen: 26.950,14 € (Vj. 133.422,85 €) |
| 1. | an Versicherungsnehmer | | | | |
| 2. | an Versicherungsvermittler
davon an verbundene Unternehmen: 26.950,14 € (Vj. 133.422,85 €) | | | | |
| II. | Abrechnungsforderungen aus dem Rückversicherungsgeschäft
davon an verbundene Unternehmen: 299.490,57 € (Vj. 292.265,28 €) | | | | |
| III. | Sonstige Forderungen
davon an verbundene Unternehmen: 3.957.434,38 € (Vj. 5.773.217,53 €)
davon an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht: 231.393,78 € (Vj. 16.565,62 €) | | | | |

D. Sonstige Vermögensgegenstände

- | | |
|------|---|
| I. | Sachanlagen und Vorräte |
| II. | Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand |
| III. | Andere Vermögensgegenstände |

E. Rechnungsabgrenzungsposten

- | | |
|-----|-------------------------------------|
| I. | Abgegrenzte Zinsen und Mieten |
| II. | Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten |

F. Aktive latente Steuern

G. Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung

Summe der Aktiva

				2017	2016
				7.658.413,63	8.329.472,13
			93.557.587,84		97.563.670,52
		273.016.708,28			225.017.698,96
		0,00			1.655.527,11
		16.887.569,37			16.887.569,37
			289.904.277,65		243.560.795,44
		617.622.846,16			625.493.318,99
		396.850.198,80			301.550.383,27
		9.179.927,98			3.975.000,00
	140.511.291,88				140.511.291,88
	251.959.862,44				243.995.110,85
	79.078,08				150.107,42
		392.550.232,40			384.656.510,15
		57.968.966,00			98.570.813,32
		4.535.534,31			5.331.278,41
			1.478.707.705,65		1.419.577.304,14
			49.676.929,50		44.388.849,23
				1.911.846.500,64	1.805.090.619,33
		27.443.545,84			25.974.932,12
		17.998.834,22			19.854.540,66
			45.442.380,06		45.829.472,78
			46.740.155,11		44.836.329,39
			8.066.930,76		10.461.382,14
				100.249.465,93	101.127.184,31
			15.330.876,20		16.320.490,85
			58.303.479,05		67.912.841,66
			23.290.583,17		38.128.341,36
				96.924.938,42	122.361.673,87
			7.400.196,42		7.260.642,26
			2.050.228,36		2.240.502,16
				9.450.424,78	9.501.144,42
				0,00	6.080.380,79
				0,00	0,00
				2.126.129.743,40	2.052.490.474,85

Jahresbilanz zum 31. Dezember 2017

Passiva

(in Euro)

A. Eigenkapital

- I. Gezeichnetes Kapital
- II. Kapitalrücklage
- III. Gewinnrücklagen
 - 1. Gesetzliche Rücklage
 - 2. Andere Gewinnrücklagen

IV. Bilanzgewinn

B. Nachrangige Verbindlichkeiten

C. Versicherungstechnische Rückstellungen

- I. Beitragsüberträge
 - 1. Bruttobetrag
 - 2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft
- II. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle
 - 1. Bruttobetrag
 - 2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft

III. Schwankungsrückstellung und ähnliche Rückstellungen

IV. Sonstige versicherungstechnische Rückstellungen

D. Andere Rückstellungen

- I. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen
- II. Steuerrückstellungen
- III. Sonstige Rückstellungen

E. Depotverbindlichkeiten aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft

F. Andere Verbindlichkeiten

- I. Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft
 - 1. gegenüber Versicherungsnehmern
 - 2. gegenüber Versicherungsvermittlern
 - davon an verbundene Unternehmen: 38.604,22 € (Vj. 16.281,97 €)
 - davon an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht: 47,89 € (Vj. 48,65 €)
- II. Abrechnungsverbindlichkeiten aus dem Rückversicherungsgeschäft
 - davon an verbundene Unternehmen: 95.657,16 € (Vj. 90.160,50 €)
- III. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten
- IV. Sonstige Verbindlichkeiten
 - davon aus Steuern: 18.842.528,53 € (Vj. 14.419.570,00 €)
 - davon im Rahmen der sozialen Sicherheit: 1.765.107,33 € (Vj. 1.759.752,31 €)
 - davon gegenüber verbundenen Unternehmen: 18.017.463,12 € (Vj. 16.129.957,34 €)
 - davon gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht: 0,00 € (Vj. 0,00 €)

G. Rechnungsabgrenzungsposten

H. Passive latente Steuern

Summe der Passiva

			2017	2016
		100.000.000,00		100.000.000,00
		81.772.569,19		81.772.569,19
	10.000.000,00			10.000.000,00
	215.600.000,00			198.900.000,00
		225.600.000,00		208.900.000,00
		32.032.184,31		31.701.021,52
			439.404.753,50	422.373.590,71
			30.000.000,00	30.000.000,00
	200.629.038,37			200.249.508,90
	1.417.577,35			1.417.577,35
		199.211.461,02		198.831.931,55
	1.102.456.262,53			1.062.854.310,12
	2.567.850,21			1.784.031,80
		1.099.888.412,32		1.061.070.278,32
		16.873.047,50		13.794.281,00
		690.000,00		882.000,00
			1.316.662.920,84	1.274.578.490,87
		172.270.708,69		164.314.789,76
		18.260.905,42		12.938.359,11
		63.071.289,08		65.207.692,91
			253.602.903,19	242.460.841,78
			1.458.215,89	1.509.590,45
	9.181.718,98			10.593.565,54
	24.697.402,32			24.855.693,40
		33.879.121,30		35.449.258,94
		2.135.769,00		1.878.744,58
		0,00		0,00
		48.835.347,02		44.022.550,43
			84.850.237,32	81.350.553,95
			140.178,49	217.407,09
			10.534,17	0,00
			2.126.129.743,40	2.052.490.474,85

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2017

(in Euro)

I. Versicherungstechnische Rechnung

1.	Verdiente Beiträge f. e. R.
a)	Gebuchte Bruttobeiträge
b)	Abgegebene Rückversicherungsbeiträge
c)	Veränderung der Bruttobeitragsüberträge
d)	Veränderung des Anteils der Rückversicherer an den Bruttobeitragsüberträgen
2.	Sonstige versicherungstechnische Erträge f. e. R.
3.	Aufwendungen für Versicherungsfälle f. e. R.
a)	Zahlungen für Versicherungsfälle
aa)	Bruttobetrag
bb)	Anteil der Rückversicherer
b)	Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle
aa)	Bruttobetrag
bb)	Anteil der Rückversicherer
4.	Veränderung der sonstigen versicherungstechnischen Nettorückstellungen
5.	Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb f. e. R.
a)	Bruttoaufwendungen für den Versicherungsbetrieb
b)	davon ab: erhaltene Provisionen und Gewinnbeteiligungen aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft
6.	Sonstige versicherungstechnische Aufwendungen f. e. R.
7.	Zwischensumme
8.	Veränderung der Schwankungsrückstellung und ähnlicher Rückstellungen
9.	Versicherungstechnisches Ergebnis f. e. R.

Übertrag:

			2017	2016
	870.004.120,46			824.615.978,15
	-1.201.294,40			-5.247.633,53
		868.802.826,06		819.368.344,62
	-761.425,27			-5.334.530,43
	0,00			218.467,35
		-761.425,27		-5.116.063,08
			868.041.400,79	814.252.281,54
			1.683.218,94	1.464.471,83
	423.876.206,67			409.338.599,15
	-1.704.250,90			-855.825,29
		422.171.955,77		408.482.773,86
	-41.357.688,74			-7.543.653,05
	783.818,41			633.419,19
		-40.573.870,33		-6.910.233,86
			462.745.826,10	415.393.007,72
			192.000,00	-6.000,00
		389.482.522,93		366.974.892,54
		-301.993,32		-2.590.163,97
			389.180.529,61	364.384.728,57
			70.803,73	0,00
			17.919.460,29	35.933.017,08
			-3.078.766,50	-5.556.401,00
			14.840.693,79	30.376.616,08
			14.840.693,79	30.376.616,08

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2017

(in Euro)

Übertrag:

II. Nichtversicherungstechnische Rechnung

1. Erträge aus Kapitalanlagen

- a) Erträge aus Beteiligungen
davon aus verbundenen Unternehmen: 14.908.374,67 € (Vj. 11.185.074,66 €)
- b) Erträge aus anderen Kapitalanlagen
davon aus verbundenen Unternehmen: 1.695.210,96 € (Vj. 2.154.166,06 €)
 - aa) Erträge aus Grundstücken, grundstücksgleichen Rechten
und Bauten auf fremden Grundstücken
 - bb) Erträge aus anderen Kapitalanlagen

c) Erträge aus Zuschreibungen

d) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen

e) Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- und Teilgewinnabführungsverträgen

2. Aufwendungen für Kapitalanlagen

- a) Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zinsaufwendungen und sonstige Aufwendungen für die Kapitalanlagen
- b) Abschreibungen auf Kapitalanlagen
davon außerplanmäßige Abschreibungen: 4.638.237,27 € (Vj. 6.220.062,95 €)
- c) Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen

3. Sonstige Erträge

4. Sonstige Aufwendungen

Nichtversicherungstechnisches Ergebnis

5. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit

- 6. Außerordentliche Erträge
- 7. Außerordentliche Aufwendungen

8. Außerordentliches Ergebnis

- 9. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag
davon latente Steuern 6.090.914,96 (Vj. 23.655.894,04)
- 10. Sonstige Steuern

11. Jahresüberschuss

- 12. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr
- 13. Einstellungen in Gewinnrücklagen
 - a) in die gesetzliche Rücklage
 - b) in andere Gewinnrücklagen

14. Bilanzgewinn

				2017	2016
				14.840.693,79	30.376.616,08
		21.308.052,17			14.546.427,63
	6.089.403,48				6.382.303,57
	35.004.769,34				33.791.899,85
		41.094.172,82			40.174.203,42
		4.086.698,73			8.939.317,40
		1.535.620,08			8.848.945,81
		17.964.357,02			14.019.208,11
			85.988.900,82		86.528.102,37
		6.769.009,52			6.310.460,61
		5.604.752,76			7.250.941,94
		599.281,48			288.072,32
			12.973.043,76		13.849.474,87
				73.015.857,06	72.678.627,50
			98.133.834,46		89.919.753,75
			129.199.745,95		124.947.450,69
				-31.065.911,49	-35.027.696,94
				41.949.945,57	37.650.930,56
				56.790.639,36	68.027.546,64
			0,00		0,00
			0,00		0,00
				0,00	0,00
			22.181.607,32		35.156.509,17
			2.577.869,25		1.208.499,10
				24.759.476,57	36.365.008,27
				32.031.162,79	31.662.538,37
				1.021,52	38.483,15
				0,00	0,00
				0,00	0,00
				32.032.184,31	31.701.021,52

Anhang

I. Allgemeine Angaben

Die ARAG SE betreibt Rechtsschutzversicherungsgeschäft und Rückversicherungsgeschäft. Außerhalb Deutschlands umfasst das Versicherungsangebot zusätzlich die Absicherung gegen verschiedene finanzielle Verluste sowie Beistandsleistungsversicherungen. Die Gesellschaft ist an anderen Versicherungsunternehmen und sonstigen Unternehmen, deren Gegenstand mit dem Geschäftsbetrieb der ARAG SE zusammenhängt, beteiligt. Die ARAG SE ist im Handelsregister des Amtsgerichts Düsseldorf unter der Nummer HRB 66846 eingetragen. Firmensitz ist ARAG Platz 1, 40472 Düsseldorf. Der Jahresabschluss wurde nach dem dritten Buch des Handelsgesetzbuchs (HGB) unter Berücksichtigung der ergänzenden Vorschriften für Kapitalgesellschaften im zweiten Abschnitt und der ergänzenden Vorschriften für Versicherungsunternehmen im zweiten Unterabschnitt sowie der ergänzenden Vorschriften der Verordnung über die Rechnungslegung von Versicherungsunternehmen (RechVersV) aufgestellt. Die Gesellschaft ist eine große Kapitalgesellschaft im Sinne des § 267 Abs. 3 HGB. Deswegen und wegen der Verpflichtung nach § 341a Abs. 1 HGB wurden die Rechnungslegungsvorschriften für große Kapitalgesellschaften angewendet.

II. Angaben zu Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Erworbene **immaterielle Vermögensgegenstände** sind zu Anschaffungskosten aktiviert und werden planmäßig linear entsprechend ihrer voraussichtlichen Nutzungsdauer abgeschrieben. Selbst geschaffene immaterielle Vermögensgegenstände wurden nicht aktiviert. **Grundstücke** sind mit den Anschaffungs- oder Herstellungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen, bewertet worden. Außerplanmäßige Abschreibungen wegen einer dauernden Wertminderung wurden im Geschäftsjahr im Umfang von 1.473.390,08 € vorgenommen. Zuschreibungen wegen des Wegfalls des Grunds für den niedrigeren Wertansatz sind im Geschäftsjahr nicht erfolgt. Der Buchwert der eigengenutzten Grundstücke (siehe hierzu auch Kapitel IV. Nichtversicherungstechnische Angaben) wird quotall nach der tatsächlichen Nutzung vom gesamten Buchwert ermittelt.

Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen werden mit den Anschaffungskosten bewertet, teilweise gekürzt um Abschreibungen wegen des Eintretens einer dauerhaften Wertminderung. Im Geschäftsjahr waren deswegen Abschreibungen in Höhe von 391.000,00 € vorzunehmen. Wertaufholungen nach § 253 Abs. 5 HGB erfolgten im Geschäftsjahr nicht, da die Gründe für die Wertminderung fortbestehen. Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen, die bestimmt sind, dem eigenen Geschäftsbetrieb durch Herstellung einer dauernden Verbindung zu dienen, sind in der nachfolgenden Tabelle hinsichtlich des Eigenkapitals und des Ergebnisses angegeben:

Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen

Name und Sitz der Gesellschaft	Beteiligungsanteil (in Prozent)	Eigenkapital (in Euro)	Ergebnis (in Euro)
1. Verbundene Unternehmen			
a) Versicherungsgesellschaften			
ARAG Allgemeine Versicherungs-AG*, Düsseldorf	100,00	55.322.905,72	17.964.357,02
ARAG Krankenversicherungs-AG, München	94,00	64.552.897,92	8.900.000,00
Help Forsikring AS, Oslo	100,00	27.556.379,64	3.066.588,11
b) Andere Gesellschaften – Kapitalgesellschaften			
ARAG International Holding GmbH, Düsseldorf	100,00	57.684.220,21	11.528.423,07
ARAG Liegenschaftsverwaltungs- und Beratungsgesellschaft mbH, Düsseldorf	100,00	899.644,41	- 36.282,16
ARAG Service Center GmbH, Düsseldorf	80,00	394.856,75	47.650,75
ARAG IT GmbH, Düsseldorf	100,00	8.836.851,44	267.855,33
CURA Versicherungsvermittlung GmbH, Düsseldorf	100,00	980.787,52	262.352,41
Solfin GmbH, Düsseldorf	75,10	767.613,58	314.029,57
ALIN 1 Verwaltungs-GmbH, Düsseldorf	100,00	24.706,23	2.623,27
Justix GmbH, Köln	100,00	3.533.619,43	- 2.966.380,57
ARAG Plc., Bristol	100,00	12.579.746,31	1.051.799,82
ARAG-France S.A.R.L. Assistance et Reglement de Sinistres Automobiles et Generaux, Versailles	100,00	18.988,00	0,00
ARAG Legal Services B.V., Leusden	100,00	252.733,67	- 232.224,54
ARAG Scandinavia AS, Oslo	100,00	3.047,79	0,00
MIA Multiline Insurance Agency s. r. l., Verona	100,00	50.000,00	0,00
Agencia de Seguros ARAG SA, Barcelona**	100,00	375.815,65	224.669,41
ARAG Services Spain & Portugal S.L., Barcelona	100,00	456.040,81	46.843,71
c) Andere Gesellschaften – Personengesellschaften			
ARAG Liegenschaftsverwaltungs- und Beratungs-GmbH & Co. Immobilien KG, Düsseldorf	50,00	4.968.156,57	- 1.108.398,01
ALIN 1 GmbH & Co. KG, Düsseldorf	100,00	15.743.438,61	477.725,10
2. Assoziierte Unternehmen			
AXA ARAG Rechtsschutz AG, Zürich**	29,17	46.337.536,96	13.546.746,08

* Ergebnis vor Gewinnabführung

** Angaben aus dem letzten vorliegenden Abschluss zum 31.12.2016

Die Bewertung der **Aktien, Investmentanteile sowie der sonstigen festverzinslichen und nicht festverzinslichen Wertpapiere**, die nicht zur dauernden Verwendung wie Anlagevermögen bestimmt wurden, erfolgt gemäß § 341 b Abs. 2 HGB in Verbindung mit § 253 Abs. 1, 4 und 5 HGB mit den Anschaffungskosten beziehungsweise dem niedrigeren Börsen- oder Marktwert am Bilanzstichtag. Im Geschäftsjahr waren Abschreibungen nach dem strengen Niederstwertprinzip auf Aktien und Investmentanteile im Umfang von 39.568,24 € (Vj. 72.700,74 €) und in Höhe von 1.894.253,76 € (Vj. 1.959.552,81 €) auf Anleihen vorzunehmen. Abschreibungen nach dem gemilderten Niederstwertprinzip wurden auf Investmentanteile im Umfang von 840.025,19 € (Vj. 0,00 €) durchgeführt. Wertaufholungen nach § 253 Abs. 5 HGB wurden im Geschäftsjahr in Höhe von 90.127,74 € auf Aktien (Vj. 0,00 €), im Umfang von 3.806.013,24 € (Vj. 5.808.696,26 €) auf Investmentanteile und in Höhe von 190.557,57 € (Vj. 998.765,00 €) auf Anleihen realisiert. Zum Bilanzstichtag bestanden unsaldierte stille Lasten in Höhe von 472.268,73 € (Vj. 147.179,85 €) wegen der Anwendung des gemilderten Niederstwertprinzips.

Von der Möglichkeit der Bewertung nach dem gemilderten Niederstwertprinzip nach § 341 b Abs. 2, zweiter Halbsatz HGB wurde für solche Spezial-Investmentfondsanteile und Inhaberschuldverschreibungen Gebrauch gemacht, die durch den Vorstand zur dauernden Nutzung im Betriebsvermögen des Versicherungsunternehmens bestimmt wurden. Bei der Folgebewertung der dem Anlagevermögen zugeordneten Investmentanteile wird der im Rahmen einer Fondsdurchschau ermittelte nachhaltige Marktwert zugrunde gelegt. Zum 31. Dezember 2017 wurde der Börsenkurswert als nachhaltiger Marktwert angenommen. Wie bereits in den Vorjahren wurden die Zugänge bei Investmentfondsanteilen, nicht aber bei Inhaberschuldverschreibungen dem Anlagevermögen zugeordnet.

Namenschuldverschreibungen sind mit dem Nennwert beziehungsweise dem Rückforderungsbetrag bilanziert. Disagjobeträge werden durch passive Rechnungsabgrenzung linear verteilt. Agiobeträge werden aktiviert und planmäßig linear über die Laufzeit aufgelöst. **Schuldscheinforderungen und Hypotheken, Grundschuldforderungen und Darlehen sowie übrige Ausleihungen** werden mit den Anschaffungskosten bilanziert, soweit nicht dauerhafte Wertminderungen vorliegen. Abschreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Wert waren im Geschäftsjahr und im Vorjahr nicht erforderlich.

Die **Einlagen bei Kreditinstituten** sowie Depotforderungen und Depotverbindlichkeiten aus dem in Rückdeckung übernommenen Versicherungsgeschäft sind mit den Nominalbeträgen angesetzt. Eine Saldierung von Zugängen und Abgängen bei den Einlagen bei Kreditinstituten wurden nur insoweit durchgeführt, als die Guthaben von derselben Geschäftseinheit unterhalten werden. Bei den **anderen Kapitalanlagen** sind Anteile an Infrastrukturfonds und Private-Equity-Fonds ausgewiesen. Die Bewertung erfolgt zu Anschaffungskosten. Der beizulegende Wert am Abschlussstichtag wird auf der Grundlage der von den Fondsverwaltungsgesellschaften gemeldeten Net-Asset-Values überprüft. Abschreibungen nach § 253 Abs. 3 Satz 5 HGB waren bisher nicht erforderlich.

Die Kapitalanlagen sind den Geschäftseinheiten (Hauptverwaltung und Niederlassungen) individuell zugeordnet. Die Zuordnung ist durch die Erfassung im jeweiligen Buchwerk der Geschäftseinheit dokumentiert. Entsprechend der Zuordnung werden auch die Erträge aus den Kapitalanlagen der jeweiligen Geschäftseinheit zugeordnet. Im jährlichen Rhyth-

mus wird die Zuordnung auf der Grundlage der modifizierten Kapitalaufteilungsmethode der deutschen Finanzverwaltung, die von der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) anerkannt wird, überprüft und gegebenenfalls über Ausgleichszahlungen angepasst.

Depotforderungen aus dem in Rückdeckung übernommenen Versicherungsgeschäft werden mit dem Nennwert der an Vorversicherer geleisteten Sicherungsbeträge bilanziert.

Die Restlaufzeit beträgt weniger als ein Jahr, da die Verträge jährlich erneuert werden.

Die **Forderungen** sind grundsätzlich zum Nennwert bilanziert. Von den **Forderungen an Versicherungsnehmer** wird eine Pauschalwertberichtigung für das latente Ausfallrisiko abgesetzt, nachdem die Forderungen, die einen vordefinierten Fälligkeitszeitraum überschritten haben, einzelwertberichtigt wurden. Forderungen an Versicherungsnehmer, die sich im Mahnverfahren befinden, wurden mit der durchschnittlichen Realisationsquote bewertet. Die **Forderungen an Vertreter** werden durch Einzelwertberichtigungen und eine Pauschalwertberichtigung in Höhe der mutmaßlichen Ausfälle vermindert. Die Laufzeit der Forderungen beträgt weniger als ein Jahr.

Abrechnungsforderungen aus dem Rückversicherungsgeschäft bestehen aus dem übernommenen und aus dem abgegebenen Geschäft. Der Saldo von 46.740.155,11 € ergibt sich im Wesentlichen aus dem in Rückdeckung übernommenen Versicherungsgeschäft der Hauptverwaltung in Deutschland sowie der Niederlassungen in Spanien, Italien und den Niederlanden. Die Bilanzierung erfolgte in Höhe der noch offenen Abrechnungssalden und entfällt auf die folgenden Erst- beziehungsweise Rückversicherungsgesellschaften:

Versicherungsgesellschaften

(Saldo in Tausend Euro)	2017	2016
UNIPOL Assicurazioni, Italien, Rating BBB-	23.367,1	23.791,4
ABN-AMRO Verzekeren, Niederlande, Rating A+	4.448,5	4.495,9
REALE, Spanien und Italien, Rating BBB+	3.733,8	2.914,4
Noordhollandsche van 1816, Niederlande, kein Rating	3.215,5	3.129,3
GROUPAMA, Spanien und Italien, Rating BBB+	2.005,3	0,0
Italiana Assicurazioni, Italien, Rating BBB+	947,3	669,3
Cattolica, Italien, Rating BBB-	901,3	0,0
Intessa San Paolo, Italien, Rating BBB+	609,5	0,0
Helvetia, Italien, Rating A	586,2	0,0
BRIT Syndicate 2987 at Lloyd's, England, Rating AA-	571,3	765,8
Übrige Abrechnungssalden	6.354,4	9.070,2
	46.740,2	44.836,3

In den **sonstigen Forderungen** sind im Wesentlichen Abrechnungssalden aus konzerninternen Dienstleistungen und Posten aus der Abwicklung von Mietverhältnissen, der Regressbearbeitung, der Zahlungseingangsverarbeitung, debitorische Kreditoren und gewährte Vorschüsse an Mitarbeiter enthalten. Alle Posten haben eine Restlaufzeit von weniger als einem Jahr. Sie wurden mit dem Nennwert bewertet.

Die **Sachanlagen** werden gemäß § 253 Abs. 1 Satz 1 HGB zu Anschaffungskosten aktiviert und linear über die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer abgeschrieben.

Der Bestand an **Vorräten** wurde durch körperliche Aufnahme ermittelt. Die Bewertung erfolgt zu den Anschaffungskosten, die um angemessene Abschläge zur Berücksichtigung von Lagerrisiken und Marktgängigkeit vermindert wurden.

Der Bestand an **Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand** ist zu Anschaffungskosten bewertet. Diese entsprechen dem Nennwert. Bankbestände, die auf fremde Währung lauten, wurden mit dem Devisenkassamittelkurs am Bilanzstichtag unter Außerachtlassung des Anschaffungskosten- und des Realisationsprinzips umgerechnet. Die Bestände werden durch Bankauszüge und Kassenprotokolle nachgewiesen. Erteilte Zahlungsaufträge, die zum Bilanzstichtag noch nicht ausgeführt waren, sind von den Beständen für den Bilanzausweis abgezogen worden.

Die **anderen Vermögensgegenstände** sind mit den Nennwerten, die den Anschaffungskosten entsprechen, bilanziert. Die Restlaufzeiten betragen weniger als ein Jahr.

Die **aktiven Rechnungsabgrenzungsposten** enthalten überwiegend abgegrenzte, noch nicht fällige Zinsansprüche für den Ertragszeitraum vor dem Bilanzstichtag. Enthalten sind auch Agiobeträge aus Namensschuldverschreibungen im Umfang von 28.058,83 € (Vj. 43.694,71 €).

Soweit zwischen handelsrechtlichen und steuerlichen Wertansätzen Differenzen auftreten, die sich in späteren Geschäftsjahren voraussichtlich abbauen, entstehen darauf **latente Steuern** zu den unternehmensindividuellen Steuersätzen, die in den Ländern des Sitzes der Unternehmenseinheiten gelten. Zu berücksichtigen sind hierbei auch solche Differenzen, deren Umkehrzeitpunkt noch nicht exakt feststeht oder von einer Disposition des Unternehmens abhängig ist oder erst im Zeitpunkt der Liquidation eintreten würden. Im Berichtsjahr wurde eine aktive latente Steuer von 6.080.380,79 € erfolgswirksam ausgebucht. Das **gezeichnete Kapital** ist durch die Aktionäre in voller Höhe eingezahlt. Die **Kapitalrücklage** enthält Beträge, die Aktionäre in das Eigenkapital der Gesellschaft ohne die Gewährung von Vorzügen nach § 272 Abs. 2 Nr. 4 HGB eingezahlt hatten. Die gesetzliche Rücklage ist gemäß § 150 Abs. 2 AktG vollständig dotiert.

Nachrangige Verbindlichkeiten wurden zur Verbesserung der Eigenmittel bei der Konzernsolvabilität im Wege des „Private Placements“ emittiert. Die Namensschuldverschreibung über 30.000,0 T€ hat eine feste Laufzeit von zehn Jahren und wird am 29. Juli 2024 zurückgezahlt werden. Die nachrangige Namensschuldverschreibung wurde mit dem Erfüllungsbetrag passiviert. Die Papiere waren und sind nicht an einem organisierten Markt im Sinne von § 2 Abs. 5 des Wertpapierhandelsgesetzes im Inland handelbar.

Die **Bruttobeitragsüberträge** für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft werden, ausgehend von den gebuchten Beiträgen und Stornierungen, pro rata temporis auf der Basis eines jeden einzelnen Vertrags berechnet und um die darin enthaltenen Ratenzuschläge gekürzt. Die rechnerischen Überträge werden um die Einnahmeteile, die zur Deckung der Abschlusskosten vorgesehen sind, gekürzt. Als nicht übertragsfähige Einnahmeteile werden danach entweder individuell bestimmte Anteile (Niederlassungen) oder pauschal 85 Prozent (Konzernzentrale) der Provisionen und sonstigen Bezüge der Vertreter angesetzt. Die Bruttobeitragsüberträge für das übernommene Versicherungsgeschäft werden nach den Aufgaben der Erstversicherer bilanziert. Die Anteile der Rückversicherer an den Beitragsüberträgen wurden entsprechend den vertraglichen Vereinbarungen ermittelt. Die **Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle** für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft wurde getrennt nach Ereignisjahren für im jeweiligen Geschäftsjahr gemeldete sowie für bis zum Bilanzstichtag eingetretene, aber noch nicht gemeldete Schäden gebildet. Außerdem wurde eine Rückstellung für Schadenregulierungsaufwendungen angesetzt. Die Bewertung wurde nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung unter Berücksichtigung der dauernden Erfüllbarkeit der Verpflichtungen aus den Versicherungsverträgen vorgenommen. Dabei wurden die Wertverhältnisse am Abschlussstichtag zugrunde gelegt. Eine Abzinsung erfolgte nicht. Die Ergebnisse der Gruppen- und Einzelbewertungen wurden durch versicherungsmathematische Verfahren auf Portfoliobasis überprüft.

Das Abwicklungsergebnis im selbst abgeschlossenen Geschäft aller Versicherungszweige beträgt im Berichtsjahr 2,8 Prozent (Vj. 4,6 Prozent) der Eingangsreserve.

Die Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle des übernommenen Rückversicherungsgeschäfts wurde nach den Aufgaben der Erstversicherer bilanziert. Im übernommenen Geschäft aus England wurde die Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle auf der Grundlage von Erfahrungswerten und Statistiken der konzerneigenen Schadenregulierungsgesellschaft berechnet. Die Anteile für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft wurden entsprechend den Regelungen in den Rückversicherungsverträgen errechnet. Währungsbedingte Anpassungen der Schadenreserven erfolgten auf der Grundlage der Quartalsendkurse im Berichtsjahr. Die daraus resultierenden Kursdifferenzen sind im sonstigen Ergebnis enthalten.

Die **Schwankungsrückstellung** für das selbst abgeschlossene und das übernommene Versicherungsgeschäft wird nach § 341h HGB in Verbindung mit § 29 RechVersV angesetzt und bewertet. Die Berechnung erfolgt getrennt für das selbst abgeschlossene Geschäft und für das in Rückdeckung übernommene Geschäft jeweils nach Versicherungszweigen. Die Aufteilung der errechneten Schwankungsrückstellung auf die Konzernzentrale und die Niederlassungen erfolgt nach verdienten Bruttobeiträgen in dem jeweiligen Versicherungszweig.

Die unter den sonstigen versicherungstechnischen Rückstellungen ausgewiesene **Stornorückstellung** wegen Fortfalls oder Verminderung des technischen Risikos wurde in Höhe des voraussichtlichen Bedarfs ermittelt.

Die Berechnung der **Pensionsrückstellungen** erfolgt nach dem international üblichen Anwartschaftsbarwertverfahren (PUC-Methode) in Verbindung mit § 253 Abs. 2 Satz 2 HGB auf der Grundlage der Richttafel 2005G von Prof. Dr. Klaus Heubeck. Neben den aktuellen Gegebenheiten wurden auch künftige Entwicklungen hinsichtlich Gehälter, Renten und Fluktuation berücksichtigt. Die Abzinsung erfolgte mit dem von der Bundesbank gemäß der Rückstellungsabzinsungsverordnung (RückAbzinsV) veröffentlichten durchschnittlichen Zinssatz der letzten zehn Jahre bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren gemäß § 253 Abs. 2 Satz 2 HGB. Für die Bewertung wurde ein Zinssatz in Höhe von 3,68 Prozent (Vj. 4,01 Prozent) berücksichtigt. Zum 31. Dezember 2017 verursachte der Unterschied der Anwendung des Zehn-Jahres-Durchschnitts zur Anwendung des Sieben-Jahres-Durchschnitts (2,80 Prozent, Vj. 3,24 Prozent) eine um 21.524.915,00 € (Vj. 17.583.468,00 €) geringere Pensionsrückstellung.

Folgende versicherungsmathematischen Parameter wurden für die Ermittlung der Verpflichtungen verwendet: Pensionsalter: frühestmögliches Alter gemäß Rentenversicherungs-Altergrenzenanpassungsgesetz (RVAGAnpG), Gehaltsdynamik: 2,50 Prozent, Rentendynamik: 1,75 Prozent, für Spanien: 2,50 Prozent. Die berücksichtigte Fluktuation entspricht dem allgemein beobachtbaren altersabhängigen Durchschnitt der Branche und beeinflusst den Erfüllungsbetrag nur geringfügig.

Nach § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB wurden Aktivwertansprüche aus der Rückdeckungsversicherung mit der Verpflichtung aus den Pensionszusagen verrechnet. Der beizulegende Zeitwert der Aktivwertansprüche beträgt 995.277,00 €. Der Erfüllungsbetrag der verrechneten Schulden beträgt 995.277,00 €. Zusätzlich wurden zur Bedeckung der Altersversorgungsverpflichtung Wertpapiere nach § 253 Abs. 1 Satz 4 HGB zum Zeitwert von 2.691.376,00 € mit dem Barwert der Verpflichtung verrechnet. Durch den Ansatz mit dem Zeitwert ist ein ausschüttungsgesperrter Betrag gemäß § 268 Abs. 8 Satz 3 HGB in Höhe von 273.656,00 € entstanden. Das Wahlrecht gemäß Artikel 28 Abs. 1 Einführungsgesetz zum Handelsgesetzbuch (EGHGB) zur Unterlassung der Bildung von Pensionsrück-

stellungen für Altzusagen ist ebenso wie die Übergangsregelung nach Artikel 67 Abs. 1 EGHGB nicht in Anspruch genommen worden. Unterdeckungen bei Pensionsfonds, die Altersversorgungszusagen für Mitarbeiter gewähren, sind durch die lang andauernde Niedrigzinsphase im Umfang von 274.983,33 € entstanden. Diese wurden nach aktuariellen Grundsätzen ermittelt und als Pensionsverpflichtung ausgewiesen. Die **Steuerrückstellungen** sind in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung zu erwartenden Erfüllungsbetrags angesetzt worden.

Rückstellungen für Vorruhestandsverpflichtungen wurden für den Personenkreis gebildet, mit dem einzelvertragliche Vereinbarungen bestehen. Die Berechnung erfolgte nach versicherungsmathematischen Grundsätzen; die Beträge wurden auf den Bilanzstichtag mit einem Diskontsatz von 2,80 Prozent abgezinst.

Im Geschäftsjahr wurde eine Rückstellung gemäß dem **Altersteilzeitabkommen** für das private Versicherungsgewerbe vom 11. Juni 1997 nach der Verlautbarung des Instituts der Wirtschaftsprüfer (IDW) RS HFA 3 vom 18. November 1998 unter Zugrundelegung eines laufzeitadäquaten Rechnungszinsfußes von 2,80 Prozent gebildet. Dabei wurde bei Anwärtern, mit denen noch keine konkrete Vereinbarung getroffen wurde, die Wahrscheinlichkeit der Inanspruchnahme sowie die natürliche Fluktuation der Mitarbeiter berücksichtigt. Die Insolvenzsicherung von Wertguthaben aus Arbeitszeitkontenmodellen der Arbeitnehmer nach § 8a Altersteilzeitgesetz (AltTZG) erfolgt über eine Höchstbetragsbürgschaft einer deutschen Geschäftsbank.

Die **übrigen Rückstellungen** werden in Höhe des Betrags angesetzt, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung zur Erfüllung der Verpflichtung notwendig ist. Für Jubiläumzahlungen aus Anlass von Dienstjubiläen der Mitarbeiter wurde im Berichtsjahr eine **Jubiläumsrückstellung** gebildet. Die Berechnung erfolgte nach der projizierten Einmalbeitragsmethode unter Beachtung der Sterblichkeit nach der Richttafel 2005G von Prof. Dr. Klaus Heubeck und der Verwendung eines Diskontsatzes von 2,80 Prozent. Die Fluktuation wurde mit durchschnittlich 1,5 Prozent und die Gehaltsdynamik mit 2,5 Prozent berücksichtigt. Als Endalter wurde das frühestmögliche Pensionsalter gemäß dem Rentenversicherungs-Altersgrenzenanpassungsgesetz (RVAGAnpG) gewählt.

Aus der Abzinsung von langfristigen Rückstellungen mit einer Laufzeit von mehr als einem Jahr entstanden Zinserträge in Höhe von 34.399,06 € (Vj. 14.201,56 €) und Zinsaufwendungen in Höhe von 4.701,25 € (Vj. 95.303,60 €). Die **Depotverbindlichkeiten** sind mit dem Nennwert der erhaltenen Sicherheitsleistung bilanziert. Sie haben eine Restlaufzeit von weniger als einem Jahr, da zugrunde liegende Rückversicherungsverträge jährlich erneuert werden.

Die **anderen Verbindlichkeiten** sind mit den Erfüllungsbeträgen angesetzt. Die Restlaufzeit beträgt weniger als ein Jahr.

Die **Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft** und die **Abrechnungsverbindlichkeiten aus dem Rückversicherungsgeschäft** sind mit dem Nennwert bewertet. Verpflichtungen, die auf Fremdwährungen lauten, wurden mit dem Devisenkassamittelkurs am Bilanzstichtag unter Außerachtlassung des Anschaffungskosten- und des Realisationsprinzips bewertet. Alle **Verbindlichkeiten**, die nicht verzinslich sind, wurden mit dem Nennwert oder dem höheren Erfüllungsbetrag bewertet. Die **sonstigen Verbindlichkeiten** sind mit den Erfüllungsbeträgen bilanziert.

Bei den **passiven Rechnungsabgrenzungsposten** sind im Wesentlichen noch nicht abgerechnete Nebenkostenvorauszahlungen aus vermieteten Immobilien enthalten. Disagio-beträge aus Namensschuldverschreibungen bestehen im Umfang von 13.354,46 € (Vj. 15.675,86 €). **Passive latente Steuern** resultieren aus Differenzen zwischen handelsrechtlichen Wertansätzen und den korrespondierenden steuerlichen Wertansätzen, die sich in späteren Jahren voraussichtlich abbauen und sich daraus insgesamt eine künftige Steuerbelastung ergibt. Diese werden in dem Umfang in der Bilanz ausgewiesen, in dem sich je Jurisdiktion ein Überhang eines passiven latenten Steuersaldos nach der Saldierung mit aktiven latenten Steuern ergibt.

Währungsumrechnung

Die Anschaffungskosten der Kapitalanlagen sind mit dem Transaktionskurs zum Anschaffungszeitpunkt errechnet. Für die Ermittlung des Börsen- oder Marktpreises wird für ausländische Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen ein mittelfristig realisierbarer Devisenkurs verwendet; alle anderen Vermögensanlagen werden mit dem Devisenkurs zum Auszahlungszeitpunkt oder dem niedrigeren Währungskurs am Bilanzstichtag bewertet. Die übrigen Aktiva und Passiva mit einer Restlaufzeit von bis zu einem Jahr werden mit dem Devisenkassamittelkurs unter Außerachtlassung des Anschaffungskosten- und des Realisationsprinzips zum Bilanzstichtag umgerechnet. Erträge und Aufwendungen werden mit dem Transaktionskurs zum Zeitpunkt des Zu- beziehungsweise Abflusses bewertet. Aus der Währungsumrechnung entstanden im Geschäftsjahr Erträge in Höhe von 1.769.852,43 € (Vj. 25.190,13 €) und Aufwendungen in Höhe von 105.153,96 € (Vj. 138.796,44 €).

Zeitwertangaben gemäß § 54 RechVersV

Zeitwerte der Grundstücke, grundstücksgleichen Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken

Für die Zeitwertermittlung liegen intern und extern erstellte Wertgutachten vor. Diese entsprechen den Erfordernissen nach § 55 Abs. 3 RechVersV. Die Gutachten werden jährlich neu erstellt oder intern an die geänderten Rahmendaten angepasst.

Zeitwerte für die Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen

Grundsätzlich wurden die Anteile und Beteiligungen nach dem Ertragswertverfahren bewertet. Bei den Gesellschaften, die schwerpunktmäßig Dienstleistungen für den ARAG Konzern erbringen, sowie bei Zwischenholdinggesellschaften wurde der Zeitwert in Höhe des anteiligen Substanzwerts angegeben. Wegen der Erfordernis der Beschleunigung der Jahresabschlussprozesse (Solvency II) wurden dafür teilweise Werte zum Ende des dritten Quartals verwendet. Für Beteiligungen und Anteile, die zeitnah erworben wurden, ist der Zeitwert mit dem Buchwert gleichgesetzt worden.

Zeitwerte der sonstigen Kapitalanlagen

Die Zeitwerte der Bilanzpositionen B. III. 1. und 2. entsprechen den Börsen- oder Marktwerten am Bilanzstichtag. Für die Ermittlung von Marktwerten bei nicht börsennotierten Papieren (Namenschuldverschreibungen, Schuldscheindarlehen) wird als Kalkulationsgrundlage die Swapkurve herangezogen. Hier wird der der Laufzeit des zu bewertenden Papiers entsprechende Zinssatz auf der Swapkurve ermittelt. Etwaige Zu- und Abschläge („Spreads“) aufgrund der Ausgestaltung des jeweiligen Papiers (Laufzeit, Sicherheiten, Ratings etc.) werden entsprechend berücksichtigt.

In der Aufstellung der „**Entwicklung der Kapitalanlagen im Geschäftsjahr 2017**“ sind die Zeitwerte angegeben.

III. Versicherungstechnische Angaben

(in Tausend Euro)

	Selbst abgeschlossenes Versicherungsgeschäft				
	Rechts- schutz	Beistands- leistungs- versicherung	Sonstige (versch. finanz. Verluste)	Summe 2017	Summe 2016
Gebuchte Bruttobeiträge	614.879	48.637	9.736	673.252	633.818
Verdiente Bruttobeiträge	615.157	47.979	9.804	672.940	626.475
Verdiente Nettobeiträge	-	-	-	-	-
Aufwendungen für Versicherungsfälle	332.538	26.813	158	359.510	320.729
davon Zahlungen für Versicherungsfälle	304.744	24.986	1.280	331.011	325.520
Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb	275.354	23.235	5.772	304.360	281.344
davon Abschlussaufwendungen	86.161	18.708	710	105.579	97.839
davon Verwaltungsaufwendungen	189.193	4.527	5.061	198.781	183.504
Veränderung der Schwankungsrückstellung	0	-377	-396	-772	-2.536
Sonstige versicherungstechnische Aufwendungen und Erträge	1.804	0	0	1.804	1.459
Versicherungstechnisches Ergebnis	9.069	-2.446	3.479	10.102	23.325
Versicherungstechnische Rückstellungen:					
Beitragsüberträge	146.035	3.303	4.606	153.944	153.631
Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle	904.398	8.073	1.970	914.441	885.942
Schwankungsrückstellung und ähnliche Rückstellungen	0	6.735	3.325	10.060	9.288
Sonstige versicherungstechnische Rückstellungen	690	0	0	690	882

Anzahl der mindestens einjährigen Versicherungsverträge

Selbst abgeschlossenes Versicherungsgeschäft	2017	2016
(in Stück)		
National	1.495.840	1.446.227
International	2.664.666	2.692.257
Gesamt	4.160.506	4.138.484

	Übernommenes Versicherungsgeschäft				Abgegebenes Versicherungsgeschäft		Gesamtes Versicherungsgeschäft		
	Rechtsschutz	Beistandsleistungsversicherung	Sonstige (versch. finanz. Verluste)	Summe 2017	Summe 2016	2017	2016	2017	2016
	181.559	14.665	529	196.752	190.798	-	-	870.004	824.616
	181.373	14.373	557	196.303	192.806	-	-	869.243	819.281
	-	-	-	-	-	1.201	5.029	868.042	814.252
	90.410	15.474	-160	105.724	96.153	2.488	1.489	462.746	415.393
	77.743	15.068	55	92.866	83.818	1.704	856	422.172	408.482
	84.456	431	235	85.123	85.631	302	2.590	389.181	364.385
	472	363	5	839	1.052	-	-	-	-
	83.985	68	231	84.283	84.579	-	-	-	-
	-1.920	-127	-260	-2.307	-3.020	0	0	-3.079	-5.556
	0	0	0	0	0	0	0	1.804	1.459
	4.586	-1.659	222	3.150	8.002	-1.589	950	14.841	30.377
	41.249	5.305	131	46.686	46.618	1.418	1.417	199.212	198.832
	185.666	2.237	113	188.015	176.912	2.568	1.784	1.099.888	1.061.070
	6.282	127	405	6.813	4.506	0	0	16.873	13.794
	0	0	0	0	0	0	0	690	882

Herkunft des Versicherungsgeschäfts nach gebuchten Beiträgen

Land/Herkunft	Selbst abgeschlossenes Geschäft			In Rückdeckung übernommenes Geschäft			Gesamtes Geschäft
	Rechtsschutz	Beistandsleistungsversicherung	Sonstige (versch. finanz. Verluste)	Rechtsschutz	Beistandsleistungsversicherung	Sonstige (versch. finanz. Verluste)	
(in Tausend Euro)							
Deutschland	349.202	0	0	0	0	0	349.202
Spanien	51.716	48.349	5.039	19.078	14.665	193	139.040
Niederlande	92.531	0	0	49.929	0	0	142.460
Italien	28.808	0	4.697	89.678	0	336	123.519
Belgien	23.774	0	0	743	0	0	24.517
Österreich	61.072	0	0	0	0	0	61.072
Slowenien	2.277	0	0	0	0	0	2.277
Griechenland	5.042	0	0	44	0	0	5.086
USA	0	0	0	285	0	0	285
Großbritannien	0	0	0	21.637	0	0	21.637
Portugal	455	288	0	165	0	0	908
Gesamt	614.879	48.637	9.736	181.559	14.665	529	870.004

IV. Nichtversicherungstechnische Angaben

Entwicklung der Kapitalanlagen im Geschäftsjahr 2017: Entwicklung der Aktivposten A., B. I. bis IV. vom 1. Januar bis 31. Dezember 2017

Kapitalanlageart	Stand 01.01.2017	Währungs- differenzen	Zugänge	Abgänge
<i>(in Euro)</i>				
A. Immaterielle Vermögensgegenstände				
1. Sonstige immaterielle Vermögensgegenstände	8.329.472,13	0,00	3.137.319,29	14.029,55
Summe	8.329.472,13	0,00	3.137.319,29	14.029,55
B. I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	97.563.670,52	0,00	20.015,35	1.586.192,46
B. II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen				
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	225.017.698,96	0,00	77.190.009,32	28.800.000,00
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	1.655.527,11	0,00	0,00	1.655.527,11
3. Beteiligungen	16.887.569,37	0,00	0,00	0,00
Summe Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen	243.560.795,44	0,00	77.190.009,32	30.455.527,11
B. III. Sonstige Kapitalanlagen				
1. Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	625.493.318,99	0,00	14.993.776,19	25.880.796,57
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	301.550.383,27	0,00	130.698.634,42	33.695.122,88
3. Hypotheken, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen	3.975.000,00	0,00	5.504.927,98	300.000,00
4. Sonstige Ausleihungen				
a) Namensschuldverschreibungen	140.511.291,88	0,00	0,00	0,00
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	243.995.110,85	0,00	18.000.000,00	10.035.248,41
c) Übrige Ausleihungen	150.107,42	0,00	23.200,00	94.229,34
5. Einlagen bei Kreditinstituten	98.570.813,32	0,00	50.000.000,00	90.601.847,32
6. Andere Kapitalanlagen	5.331.278,41	0,00	62.267,47	858.011,57
Summe sonstige Kapitalanlagen	1.419.577.304,14	0,00	219.282.806,06	161.465.256,09
B. IV. Depotforderungen aus dem in Rückdeckung übernommenen Versicherungsgeschäft	44.388.849,23	0,00	9.615.627,18	4.327.546,91
Summe Kapitalanlagen	1.805.090.619,33	0,00	306.108.457,91	197.834.522,57
Total inklusive immaterielle Vermögensgegenstände	1.813.420.091,46	0,00	309.245.777,20	197.848.552,12

Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken mit einem Buchwert von 30.692.648,70 € (Vj. 31.582.286,26 €) werden für den eigenen Geschäftsbetrieb genutzt.

Zuschreibungen	Planmäßige Abschreibung	Außer- planmäßige Abschreibung	Stand 31.12.2017	Anschaffungs- kosten/ Nennwert	Verkehrswert am 31.12.2017	Stille Reserve
0,00	3.794.348,24	0,00	7.658.413,63	40.169.791,50	7.658.413,63	0,00
0,00	3.794.348,24	0,00	7.658.413,63	40.169.791,50	7.658.413,63	0,00
0,00	966.515,49	1.473.390,08	93.557.587,84	100.828.458,51	151.184.615,21	57.627.027,37
0,00	0,00	391.000,00	273.016.708,28	354.015.167,59	523.953.101,21	250.936.392,93
0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
0,00	0,00	0,00	16.887.569,37	26.161.255,48	36.822.000,00	19.934.430,63
0,00	0,00	391.000,00	289.904.277,65	380.176.423,07	560.775.101,21	270.870.823,56
3.896.140,98	0,00	879.593,43	617.622.846,16	628.811.554,84	639.925.259,02	22.302.412,86
190.557,75	0,00	1.894.253,76	396.850.198,80	400.224.756,89	418.522.864,97	21.672.666,17
0,00	0,00	0,00	9.179.927,98	9.179.927,98	9.179.927,98	0,00
0,00	0,00	0,00	140.511.291,88	140.511.291,88	146.166.178,38	5.654.886,50
0,00	0,00	0,00	251.959.862,44	251.959.817,91	267.849.631,72	15.889.769,28
0,00	0,00	0,00	79.078,08	79.078,08	79.078,08	0,00
0,00	0,00	0,00	57.968.966,00	57.968.966,00	57.968.966,00	0,00
0,00	0,00	0,00	4.535.534,31	4.535.534,31	7.452.962,91	2.917.428,60
4.086.698,73	0,00	2.773.847,19	1.478.707.705,65	1.493.270.927,89	1.547.144.869,06	68.437.163,41
0,00	0,00	0,00	49.676.929,50	49.676.929,50	49.676.929,50	0,00
4.086.698,73	966.515,49	4.638.237,27	1.911.846.500,64	2.023.952.738,97	2.308.781.514,98	396.935.014,34
4.086.698,73	4.760.863,73	4.638.237,27	1.919.504.914,27	2.064.122.530,47	2.316.439.928,61	396.935.014,34

Daneben besteht eine Beteiligung an einer grundstücksverwaltenden Gesellschaft bürgerlichen Rechts (GbR), deren ausschließliche Aufgabe der Betrieb eines Verwaltungsgebäudes ist und die unter den Grundstücken und Bauten ausgewiesen wird. Die Beteiligung hat einen Buchwert von 39.593.856,28 € (Vj. 41.000.564,40 €). Das von der GbR verwaltete Grundstück (Konzernzentrale des ARAG Konzerns in Düsseldorf) wird zu 98,0 Prozent (Vj. 97,9 Prozent) für den eigenen Geschäftsbetrieb genutzt. Die anderen Anteile werden durch verbundene Unternehmen für deren Geschäftsbetrieb genutzt.

Angaben zu Investmentvermögen

Im Kapitalanlagebestand sind folgende Investmentvermögen enthalten, die zu mehr als 10 Prozent durch die Gesellschaft gehalten werden:

Spezialfonds

Spezialfonds	Art des Fonds	Anlageziel	Buchwert 31. 12. 2017	Marktwert 31. 12. 2017	Differenz	Ausschüttung 2017	Rückgabe
			(in Euro)	(in Euro)	(in Euro)	(in Euro)	
ADRERENT	Rentenfonds	Ertragsmehrung	51.269.359,25	53.448.827,56	2.179.468,31	1.149.228,73	jederzeit
ATRI	Rentenfonds	Ertragsmehrung	151.654.738,13	151.182.469,40	-472.268,73	3.363.584,94	jederzeit
ARRE	gemischter Fonds	Ertragsmehrung	252.714.620,12	266.843.617,07	14.128.996,95	6.730.573,50	jederzeit
ARI 1	Rentenfonds	Ertragsmehrung	71.016.870,03	71.035.471,52	18.601,49	3.534.527,76	jederzeit
AAF	Aktienfonds	Ertragsmehrung	21.936.721,59	24.089.311,51	2.152.589,92	580.245,03	jederzeit
EMA	Aktienfonds	Ertragsmehrung	27.095.680,80	27.928.479,38	832.798,58	509.650,48	jederzeit
SIVE Fonds INKA	Aktienfonds	Ertragsmehrung	24.160.914,28	26.098.534,56	1.937.620,28	2.858.475,66	jederzeit
			599.848.904,20	620.626.711,00	20.777.806,80	18.726.286,10	

Die Anlageziele der börsentäglich handelbaren Fonds orientieren sich an den jeweiligen Vergleichsvorgaben (Benchmark), die aus der strategischen Kapitalanlagestruktur abgeleitet sind.

Die **anderen Vermögensgegenstände** setzen sich wie folgt zusammen:

Andere Vermögensgegenstände

(in Euro)	2017	2016
Erstattungsanspruch für Ertragsteuern aus laufenden Steuerveranlagungen und wegen Feststellungen der Betriebsprüfung	17.809.404,54	27.765.955,71
Noch nicht fällige Zinsansprüche auf Steuererstattungen	2.365.322,02	2.940.661,64
Erstattungsanspruch italienischer Versicherungsteuer	1.972.652,92	2.020.847,63
Erstattungsanspruch italienischer Ertragsteuern	926.841,17	371.656,84
Erstattungsanspruch spanischer Ertragsteuern	0,00	420.420,73
Anspruch nach § 37 Abs. 5 KStG	0,00	4.608.798,81
Übrige Posten	216.362,52	0,00
Summe	23.290.583,17	38.128.341,36

Erläuterung zu den latenten Steuern

Passive latente Steuern aus nur steuerlich zulässigen Ansätzen von Bilanzpositionen wurden mit aktiven latenten Steuern auf die handels- und steuerrechtlich voneinander abweichenden Wertansätze verrechnet. Über den Saldierungsbereich hinausgehende aktive Steuerlatenzen werden nicht ausgewiesen.

Veränderung der latenten Steuern

Bilanzposition (in Tausend Euro)	01. 01. 2017	Veränderung 2017	31. 12. 2017
Immaterielle Vermögensgegenstände	1.349	432	1.781
Kapitalanlagen	371	- 3.864	- 3.493
Forderungen	6.903	- 1.235	5.668
Sonstige Vermögensgegenstände	1.934	75	2.009
Aktive Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
Versicherungstechnische Rückstellungen	54.250	18.706	72.956
Andere Rückstellungen	44.869	10.222	55.091
Andere Verbindlichkeiten	- 54	54	0
Passive Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
Außerbilanzielle Hinzurechnungen	- 1.697	1.697	0
Bemessungsgrundlage aus Organschaftsunternehmen (siehe unten)			
– ARAG Allgemeine Versicherungs-AG	57.328	- 5.162	52.166
– Interlloyd Versicherungs-AG	4.273	- 97	4.176
Bemessungsgrundlage für Steuerlatenzen	169.526	20.829	190.355
Latente Steuern	49.878	4.818	54.696
Kürzung in den Jahren 2016 und 2017	- 43.798	- 10.898	- 54.696
Bilanzierte aktive latente Steuern	6.080	- 6.080	0

Bemessungsgrundlage aus Organschaftsunternehmen

(in Tausend Euro)	01. 01. 2017	Veränderung 2017	31. 12. 2017
Kapitalanlagen	3.105	- 229	2.876
Sonstige Vermögensgegenstände	322	- 344	- 22
Versicherungstechnische Rückstellungen	50.065	- 5.887	44.178
Andere Rückstellungen	8.109	1.201	9.310
Bemessungsgrundlage für Steuerlatenzen	61.601	- 5.259	56.342

Die Berechnung erfolgte mit dem aktuellen Ertragsteuersatz des Landes, das das Besteuerungsrecht für die entsprechende Bemessungsgrundlage nach dem einschlägigen Doppelbesteuerungsabkommen im Zeitpunkt der Umkehr haben wird. Für Zwecke der Bilanzierung wurden die Effekte aus der Umkehr der Unterschiede zwischen der Handelsbilanz und der Steuerbilanz hinsichtlich ihrer Auswirkung auf die Steuerbemessungsgrundlage überprüft. Der bilanzierte Betrag der passiven latenten Steuern von 10.534,17 € resultiert aus einem Passivüberhang aus Österreich.

Erläuterung zur Ausschüttungssperre

Insgesamt sind nach § 268 Abs. 8 HGB folgende Beträge ausschüttungsgesperrt:

Ausschüttungssperre

<i>(in Euro)</i>	2017	2016
Unterschiedsbetrag nach § 253 Abs. 6 Satz 1 HGB (Pensionsrückstellung)	21.524.915,00	17.583.468,00
Betrag des die Anschaffungskosten übersteigenden Buchwerts von Vermögensgegenständen (zum Zeitwert bewertetes Deckungsvermögen von Personalverpflichtungen)	273.656,00	403.818,70
Aktiver Saldo aus aktiven und passiven latenten Steuern	0,00	6.080.380,79
Insgesamt zur Ausschüttung gesperrt	21.798.571,00	24.067.667,49

Der Betrag ist vollständig durch frei verfügbare Eigenkapitalbestandteile bedeckt.

Eigenkapital

		2017
Gesamt		439.404.753,50
I. Gezeichnetes Kapital		
Das Grundkapital beträgt		100.000.000,00
<p>Das Grundkapital ist eingeteilt in 62.500 Stückaktien, die auf den Namen lauten. Alle Aktien sind voll eingezahlt. Der AFI Verwaltungs-Gesellschaft mbH, Düsseldorf, und der ARAG Holding SE, Düsseldorf, gehören jeweils mehr als der 4. Teil der Aktien der Gesellschaft. Der ARAG Holding SE gehört mittelbar die Mehrheit des Aktienkapitals der Gesellschaft.</p>		
II. Kapitalrücklage gemäß § 272 Abs. 2 Nr. 4 HGB		
Vortrag zum 01. 01. 2017	81.772.569,19	
Veränderungen im Geschäftsjahr	0,00	
Stand am 31. 12. 2017		81.772.569,19
III. Gewinnrücklagen		
1. Gesetzliche Rücklage		
Vortrag zum 01. 01. 2017	10.000.000,00	
Einstellungen aus dem Ergebnis	0,00	
Stand am 31. 12. 2017		10.000.000,00
Die Rücklage ist gemäß § 150 Abs. 2 AktG vollständig dotiert.		
2. Andere Gewinnrücklagen		
Vortrag zum 01. 01. 2017	198.900.000,00	
Einstellungen der Hauptversammlung	16.700.000,00	
Einstellungen aus dem Ergebnis	0,00	
Stand am 31. 12. 2017		215.600.000,00
		225.600.000,00
IV. Bilanzgewinn		
Bilanzgewinn am 31. 12. 2016		31.701.021,52
Gewinnverwendung: Dividendenausschüttung		- 15.000.000,00
Gewinnverwendung: Einstellungen in andere Gewinnrücklagen		- 16.700.000,00
Jahresüberschuss 2017		32.031.162,79
Einstellungen in die gesetzliche Rücklage (§ 150 Abs. 2 AktG)		0,00
Einstellungen in andere Gewinnrücklagen		0,00
Bilanzgewinn am 31. 12. 2017		32.032.184,31

Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Die Position berücksichtigt seit dem Jahr 2010 auch die Verrechnung von Anwartschaftsansprüchen aus der Rückdeckungsversicherung gemäß § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB. Der Posten zum 31. Dezember 2017 ermittelt sich daher wie folgt:

Pensionsverpflichtungen

(in Euro)	2017	2016
Erfüllungsbetrag der erdienten Ansprüche	175.957.362	169.353.823
Davon mit Aktivwertansprüchen verrechenbar	-995.277	-1.215.595
Davon mit Wertpapieren verrechenbar	-2.691.376	-3.823.439
Verbleiben	172.270.709	164.314.789

Von der Übergangsregelung in Artikel 67 Abs. 1 EGHGB und dem Ansatzwahlrecht in Artikel 28 Abs. 1 EGHGB wurde kein Gebrauch gemacht. Die Pensionsverpflichtungen sind vollständig bilanziert.

Sonstige Rückstellungen

(in Euro)	2017	2016
Ausstehende Vergütungen an Mitarbeiter	14.515.858,34	15.057.251,24
Ausstehende Provisionszahlungen	12.195.448,58	12.406.603,06
Rückstellung für ausstehende Rechnungen	7.848.658,17	12.255.347,55
Vorruhestand und Altersteilzeitverpflichtungen	5.612.789,31	3.326.544,25
Jubiläumsrückstellung	3.465.038,60	3.265.485,21
Abfertigungen (Österreich und Slowenien)	2.600.071,19	2.641.980,73
Steuerzinsen und steuerliche Nebenleistungen	2.506.434,00	3.068.358,00
Ausgleichsansprüche für ausscheidende Vertreter	2.440.136,18	2.533.660,36
Erfolgs- und Geschäftsplanvergütungen für Vertreter	1.929.000,00	1.406.000,00
Jahresabschluss- und Betriebsprüfungskosten	1.884.620,00	1.482.773,59
Abfindungen	1.047.190,08	128.700,00
Wettbewerbsauslobungen für den Vertrieb	829.367,00	888.400,00
Aufsichtsrats- und Beiratsvergütungen	586.368,00	589.406,50
Sozialplan- und Umstrukturierungsverpflichtungen	578.771,26	34.720,78
Kosten für laufende Rechtsstreitigkeiten	442.902,59	955.590,38
Nachleistungsverpflichtungen aus Dienstleistungen	0,00	1.672.064,00
Übrige sonstige Rückstellungen	4.588.635,78	3.494.807,26
Summe	63.071.289,08	65.207.692,91

Rechnungsabgrenzungsposten

Hierin sind 28.058,83 € (Vj. 43.694,71 €) aktivierte und 13.354,46 € (Vj. 15.675,86 €) passivierte Unterschiedsbeträge nach § 341 c Abs. 2 HGB enthalten, die planmäßig entsprechend der Laufzeit der betreffenden Kapitalanlagen aufgelöst werden.

Außerordentliches Ergebnis

Im Geschäftsjahr entstanden keine außerordentlichen Aufwendungen und Erträge.

Steueraufwand

Die Ertragsteuern in der Gewinn- und Verlustrechnung entfallen im Umfang von 16.983.709,30 € (Vj. 11.845.606,16 €) auf das Geschäftsjahr und im Umfang von -1.186.339,67 € (Vj. -345.991,03 €) auf Vorjahre. Zusätzlich sind Aufwendungen aus der Veränderung der latenten Steuersalden in Höhe von 6.090.914,96 € (Vj. 23.655.894,04 €) und für ausländische Steuern, die nicht auf Betriebsstätten entfallen, in Höhe von 293.322,73 € (Vj. 1.000,00 €) enthalten.

V. Nachtragsbericht

Nach Abschluss des Geschäftsjahres 2017 sind keine Vorgänge von besonderer Bedeutung eingetreten.

VI. Sonstige Angaben

Provisionen und sonstige Bezüge der Versicherungsvertreter, Personalaufwendungen

(in Euro)	2017	2016
1. Provisionen jeglicher Art der Versicherungsvertreter im Sinne des § 92 HGB für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft	164.633.485,57	171.423.221,79
2. Sonstige Bezüge der Versicherungsvertreter im Sinne des § 92 HGB	14.741.441,86	13.233.404,15
3. Löhne und Gehälter	158.086.982,44	148.481.534,81
4. Soziale Abgaben und Aufwendungen für Unterstützung	27.672.471,24	26.138.716,31
5. Aufwendungen für Altersversorgung	20.758.457,59	5.395.715,58
6. Aufwendungen insgesamt	385.892.838,70	364.672.592,64

Haftungsverhältnisse und sonstige finanzielle Verpflichtungen (§ 251 und § 285 HGB)
Sonstige finanzielle Verpflichtungen, die nicht im Rahmen des Versicherungsgeschäfts entstanden und für die Beurteilung der Finanzlage von Bedeutung sind, sind nicht bekannt.

Die ARAG SE ist Gesellschafter der ARAG 2000 Grundstücksgesellschaft bürgerlichen Rechts und haftet für Verpflichtungen dieser Gesellschaft gesamtschuldnerisch und unbeschränkt mit ihrem gesamten Vermögen.

Ausstehende Einlagen entfallen auf folgende Gesellschaften:

Ausstehende Einlagen beziehungsweise Einzahlungsverpflichtungen

(in Euro)	
ARAG IT GmbH, Düsseldorf	1.495.000,00
ARAG Legal Services B.V., Leusden, Niederlande	6.977.311,00
Foyer-ARAG S.A., Leudelange, Luxemburg	24.788,00
RREEF Pan-European Infrastructure Feeder GmbH & Co. KG	233.525,74
ACF V Growth Buy-out Europe GmbH & Co. KG	451.942,92
AXA LBO Fund V Core	46.256,00
AXA LBO Fund V Supplementary	29.960,00

Alle ausstehenden Einlagen sind nicht eingefordert. Mit einer Einforderung ist vonseiten der RREEF Pan-European Infrastructure Feeder GmbH & Co. KG, der ACF V Growth Buy-out Europe GmbH & Co. KG und des AXA LBO Fund V kurzfristig zu rechnen. Die übrigen ausstehenden Einlagen werden vorerst nicht eingefordert werden.

Über das verbundene Unternehmen ALIN 1 GmbH & Co. KG wurden mit verschiedenen Private-Equity-Fonds Investitionsvereinbarungen mit einem Gesamtvolumen von 54.342.467,03 € geschlossen. Abrufe der Fonds führen in zeitlicher Nähe der Fälligkeit der Zahlung zu einer Einzahlung in die ALIN 1 GmbH & Co. KG, um die notwendige Liquidität bereitzustellen. Unter Berücksichtigung der bei der Gesellschaft noch vorhandenen Liquidität ist mit kurzfristigen Einforderungen in Höhe von 39.285.889,63 € wegen der offenen Investitionsvereinbarungen zu rechnen.

Abschlussprüferhonorare

Mit dem Abschlussprüfer wurden durch den Aufsichtsrat der Gesellschaft für die Prüfung des Jahresabschlusses und der Solvabilitätsübersicht zum 31. Dezember 2017 Honorare vereinbart. Einschließlich der Auslagen und der nicht abzugsfähigen Umsatzsteuer wurden für die Prüfungsleistungen aufwandswirksam 514.100,00 € zurückgestellt. Zusätzlich sind Entgelte für andere Bestätigungsleistungen in Höhe von 58.573,29 € aufwandswirksam erfasst worden, die Prüfungstätigkeiten im Bereich Compliance Management betreffen. Für Steuerberatungsleistungen sind Aufwendungen im Umfang von 187.337,97 € angefallen. Diese Leistungen umfassen im Wesentlichen die Begleitung von Umstrukturierungen im Konzern und die Bearbeitung von laufenden Steuerangelegenheiten. Aufwendungen für sonstige Leistungen sind im Umfang von 73.436,12 € entstanden. In diesem Rahmen wurden im Wesentlichen projektbezogene Beratungen erbracht. Die Umsatzsteuer ist jeweils als Aufwand erfasst, da grundsätzlich keine Vorsteuerabzugsberechtigung besteht. Bei Tochtergesellschaften ist der Abschlussprüfer darüber hinaus im Rahmen von freiwilligen Jahresabschlussprüfungen sowie als unabhängiger Treuhänder in der Kraftfahrzeugversicherung tätig gewesen.

Mitarbeiter

Die ARAG SE hat im Geschäftsjahr 2017 durchschnittlich 2.631 (Vj. 2.494) Mitarbeiter beschäftigt. Zum 31. Dezember 2017 waren im Unternehmen 2.632 (Vj. 2.564) Mitarbeiter angestellt.

Aufteilung des Mitarbeiterbestands

Bereich	Stand am 31. 12. 2017	Stand am 31. 12. 2016
Zentrale Konzernfunktionen	80	80
Rechnungswesen, Vermögensverwaltung, Steuern, Zentrale Dienste	178	184
Vertrieb, Produkt und Innovation	341	229
Kunden- und Schaden-Service, IT-Steuerung	420	406
Produktentwicklung/Innovation	0	75
Risikomanagement/Controlling	39	44
Konzernentwicklung, Betriebsorganisation	18	19
Niederlassung Niederlande	583	594
Niederlassung Belgien	72	76
Niederlassung Italien	138	141
Niederlassung Spanien	475	422
Niederlassung Portugal	7	7
Niederlassung Österreich	111	99
Niederlassung Slowenien	11	11
Niederlassung Griechenland	22	23
Passive Mitarbeiter (Betriebsrat, Elternzeit, Altersteilzeit)	137	154
Insgesamt	2.632	2.564
Zusätzlich: Auszubildende	6	5
Zusätzlich: Praktikanten und Volontäre	3	1

Bezüge des Aufsichtsrats, des Beirats und des Vorstands nach § 285 Nr. 9 a HGB

Der Aufwand für Bezüge des Aufsichtsrats betrug 499.800,00 €, der für den Beirat 86.568,00 €. Die Bezüge des Vorstands betragen 6.100.486,30 €, die der früheren Mitglieder des Vorstands und ihrer Hinterbliebenen 1.945.930,63 €. Für laufende Pensionen und Anwartschaften auf Pensionen für frühere Mitglieder des Vorstands und ihrer Hinterbliebenen wurde eine Rückstellung in Höhe von 28.281.946,00 € gebildet.

Die Mitglieder des Aufsichtsrats und des Beirats sowie des Vorstands sind auf den Seiten 90 bis 92 des Berichts angegeben.

Konzernzugehörigkeit

Die Gesellschaft und ihre Tochterunternehmen werden in den Konzernabschluss der ARAG Holding SE zum 31. Dezember 2017 einbezogen. Der Konzernabschluss der ARAG Holding SE wird im elektronischen Bundesanzeiger und im Unternehmensregister des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz veröffentlicht werden. Die Gesellschaft stellt keinen eigenen Konzernabschluss auf, da der Konzernabschluss der ARAG Holding SE befreiende Wirkung nach § 291 HGB entfaltet.

VII. Ergebnisverwendungsvorschlag

Der Bilanzgewinn stellt sich wie folgt dar:

Bilanzgewinn

(in Euro)

Jahresüberschuss	32.031.162,79
Einstellungen in die anderen Gewinnrücklagen	0,00
Gewinnvortrag aus dem Vorjahr	1.021,52
Bilanzgewinn	32.032.184,31

Es wird vorgeschlagen, aus diesem Bilanzgewinn eine Dividende an die Aktionäre in Höhe von 20.000.000,00 € zu gewähren. Ein Betrag von 12.000.000,00 € ist zur Einstellung in die anderen Gewinnrücklagen vorgesehen. Der Restbetrag von 32.184,31 € wird auf neue Rechnung vorgetragen werden.

Düsseldorf, den 13. März 2018

ARAG SE

Der Vorstand

Dr. Dr. h. c. Paul-Otto Faßbender

Dr. Renko Dirksen

Dr. Matthias Maslaton

Werner Nicoll

Hanno Petersen

Dr. Joerg Schwarze

Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

An die ARAG SE, Düsseldorf

Vermerk über die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der ARAG SE, Düsseldorf, – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2017 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2017 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der ARAG SE für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2017 geprüft. Die Erklärung zur Unternehmensführung nach § 289f Abs. 4 HGB (Angaben zur Frauenquote) haben wir in Einklang mit den deutschen gesetzlichen Vorschriften nicht inhaltlich geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2017 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2017 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar. Unser Prüfungsurteil zum Lagebericht erstreckt sich nicht auf den Inhalt der oben genannten Erklärung zur Unternehmensführung.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-Abschlussprüferverordnung (Nr. 537/2014; im Folgenden „EU-APrVO“) unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den europarechtlichen sowie den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt.

Darüber hinaus erklären wir gemäß Artikel 10 Abs. 2 Buchst. f) EU-APrVO, dass wir keine verbotenen Nichtprüfungsleistungen nach Artikel 5 Abs. 1 EU-APrVO erbracht haben. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte in der Prüfung des Jahresabschlusses

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte sind solche Sachverhalte, die nach unserem pflichtgemäßen Ermessen am bedeutsamsten in unserer Prüfung des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2017 waren. Diese Sachverhalte wurden im Zusammenhang mit unserer Prüfung des Jahresabschlusses als Ganzem und bei der Bildung unseres Prüfungsurteils hierzu berücksichtigt; wir geben kein gesondertes Prüfungsurteil zu diesen Sachverhalten ab.

Aus unserer Sicht waren folgende Sachverhalte am bedeutsamsten in unserer Prüfung:

1. Bewertung der Kapitalanlagen
2. Bewertung der Schadenrückstellungen

Unsere Darstellung dieser besonders wichtigen Prüfungssachverhalte haben wir jeweils wie folgt strukturiert:

1. Sachverhalt und Problemstellung
2. Prüferisches Vorgehen und Erkenntnisse
3. Verweis auf weitergehende Informationen

Nachfolgend stellen wir die besonders wichtigen Prüfungssachverhalte dar:

1. Bewertung der Kapitalanlagen

1. Im Jahresabschluss der Gesellschaft werden Kapitalanlagen in der Bilanz in Höhe von € 1.912 Mio (89,9% der Bilanzsumme) ausgewiesen. Bei Kapitalanlagen, deren Bewertung nicht auf Basis von Börsenpreisen oder sonstigen Marktpreisen erfolgt (wie zum Beispiel bei nicht börsennotierten Beteiligungen sowie bei sonstigen illiquiden Anleihen) besteht aufgrund der Notwendigkeit der Verwendung von Modellberechnungen ein erhöhtes Bewertungsrisiko. In diesem Zusammenhang sind von den gesetzlichen Vertretern Ermessensentscheidungen, Schätzungen und Annahmen zu treffen. Geringfügige Änderungen dieser Annahmen sowie der verwendeten Methoden können eine wesentliche Auswirkung auf die Bewertung der Kapitalanlagen haben. Aufgrund der betragsmäßig wesentlichen Bedeutung der Kapitalanlagen für die Vermögens- und Ertragslage der Gesellschaft sowie der erheblichen Ermessensspielräume der gesetzlichen Vertreter und den damit verbundenen Schätzunsicherheiten war die Bewertung der Kapitalanlagen im Rahmen unserer Prüfung von besonderer Bedeutung.
2. Im Rahmen unserer Prüfung haben wir in Anbetracht der Bedeutung der Kapitalanlagen für das Gesamtgeschäft der Gesellschaft gemeinsam mit unseren internen Spezialisten für Kapitalanlagen die von der Gesellschaft verwendeten Modelle und von den gesetzlichen Vertretern getroffenen Annahmen beurteilt. Dabei haben wir unter anderem unser Branchenwissen und unsere Branchenerfahrung zugrunde gelegt sowie anerkannte Marktpraktiken berücksichtigt. Zudem haben wir die Ausgestaltung und die Wirksamkeit der eingerichteten Kontrollen der Gesellschaft zur Bewertung der Kapitalanlagen und Erfassung des Ergebnisses aus Kapitalanlagen gewürdigt. Hierauf aufbauend haben wir weitere analytische Prüfungshandlungen und Einzelfallprüfungshandlungen in Bezug auf die Bewertung der Kapitalanlagen vorgenommen. Wir haben unter anderem auch die zugrunde liegenden Wertansätze und deren Werthaltigkeit anhand der zur Verfügung gestellten Unterlagen nachvollzogen und die konsistente Anwendung der Bewertungsmethoden und die Periodenabgrenzung überprüft. Darüber hinaus haben wir die von der Gesellschaft erstellten beziehungsweise eingeholten Bewertungsgutachten (einschließlich der angewendeten Bewertungsparameter und getroffenen Annahmen) für die wesentlichen Beteiligungen der Gesellschaft gewürdigt. Auf Basis unserer Prüfungshandlungen konnten wir uns davon überzeugen, dass die von den gesetzlichen Vertretern vorgenommenen Einschätzungen und getroffenen Annahmen zur Bewertung der Kapitalanlagen begründet und hinreichend dokumentiert sind.
3. Die Angaben der Gesellschaft zur Bewertung der Kapitalanlagen sind im Abschnitt II. „Angaben zu Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden“ des Anhangs enthalten.

2. Bewertung der Schadenrückstellungen

1. Im Jahresabschluss der Gesellschaft werden unter dem Bilanzposten „Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle“ versicherungstechnische Rückstellungen (sog. „Schadenrückstellungen“) in Höhe von € 1.100,0 Mio (51,7% der Bilanzsumme) ausgewiesen. Den bei der Ermittlung der Höhe der Schadenrückstellungen angewendeten Methoden sowie Berechnungsparametern liegen Ermessensentscheidungen und Annahmen der gesetzlichen Vertreter zugrunde. Geringfügige Änderungen dieser Annahmen sowie der verwendeten Methoden können eine wesentliche Auswirkung auf die Bewertung der Schadenrückstellungen haben. Aufgrund der betragsmäßig wesentlichen Bedeutung dieser Rückstellungen für die Vermögens- und Ertragslage der Gesellschaft sowie der erheblichen Ermessensspielräume der gesetzlichen Vertreter und den damit verbundenen Schätzunsicherheiten war die Bewertung der Schadenrückstellungen im Rahmen unserer Prüfung von besonderer Bedeutung.
2. Im Rahmen unserer Prüfung haben wir in Anbetracht der Bedeutung der Schadenrückstellungen für das Gesamtgeschäft der Gesellschaft gemeinsam mit unseren internen Bewertungsspezialisten die von der Gesellschaft verwendeten Methoden und von den gesetzlichen Vertretern getroffenen Annahmen beurteilt. Dabei haben wir unter anderem unser Branchenwissen und unsere Branchenerfahrung zugrunde gelegt sowie anerkannte Methoden berücksichtigt. Zudem haben wir die Ausgestaltung und die Wirksamkeit der eingerichteten Kontrollen der Gesellschaft zur Ermittlung und Erfassung von Schadenrückstellungen gewürdigt. Hierauf aufbauend haben wir weitere analytische Prüfungshandlungen und Einzelfallprüfungshandlungen in Bezug auf die Bewertung der Schadenrückstellungen vorgenommen. Wir haben unter anderem auch die der Berechnung des Erfüllungsbetrags zugrundeliegenden Daten mit den Basisdokumenten abgestimmt. Damit einhergehend haben wir die berechneten Ergebnisse der Gesellschaft zur Höhe der Rückstellungen anhand der anzuwendenden gesetzlichen Vorschriften nachvollzogen und die konsistente Anwendung der Bewertungsmethoden und die Periodenabgrenzungen überprüft. Auf Basis unserer Prüfungshandlungen konnten wir uns davon überzeugen, dass die von den gesetzlichen Vertretern vorgenommenen Einschätzungen und getroffenen Annahmen zur Bewertung der Schadenrückstellungen begründet und hinreichend dokumentiert sind.
3. Die Angaben der Gesellschaft zur Bewertung der Schadenrückstellungen sind im Abschnitt II. „Angaben zu Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden“ des Anhangs enthalten.

Sonstige Informationen

Die gesetzlichen Vertreter sind für die sonstigen Informationen verantwortlich. Die sonstigen Informationen umfassen die von uns vor Datum dieses Bestätigungsvermerks erlangte Erklärung zur Unternehmensführung nach § 289f Abs. 4 HGB (Angaben zur Frauenquote).

Die sonstigen Informationen umfassen zudem übrige Teile des Geschäftsberichts – ohne weitergehende Querverweise auf externe Informationen –, mit Ausnahme des geprüften Jahresabschlusses, des geprüften Lageberichts sowie unseres Bestätigungsvermerks.

Unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht erstrecken sich nicht auf die sonstigen Informationen, und dementsprechend geben wir weder ein Prüfungsurteil noch irgendeine andere Form von Prüfungsschlussfolgerung hierzu ab.

Im Zusammenhang mit unserer Prüfung haben wir die Verantwortung, die sonstigen Informationen zu lesen und dabei zu würdigen, ob die sonstigen Informationen

- wesentliche Unstimmigkeiten zum Jahresabschluss, zum Lagebericht oder unseren bei der Prüfung erlangten Kenntnissen aufweisen oder
- anderweitig wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwort-

lich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-APrVO unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeits, irreführende Darstellungen beziehungsweise das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Gesellschaft abzugeben.

- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage der Gesellschaft.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Wir geben gegenüber den für die Überwachung Verantwortlichen eine Erklärung ab, dass wir die relevanten Unabhängigkeitsanforderungen eingehalten haben, und erörtern mit ihnen alle Beziehungen und sonstigen Sachverhalte, von denen vernünftigerweise angenommen werden kann, dass sie sich auf unsere Unabhängigkeit auswirken, und die hierzu getroffenen Schutzmaßnahmen.

Wir bestimmen von den Sachverhalten, die wir mit den für die Überwachung Verantwortlichen erörtert haben, diejenigen Sachverhalte, die in der Prüfung des Jahresabschlusses für den aktuellen Berichtszeitraum am bedeutsamsten waren und daher die besonders wichtigen Prüfungssachverhalte sind. Wir beschreiben diese Sachverhalte im Bestätigungsvermerk, es sei denn, Gesetze oder andere Rechtsvorschriften schließen die öffentliche Angabe des Sachverhalts aus.

Sonstige gesetzliche und andere rechtliche Anforderungen

Übrige Angaben gemäß Artikel 10 EU-APrVO

Wir wurden vom Aufsichtsrat am 28. April 2017 als Abschlussprüfer gewählt. Wir wurden am 17. Oktober 2017 vom Aufsichtsrat beauftragt. Wir sind ununterbrochen seit dem Geschäftsjahr 1992 als Abschlussprüfer der ARAG SE, Düsseldorf, tätig.

Wir erklären, dass die in diesem Bestätigungsvermerk enthaltenen Prüfungsurteile mit dem zusätzlichen Bericht an den Prüfungsausschuss nach Artikel 11 EU-APrVO (Prüfungsbericht) in Einklang stehen.

Verantwortlicher Wirtschaftsprüfer

Der für die Prüfung verantwortliche Wirtschaftsprüfer ist Ludger Koslowski.

Düsseldorf, den 16. März 2018

PricewaterhouseCoopers
Gesellschaft mit beschränkter Haftung
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Ludger Koslowski
Wirtschaftsprüfer

ppa. Sven Capousek
Wirtschaftsprüfer

Bericht des Aufsichtsrats

Im Berichtsjahr hat der Aufsichtsrat die ihm nach Gesetz, Satzung und Geschäftsordnung obliegenden Aufgaben wahrgenommen und die Geschäftsführung des Vorstands kontinuierlich überwacht und beratend begleitet. Er war in alle Entscheidungen von grundlegender Bedeutung für das Unternehmen unmittelbar eingebunden. Der Vorstand unterrichtete den Aufsichtsrat regelmäßig sowie schriftlich als auch mündlich, zeitnah und umfassend über die wirtschaftliche Lage und die Entwicklung der Gesellschaft und deren Tochtergesellschaften, die vorgesehene Geschäftspolitik, die Unternehmensplanung, die Risikolage und das Risikomanagement sowie über bedeutende Einzelvorgänge. Abweichungen des Geschäftsverlaufs von den Plänen und Zielen wurden vom Vorstand im Einzelnen erläutert und vom Aufsichtsrat zur Kenntnis genommen. Soweit für Geschäftsführungsmaßnahmen nach Gesetz oder anderen Regelungen eine Zustimmung des Aufsichtsrats erforderlich war, hat der Aufsichtsrat dazu ausführliche schriftliche Informationen vom Vorstand erhalten. Der Aufsichtsrat hat diese Berichte in seinen Sitzungen umfassend erörtert und mit dem Vorstand beraten sowie die erforderlichen Entscheidungen getroffen.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr hat sich der gesamte Aufsichtsrat in vier ordentlichen Sitzungen von der Ordnungs- und Zweckmäßigkeit der Geschäftsführung des Vorstands überzeugt. Des Weiteren trat der Aufsichtsrat einmal zur konstituierenden Sitzung des Gremiums und seiner Ausschüsse zusammen. Der Aufsichtsratsvorsitzende stand auch außerhalb der Aufsichtsratssitzungen in regelmäßigem Kontakt mit dem Vorstand und ließ sich über die aktuelle Entwicklung der Geschäftslage und die wesentlichen Geschäftsvorfälle informieren.

Gegenstand der Aufsichtsratssitzungen im Geschäftsjahr 2017 waren insbesondere die Erörterung des mittel- bis langfristigen Kostenmanagements als Reaktion auf den Verkauf der Lebensversicherung und die zunehmende Digitalisierung in der Branche. Außerdem hat das Gremium sich mit einer Nachfolgeregelung aufgrund einer Ressortumverteilung innerhalb des Vorstands beschäftigt. Im Zusammenhang damit hat sich der Aufsichtsrat intensiv zu Sonderthemen aus dem neu formierten Ressort „Produkt, Innovation und Vertrieb“ berichten lassen. Zudem hat sich das Gremium zur Vertiefung der regulatorischen Änderungen und Anforderungen aus der Solvency-II-Richtlinie mittels einer gemeinsamen Tagung in dieser Thematik fortgebildet. Darüber hinaus wurden im Aufsichtsrat die Möglichkeiten zum Ausbau des Kompositgeschäfts in Italien beraten, die Quartalsergebnisse nach HGB und Solvency II sowie die Prognoserechnungen 2017 behandelt. Ebenfalls hat sich der Aufsichtsrat über die Geschäftsentwicklung der Gesellschaft und ihrer Beteiligungsgesellschaften berichten lassen. In die Berichterstattung sind die Konzernrisikostrategie, der Risiko- und Controllingbericht sowie die strategische Planung für die nächsten drei Jahre eingeflossen.

Darüber hinaus befasste sich der Aufsichtsrat mit der Angemessenheit der Vorstandsbezüge und der Vergütungssystematik für die Mitarbeiter. In diesem Zusammenhang wurde eine Neuordnung der Pensionsansprüche und der variablen Vergütung für den Vorstand sowie eine Erhöhung der Deckungssumme in der Directors-and-Officers-Versicherung für den Vorstand beschlossen. Letzteres wurde gleichermaßen für den Aufsichtsrat an die Hauptversammlung vorgeschlagen und dem auch zugestimmt. Des Weiteren hat das Gremium der Einführung einer digitalen Sitzungsmappe beziehungsweise einer

Digitalisierung der Gremiumsarbeit zugestimmt und die notwendigen Statutenänderungen beschlossen beziehungsweise hinsichtlich der Satzung an die Hauptversammlung vorgeschlagen, welche die Anpassungen auch genehmigt hat.

Der Gesamtaufsichtsrat hat außerdem der Hauptversammlung die Wiederbestellung des Aufsichtsrats in unveränderter Form vorgeschlagen. Die Hauptversammlung hat diesem Vorschlag zugestimmt.

Darüber hinaus wurde im Aufsichtsrat regelmäßig zum Stand der Projekte zur Umsetzung der Insurance Distribution Directive und zur EU-Datenschutz-Grundverordnung berichtet und der Einrichtung eines Prüfungsausschusses im Zusammenhang mit der neuen EU-Abschlussprüferverordnung zugestimmt. Da dieser personenidentisch mit dem Bilanzausschuss ist, erfolgte eine Umbenennung in „Bilanz- und Prüfungsausschuss“.

Zudem hat sich der Gesamtaufsichtsrat mit den strategischen Grundsätzen der Neugeschäftszeichnung auseinandergesetzt und diese neu definiert.

Nicht zuletzt hat sich der Aufsichtsrat mit der Führungskräftestatistik nach der gesetzlichen Vorgabe beschäftigt und neue Geschlechterquoten für Vorstand sowie Aufsichtsrat festgelegt.

Schriftliche Verfahren gab es im Aufsichtsrat keine.

Der Aufsichtsrat hat drei Ausschüsse gebildet.

Der Finanzausschuss hat im abgelaufenen Geschäftsjahr insgesamt siebenmal getagt, davon viermal ordentlich. Thema der Sitzungen war der Immobilienbericht für alle ARAG Gesellschaften, das Gesamtengagement der ARAG bei verschiedenen Banken sowie die Chancen und Risiken stiller Reserven. Darüber hinaus wurden mehrere Kapitalzuführungen, IT-Berateraufträge für das kommende Jahr sowie notwendige Gremienbesetzungen in Tochterunternehmen gemäß der Zuständigkeit genehmigt. Der Finanzausschuss hat sich ferner zum IT-Sicherheitskonzept der ARAG berichten lassen und dem Rollout neuer IT-Anwendungen für den Konzern beziehungsweise die Gesellschaft zugestimmt. In regelmäßigen Abständen wurde dem Gremium des Weiteren zur Geschäftsentwicklung der neu gegründeten LegalTech-Einheit „Justix“ berichtet, ebenso wurde das Einkaufsmanagement vorgestellt. Darüber hinaus hat sich der Finanzausschuss mit den Möglichkeiten zum Ausbau des Kompositgeschäfts in Italien beschäftigt und in diesem Zusammenhang die Entscheidung zur Gründung einer italienischen Versicherungsvermittlungsagentur getroffen.

Zum Aufbau weiterer Geschäftsfelder wurde auch eine Umstrukturierung der ARAG in Norwegen beschlossen, die es ermöglicht, fortan auch Nichtversicherungskunden in Skandinavien mit (Rechts-) Dienstleistungen zu versorgen.

Zuletzt hat sich der Finanzausschuss in diversen Sitzungen mit dem Erwerb von zum Verkauf stehenden Rechtsschutzbeständen und der generellen Merger-and-Acquisition-Strategie beschäftigt. Darüber hinaus hat der Finanzausschuss in mehreren schriftlichen Verfahren IT-Beraterbeauftragungen sowie einem Private-Equity-Investment zugestimmt, eine Vergleichsvereinbarung zwischen der ARAG SE und der ARAG Lebensversicherungs-AG genehmigt und den Verkauf einer Immobilie sowie weitere Kapitalzuführungen und Personalentscheidungen entsprechend seiner Zuständigkeit genehmigt.

Der Bilanz- und Prüfungsausschuss hat im abgelaufenen Geschäftsjahr viermal getagt. Neben den Quartalsabschlüssen nach HGB und Solvency II sowie Prognosen für den Abschluss im Geschäftsjahr 2017 wurde die strategische Planung für die Jahre 2018 bis 2020 erörtert und dem Aufsichtsrat zur Verabschiedung empfohlen. Darüber hinaus hat

sich der Bilanz- und Prüfungsausschuss die „Richtlinie über die Prüfung und Genehmigung der Rechtmäßigkeit der Erbringung von Nichtprüfungsleistungen“ vorstellen lassen und diese verabschiedet sowie in der Folge auch den Katalog zu den Aufgaben und Verantwortlichkeiten des Prüfungsausschusses beschlossen. Außerdem wurden zulässige Nichtprüfungsleistungen des Abschlussprüfers genehmigt. Nicht zuletzt wurden das mittel- bis langfristige Kostenmanagement als Reaktion auf den Verkauf der Lebensversicherung und die zunehmende Digitalisierung in der Branche erörtert.

Schriftliche Verfahren gab es im Bilanz- und Prüfungsausschuss keine.

Der Personalausschuss hat im Geschäftsjahr 2017 viermal ordentlich getagt. Darüber hinaus erging ein Beschluss im schriftlichen Verfahren. Beratungsgegenstände der Sitzungen waren die Zielvereinbarungen und die Alters-/Hinterbliebenenversorgung sowie die Angemessenheit der Vergütung der Vorstandsmitglieder. In diesem Zusammenhang wurde auch eine Neuordnung der variablen Vorstandsvergütung beraten. Des Weiteren hat der Ausschuss die jährliche Prüfung und Abnahme der Leitlinien zu Fit&Proper sowie zur Vergütung vorgenommen und die ihm entsprechend der Geschäftsordnung obliegenden Genehmigungen nach § 114 AktG erteilt.

Ferner hat sich der Personalausschuss mit der Vergütungssystematik beschäftigt, insbesondere auch mit neuen personellen Prüfungspflichten nach den gesetzlichen Vorgaben. Einen Schwerpunkt machten darüber hinaus die Beratungen zur Sicherstellung der Erfüllung der Anforderungen an die fachliche Eignung und Zuverlässigkeit (Fit&Proper-Anforderungen) laut VAG sowie die Konsequenzen eines möglichen Widerrufs durch die BaFin aus. Darüber hinaus hat das Gremium das Erfordernis zur Anpassung der Deckungssumme in der Directors-and-Officers-Versicherung erörtert und sich zur Altersversorgung in den internationalen Einheiten berichten lassen.

Gegenstand der schriftlichen Beschlussfassung waren die dem Personalausschuss entsprechend der Geschäftsordnung obliegenden Genehmigungen nach § 114 AktG.

Über die Sitzungen und die Arbeit der Ausschüsse ist in den Plenumsitzungen ausführlich berichtet worden.

Der vom Vorstand nach den handelsrechtlichen Rechnungslegungsvorschriften für Versicherungsunternehmen aufgestellte Jahresabschluss und der Lagebericht sind unter Einbeziehung der Buchführung von dem durch den Aufsichtsrat am 28. April 2017 gewählten und beauftragten Abschlussprüfer, die PwC PricewaterhouseCoopers GmbH, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Düsseldorf, geprüft und mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen worden.

Die vorgenannten Unterlagen, der Geschäftsbericht, der Vorschlag für die Verwendung des Bilanzgewinns und der Bericht des Abschlussprüfers sind allen Bilanz- und Prüfungsausschussmitgliedern des Aufsichtsrats rechtzeitig vor der Sitzung des Aufsichtsrats am 26. April 2018 ausgehändigt worden. Die Unterlagen wurden in der Sitzung vom Vorstand zusätzlich mündlich erläutert. Die Wirtschaftsprüfer, die den Prüfungsbericht unterzeichnet haben, nahmen an den Beratungen des Aufsichtsrats und des Bilanz- und Prüfungsausschusses über die Vorlagen teil, berichteten über die wesentlichen Ergebnisse der Prüfung und standen darüber hinaus für ergänzende Auskünfte zur Verfügung.

Der Bilanz- und Prüfungsausschuss hatte sich vor der Sitzung des Aufsichtsrats eingehend mit diesen Unterlagen befasst und dem Aufsichtsrat eine Billigung des Jahresabschlusses und des Lageberichts empfohlen.

Der Aufsichtsrat hat den Jahresabschluss, den Lagebericht und den Vorschlag für die Verwendung des Bilanzgewinns geprüft. Nach dem abschließenden Ergebnis seiner Prüfung sind keine Einwendungen zu erheben. Der Aufsichtsrat hat nach eigener Prüfung und unter Berücksichtigung des Berichts des Bilanz- und Prüfungsausschusses dem Ergebnis der Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts durch den Abschlussprüfer zugestimmt. Der Aufsichtsrat hat den Jahresabschluss sowie den Lagebericht gebilligt und damit den Jahresabschluss sowie den Lagebericht festgestellt. Er schließt sich dem Vorschlag des Vorstands für die Verwendung des Bilanzgewinns an. Der Aufsichtsrat schlägt der Hauptversammlung vor, den Mitgliedern des Vorstands Entlastung zu erteilen.

Der vom Vorstand gemäß § 312 AktG vorgelegte Bericht über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen wurde ebenfalls geprüft. Die Prüfung umfasste auf der Grundlage des Rechts auf Einsichtnahme in die Bücher und Schriften der Gesellschaft und der durch den Vorstand vorgelegten Berichte und Informationen die Vollständigkeit und Richtigkeit der Angaben im Bericht. Beanstandungen ergaben sich durch die Prüfung nicht.

Der Abschlussprüfer hat den Bericht des Vorstands nach § 312 AktG ebenfalls geprüft und erteilt folgenden Bestätigungsvermerk:

„Nach unserer pflichtgemäßen Prüfung und Beurteilung bestätigen wir, dass

1. die tatsächlichen Angaben des Berichts richtig sind,
2. bei den im Bericht aufgeführten Rechtsgeschäften die Leistung der Gesellschaft nicht unangemessen hoch war.“

Dieser Beurteilung schließt sich der Aufsichtsrat an. Gegen die Erklärung des Vorstands am Schluss des Berichts über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen erhebt der Aufsichtsrat nach dem abschließenden Ergebnis seiner Prüfung keine Einwendungen.

Der Aufsichtsrat spricht dem Vorstand sowie allen Mitarbeitern für die im abgelaufenen Geschäftsjahr geleistete Arbeit Dank und Anerkennung aus.

Düsseldorf, den 26. April 2018

ARAG SE

Der Aufsichtsrat

Gerd Peskes
(Vorsitzender)

Margit Schuler
(stellv. Vorsitzende)

Prof. Dr. Walter Ackermann

Dr. Tobias Bürgers

Marco Hoogendam

Dr. Michael Pielorz

Prof. Dr. Fred Wagner

Richard Wenhart

Dr. Sven Wolf

Der Beirat

Christoph Buchbender	Vorstandsmitglied der Rheinland Holding AG, Neuss, Vorsitzender
Rainer Gebhart	stellvertretender Vorsitzender des Vorstands der WWK Lebensversicherung a. G., Rosenheim, stellv. Vorsitzender
Burkhard Balz	Mitglied des Europäischen Parlaments, Stadthagen
Prof. Dr. Dres. h. c. Rolf Dubs	Universitätsprofessor, St. Gallen, Schweiz
Werner Gremmelmaier	Vorstandsmitglied der uniVersa Lebensversicherung a. G., Neukeferloh
Dr. Volker Himmelseher	Diplom-Kaufmann, Pulheim
Dr. Dr. h. c. Burkhard Hirsch	Rechtsanwalt, Düsseldorf
Friedrich-Wilhelm Metzeler	Rechtsanwalt/ Diplom-Kaufmann, Düsseldorf
Volker Steck	Vorstandsvorsitzender der Helvetia Versicherungen/ Direktion für Deutschland, Frankfurt/Main
Hans Schwarz	Vorstandsvorsitzender der Stadtsparkasse Düsseldorf i. R., Düsseldorf
André Wüstner	Bundvorsitzender des Deutschen Bundeswehrverbands, Montabaur

Der Vorstand	Dr. Dr. h. c. Paul-Otto Faßbender	Düsseldorf, Vorsitzender
	Dr. Renko Dirksen	Meerbusch
	Dr. Johannes Kathan	Düsseldorf (bis 30. April 2017)
	Dr. Matthias Maslaton	Moers
	Werner Nicoll	Herzogenrath
	Hanno Petersen	Ratingen
	Dr. Joerg Schwarze	Düsseldorf

Informationen

Mit zahlreichen Publikationen, aber auch im Internet bietet Ihnen die ARAG ein breites Angebot an Informationen rund um den Konzern, über Versicherungsprodukte und Serviceleistungen. Natürlich fehlen bei der ARAG mit ihrer Kernkompetenz im Rechtsschutz auch nicht die ausgewählten Tipps und Ratgeber zum Thema Recht. Wenn Sie Fragen haben, ein Versicherungsangebot wünschen oder sich nur grundlegend informieren möchten: Nehmen Sie Kontakt mit uns auf oder besuchen Sie unsere Homepage im Internet.

Aktuelle **Informationen zum Konzern** erhalten Sie unter folgender Adresse:

ARAG
Konzernkommunikation/Marketing
ARAG Platz 1
40472 Düsseldorf
Telefon 0211 963-3488
Telefax 0211 963-2025
0211 963-2220
E-Mail medien@ARAG.de

Wünschen Sie ein individuelles Angebot? Per Telefon, Fax oder Mail sind wir stets für Sie erreichbar:

Telefon 0211 98 700 700
Telefax 0211 963-2850
E-Mail service@ARAG.de

Im Internet erhalten Sie aktuelle **Informationen zum Konzern und zu unseren Produkten** über unsere Homepage:

www.ARAG.com

Aus rechentechnischen Gründen können im Geschäftsbericht Rundungsdifferenzen in Höhe von \pm einer Einheit (Euro, Prozent) auftreten.

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird auf eine geschlechterspezifische Differenzierung (zum Beispiel Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter) verzichtet. Entsprechende Begriffe gelten im Sinne der Gleichbehandlung grundsätzlich für beide Geschlechter. Die verkürzte Sprachform hat nur redaktionelle Gründe und beinhaltet keine Wertung.

Impressum

Redaktion	ARAG Konzernkommunikation/Marketing
Gestaltung und	
Realisierung	Kammann Rossi GmbH, Köln
Fotografie	Titel: Getty Images

